

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2013/2014

Einzelplan	1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Einzelplan	1.1	Senat und Personalamt

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2013/2014

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

(von der Bürgerschaft am 13.12.2012 beschlossener Haushaltsplan 2013/2014)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.0

	Seite
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 10
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 19
Kontenrahmen für Dienstbezüge	20 - 23
Kontenrahmen für Versorgung	24 - 27
Kontenrahmen für Sachausgaben	28 - 32
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 12
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 1000 - Bürgerschaft -	
Kapitel 1020 - Verfassungsgericht -	
Kapitel 1030 - Rechnungshof -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 14
2 Wirtschaftsplan (rosa Papier)	
Sondervermögen „Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“	1 - 4
3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

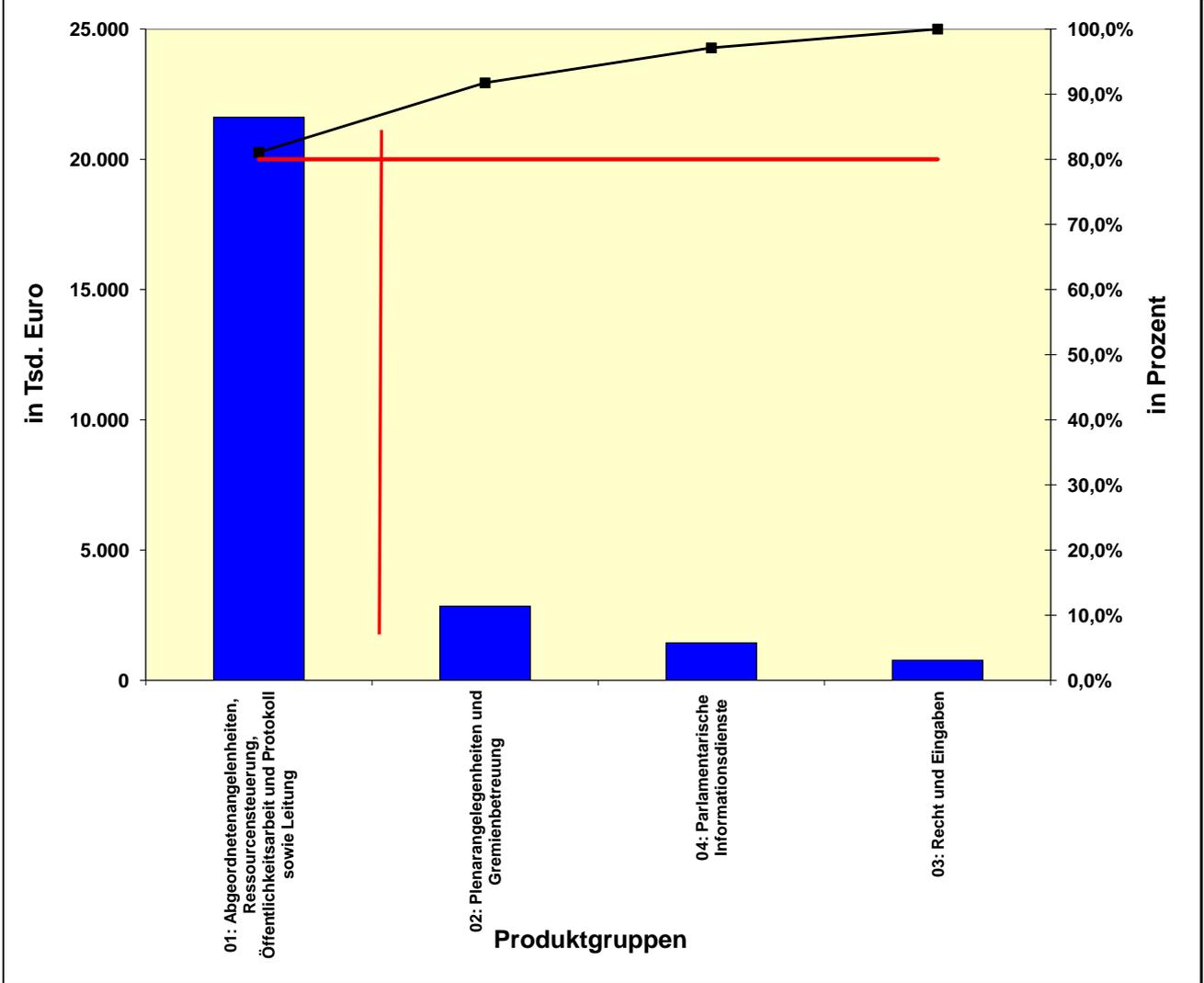
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.0

Haushaltsjahr 2013: Einzelplan 1.0 - Bürgerschaftskanzlei

Rang	PG 2013	PB	Ressourcen		Ressourcen	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen	80:20 Regel
			in Tsd. EUR	in %	kumuliert in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung	01	21.614	81,1%	81,1%	5	17	80,0%
2	02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung	02	2.842	10,7%	91,7%	2	12	80,0%
3	04: Parlamentarische Informationsdienste	04	1.430	5,4%	97,1%	3	18	80,0%
4	03: Recht und Eingaben	03	772	2,9%	100,0%	1	5	80,0%
Summe			26.658	100,0%		11	52	

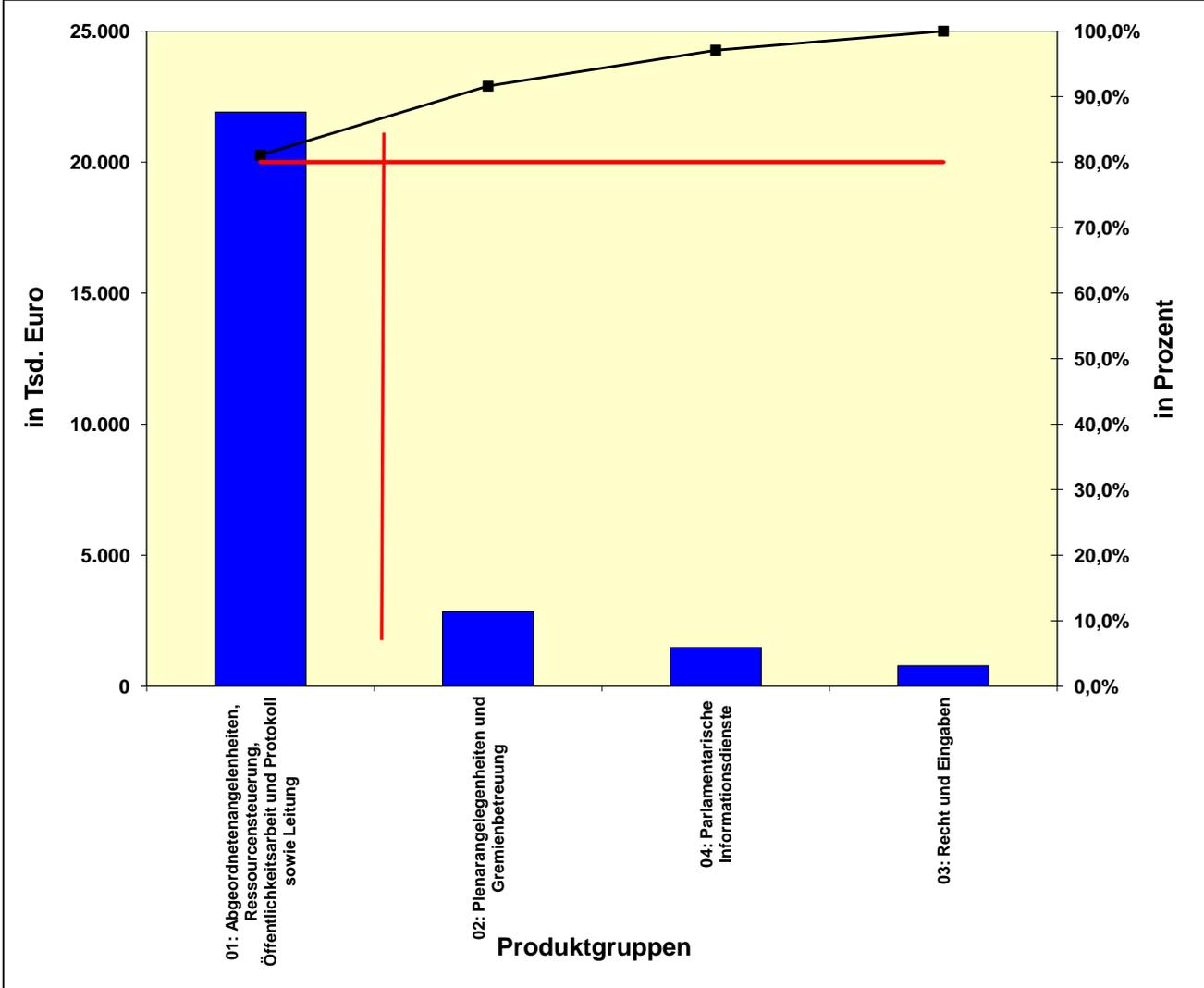


Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.0

Haushaltsjahr 2014: Einzelplan 1.0 - Bürgerschaftskanzlei

Rang	PG 2014	PB	Ressourcen		Ressourcen	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen	80:20 Regel
			in Tsd. EUR	in %	kumuliert in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung	01	21.903	81,1%	81,1%	5	17	80,0%
2	02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung	02	2.842	10,5%	91,6%	2	12	80,0%
3	04: Parlamentarische Informationsdienste	04	1.485	5,5%	97,1%	3	18	80,0%
4	03: Recht und Eingaben	03	785	2,9%	100,0%	1	5	80,0%
Summe			27.015	100,0%		11	52	



Produktinformationen

Produktbereich 01: Bürgerschaftskanzlei

Kapitel 1000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	206	191	209	210	214
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	206	191	209	210	214
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	24.287	25.409	25.437	26.268	26.824
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	15.986	16.615	16.654	17.230	17.512
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.301	8.794	8.783	9.038	9.312
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	4.422	4.750	4.785	5.012	5.099
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	244	69	187	655	458
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	209	-265	-267
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ²	74,50	74,36	73,69	73,69	73,69

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und der Präsidentin bzw. des Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben.
Z 2:	Bereitstellung von parlamentarischen Informationen für die interessierte Öffentlichkeit.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung
PG 2	Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung
PG 3	Recht-, Eingaben- und Internationales
PG 4	Parlamentarische Informationsdienste

Produktgruppe 01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen der Bürgerschaftskanzlei. Leitungsunterstützung in Sachen Ressourceneinsatz und wirksame Gestaltung der Darstellung der Bürgerschaft, insbesondere des Präsidenten und des Präsidiums in der Öffentlichkeit.
Z 2:	Sicherstellung der Gewährung von Leistungen nach dem Hamburgischen Abgeordnetengesetz, dem Fraktionsgesetz und dem Parteiengesetz

¹ Die Personalausgaben enthalten die Kosten der für die Arbeitsstäbe der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse HSH Nordbank (bis März 2011) und Elbphilharmonie eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erg. 2010: 753 (tsd. Euro), Erg. 2011: 601, Plan 2012: 964 , Plan 2013: 1.015 , Plan 2014: 1.031.

Nicht erfasst sind die Personalkosten der zu den Arbeitsstäben vom Senat abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da diese Personalmittel den abordnenden Dienststellen per Sollübertragung zur Verfügung gestellt werden.

² Erg. 2010: zuzüglich 9 VZÄ eingestellte Mitarbeiter für den Arbeitsstab des PUA HSH Nordbank und 4 VZÄ für den Arbeitsstab des PUA Elbphilharmonie (ab 7/2010).

Erg. 2011: zuzüglich 2,75 VZÄ eingestellte Mitarbeiter für den Arbeitsstab des PUA HSH Nordbank (bis 3/2011) und 8 VZÄ für den Arbeitsstab des PUA Elbphilharmonie (bis 3/2011 sowie ab 6/2011).

Plan 2012 - 2014: zuzüglich 11 VZÄ eingestellte Mitarbeiter für den Arbeitsstab des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Elbphilharmonie.

**Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei**

<i>Produkte</i>
<p>P 1 Interner Service Erläuterungen: Interne Aufgaben- und Technikunterstützung (Personalbetreuung, Betrieb der IT-Infrastruktur, Bereitstellung von Anwendungen, IT-Benutzerbetreuung und -beratung, Geräte- und Materialverwaltung, Gebäudemanagement (im Rahmen der Richtlinie zum Fraktionsgesetz auch für die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen).</p> <p>Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Sach- und Personalbudgets, Controlling, Prozess-optimierung, Organisation und Personalplanung).</p> <p>Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aller Art; Bürgerberatung.</p> <p>P 2 Ressourcensteuerung</p> <p>P 3 Internetservice für Abgeordnete, Fraktionen und Öffentlichkeit Erläuterungen: Bereitstellung parlamentarischer Informationen über das Internet, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendungen</p> <p>P 4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll</p> <p>P 5 Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien Erläuterungen: Leistungen nach dem Abgeordneten- und dem Fraktionsgesetz; Parteienfinanzierungen; Angelegenheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	206	191	209	210	214
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	206	191	209	210	214
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	19.450	20.717	20.485	21.225	21.712
• Personalausgaben in Tsd. EUR	13.448	13.983	13.988	14.421	14.619
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.002	6.734	6.495	6.803	7.093
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	4.422	4.750	4.785	5.012	5.092
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	244	69	187	655	458
Besondere Finanzierungsausgaben in Tsd. EUR ⁴	-	-	209	-265	-267

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	28,53	28,89	28,64	28,64	28,64

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

³ Darunter Personal- und Sachkosten für die Arbeitsstäbe der PUA HSH Nordbank und Elbphilharmonie. Dies sind in Tsd. Euro:
Personalkosten: Erg. 2010: 753, Erg. 2011: 601, Plan 2012: 964, Plan 2013: 1.015, Plan 2014: 1.031
Sachkosten: Erg. 2010: 326, Erg. 2011: 238, Plan 2012: 219, Plan 2013: 164, Plan 2014: 164

⁴ Die Abführungen an das Sondervermögen Abgeordnetenversorgung werden ab 2012 aus haushaltssystematischen Gründen aus dem Titel 982.01 geleistet. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind bei den „Besonderen Finanzierungsmaßnahmen“ (Titel 972.02) im Jahr 2013 -475.000 Euro und im Jahr 2014 -481.000 Euro als Globale Minderausgaben ausgebracht.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Interner Service:					
Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten					
Anzahl der Beschäftigten ⁵	89	89	88	88	88
P 5: Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien:					
Entgelt und Aufwandsentschädigungen (ohne Büro- und Mitarbeiterzuschüsse) in Tsd. EUR ⁶	5.280	5.539	5.460	5.562	5.652
Bürokosten in Tsd. EUR	994	1.348	980	1.001	1.001
Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern in Tsd. EUR	4.367	4.367	4.578	4.761	4.852
Durchschnittliche Jahreskosten pro Mandat in Tsd. EUR	87,94	93,01	91,06	93,59	95,08
Zahlungen pro Jahr an Hinterbliebene und Versorgungsleistungen in Tsd. EUR	219	234	312	283	302
Zuschüsse nach dem Fraktionsgesetz in Tsd. EUR ⁷	4.042	4.463	4.455	4.682	4.762
Zahlungen Parteienfinanzierung pro Jahr in Tsd. EUR	380	287	330	337	337
Anzahl der Abgeordneten	121	121	121	121	121
Wechsel von Abgeordneten pro Jahr ⁸	7	66	7	7	7
Anzahl der ehemaligen Abgeordneten bzw. Hinterbliebenen, die Versorgungsleistungen erhalten	49	55	75	66	69
Anzahl der Fraktionen und Gruppen	4	5	5	5	5
Anzahl der zur Parteienfinanzierung anspruchsberechtigten Parteien ⁹	5	5	6	6	6

Produktgruppe 02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Plenarangelegenheiten</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Vorbereitung und Durchführung von Bürgerschaftssitzungen und Wahlen durch die Bürgerschaft; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen; rechtliche und fachliche Beratung; Erstellung des Plenarprotokolls; Betreuung des Ältestenrates; Bearbeitung von Kleinen und Großen Anfragen; Drucksachenverwaltung.</p> <p>P 2 Gremienbetreuung</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Vorbereitung und Durchführung der Ausschusssitzungen; Organisation externer Ausschussveranstaltungen; rechtliche und fachliche Beratung der Ausschüsse; Erstellung von Berichten und Protokollen; Verteilung von Ausschussmaterialien.</p>

⁵ Die Anzahl der Beschäftigten umfasst das Stammpersonal der Bürgerschaftskanzlei. Daneben werden die befristet eingestellten bzw. zur Bürgerschaft abgeordneten Beschäftigten der Arbeitsstäbe der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse geführt. Dies sind PUA HSH Nordbank: Ist 2010: 17, IST 2011:17
PUA Elbphilharmonie: IST 2010: 17, IST 2011:18, Plan 2012-14: 18

⁶ Wegen der von 2012 auf 2011 vorgezogenen Bürgerschaftswahl, fiel das Ergebnis 2011 aufgrund höherer Kosten im Wahljahr höher aus als die geplanten Kosten. Der als Wahljahr geplante Ansatz 2012 wurde reduziert.

⁷ Kostensteigerung ab 2011 da der Hamburgischen Bürgerschaft in der 20. Wahlperiode fünf statt bisher vier Fraktionen angehören.

⁸ Im vorgezogenen Wahljahr 2011 zogen 66 neue Abgeordnete in die Bürgerschaft ein.

⁹ Anspruchsberechtigt: SPD, CDU, GAL, FDP, DIE LINKE, Piratenpartei Deutschland

**Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei**

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.757	2.596	2.771	2.842	2.842
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.288	1.336	1.389	1.436	1.492
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.469	1.260	1.382	1.406	1.350

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	23,37	23,17	24	24	24

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Plenarangelegenheiten:					
Sitzungstage der Bürgerschaft	26	26	25	25	26
Kleine Anfragen	2.375	2.045	2.000	2.250	2.250
Große Anfragen	75	63	70	70	70
Anträge	278	475	400	400	500
Gesetzentwürfe	24	15	50	30	30
Ausschussberichte	334	328	350	350	350
Mitteilungen des Senats	164	111	150	150	150
Wahlen	24	54	20	40	40
Unterrichtungen der Präsidentin bzw. des Präsidenten	60	47	60	55	55
P 2: Gremienbetreuung:					
Anzahl betreuter Ausschüsse ¹⁰	30	29	26	30	30
Ausschusssitzungen ¹¹	312	248	280	280	280

Produktgruppe 03: Recht-, Eingaben- und Internationales

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und des Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Aufgaben.
Z 2: Sicherstellung eines umfassenden, kompetenten und an den Wünschen der Kundinnen und Kunden orientierten Administrations- und Rechtsservices für das Parlament (Präsident, Ausschüsse, Fraktionen und Gruppen), Bürgerinnen und Bürger.
Z 3: Zeitnahe und vollständige Befriedigung der Anliegen der Kundinnen und Kunden.
<i>Produkte</i>
P 1 Recht, Eingaben und Europa Erläuterungen: Allgemeine Rechtsangelegenheiten; Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, rechtliche Überprüfung und Bearbeitung der Eingabenvorgänge, Beratung von Petenten. Sitzungsvorbereitung für die bürgerschaftlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in parlamentarischen Konferenzen und europäischen Gremien.

¹⁰ Einschließlich Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Unterausschüsse und weiterer parlamentarischer Gremien.

¹¹ Einschließlich Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Unterausschüsse und weiterer parlamentarischer Gremien

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	702	707	727	772	785
• Personalausgaben in Tsd. EUR	461	478	466	509	525
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	241	229	261	263	260

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	7,25	7,75	7,50	7,50	7,50

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Recht, Eingaben und Europa:					
Anzahl der Eingabenausschusssitzungen	60	52	60	55	55
Eingaben	1.003	720	1.000	800	800
davon beschleunigte Verfahren	124	208	150	200	200
Anzahl der vorbereiteten Sitzungen europäischer Gremien	30	12	34	25	25
Anzahl der Subsidiaritätsprüfungen ¹²	-	-	140	140	140

Produktgruppe 04: Parlamentarische Informationsdienste

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und des Präsidenten bei der Wahrnehmung der parlamentarischen Pflichten und Aufgaben, umfassende, fachlich kompetente, zeitnahe und kundenorientierte Informationsvermittlung und -versorgung sowie Aufbau und Pflege von Online-Informationssystemen für die Bürgerschaft und andere Nutzer (Behörden, Presse, Öffentlichkeit),
<i>Produkte</i>
P 1 Parlamentsdokumentation Erläuterungen: Auswertung und Bereitstellung von Parlamentsmaterialien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung
P 2 Parlamentsbibliothek Erläuterungen: Bereitstellung von Fachliteratur und anderer Medien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung, Aufzeichnung von Fernsehsendungen und Plenarsitzungen
P 3 Pressedokumentation Erläuterungen: Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften, Pressespiegelerstellung, Inhalterschließung, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.378	1.389	1.456	1.430	1.485
• Personalausgaben in Tsd. EUR	789	818	811	864	876
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	589	571	645	566	609

¹² Neue Kennzahl. Seit dem Jahre 2011 werden Subsidiaritätsprüfungen vorgenommen.

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	15,35	14,55	13,55	13,55	13,55

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Parlamentsdokumentation:					
Archivierte Dokumente der Bürgerschaft (Drucksachen, Plenarprotokolle, Ausschussprotokolle)	17.217	17.462	17.500	17.500	17.500
Erschließung der hamburgischen Dokumente (formal u. inhaltlich)	3.521	3.156	3.550	3.550	3.550
Erfasste Dokumente und Vorgänge in Datenbanken	3.656	3.343	3.700	3.700	3.700
Recherchen im Web-Client der Datenbank Dokrates	61.899	62.337	63.000	63.000	63.000
Fachauskunft und Recherche ¹³	1.568	2.762	2.800	2.800	2.800
P 2: Parlamentsbibliothek:					
Medienbestand (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, elektronische Medien)	33.417	33.307	33.000	33.500	33.500
Erschließung der Medien (Katalogisierung u. inhaltliche Erschließung aus Zeitschriften u. Büchern) ¹⁴	2.879	2.263	1.500	1.600	1.600
Fachauskunft und Recherche (siehe P1)	1.151	-	-	-	-
P 3: Pressedokumentation:					
Zugang an Presseauschnitten	21.100	18.300	18.500	18.500	18.500
Ausgewertete Presseauschnitte	21.100	18.300	18.500	18.500	18.500
Ausgewertete Publikationen	69	69	69	69	69
Fachauskunft und Recherche (siehe P1)	384	-	-	-	-
Veröffentlichte Pressespiegel	500	500	500	500	500
Auflage pro Pressespiegel	206	206	206	206	206
Kosten eines Pressespiegels (Stückzahl) in EUR	4,35	4,38	4,41	4,03	4,06
Kosten einer Ausgabe des Pressespiegels in EUR	895,54	902,95	907,52	829,32	835,47
Gesamtkosten des Pressespiegels pro Jahr in EUR ¹⁵	447.772	451.476	454.000	415.000	418.000

¹³ Fachauskunft und Recherche werden ab 2011 für die Produktgruppe zentral erfolgen, da an der zentralen Infothek die Auskunft für alle fachlichen Bereiche erteilt wird. Die Kennzahl entfällt zukünftig bei Parlamentsbibliothek und Pressedokumentation.

¹⁴ Die Einarbeitung der Medien aus der ehemaligen Senatsbibliothek führte zu den erhöhten Zahlen 2010 und 2011. Die Einarbeitung ist abgeschlossen, insofern werden die Zahlen für 2013 und 2014 entsprechend niedriger angesetzt.

¹⁵ Die Kosten für den Pressespiegel werden ab 2013 von einem niedrigeren Niveau ausgehen, da günstigere Preispauschalen mit der Presse-Monitorgesellschaft (PMG) ausgehandelt werden konnten und durch den Umstieg auf elektronische Presseartikel die Scantätigkeiten reduziert und damit Personalkosten gesenkt werden konnten.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2013 / 2014

Einzelplan 01.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Deckungskreise
Deckungskreis im Kapitel 1000

01 Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
1030	Rechnungshof	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
			- A	- A		-	-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	209	210	214	1000
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	1030
-	-	-	- Z	- Z	- Z	209	210	214	Ges. einn.
	-	-		-	-		1 +	5 +	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014
		16	17	18
1000	Bürgerschaft	209	210	214
1030	Rechnungshof	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	209	210	214
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1+	5+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	16.654	17.230	17.512	3.730	3.737	3.931
		-	-	-	-	-	-
1020	Verfassungsgericht	36	36	36	15	15	16
		-	-	-	-	-	-
1030	Rechnungshof	14.262	14.859	15.002	1.156	1.195	1.161
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	30.952	32.125	32.550	4.901	4.947	5.108
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1.173 +	1.598 +		46 +	207 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
5.053	5.301	5.381	-	-	-	1000
-	-	-	-	-	-	1020
-	-	-	-	-	-	1030
182	204	204	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
5.235	5.505	5.585	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	270 +	350 +		-	-	+/-
				- H	- H	
-	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	-	-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		13	14	15	16	17	18
1000	Bürgerschaft	209	265-	267-	25.646	26.003	26.557
		-	-	-	-	-	-
1020	Verfassungsgericht	-	-	-	51	51	52
		-	-	-	-	-	-
1030	Rechnungshof	-	-	-	15.600	16.258	16.367
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	209	265-	267-	41.297	42.312	42.976
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		474-	476-		1.015 +	1.679 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
187	655	458	25.833	26.658	27.015	1000
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	51	51	52	1020
-	-	-	-	-	-	
73	87	73	15.673	16.345	16.440	1030
-	-	-	-	-	-	
30 B	140 B	30 B	41.557	43.054	43.507	Ges. Aus.
230	602	501				
	110 +B	- B		1.497 +	1.950 +	+/-
	372 +	271 +				
- B	- B	- B	-	-	-	Ges. VE
-	-	-				
	- B	- B		-	-	+/-
	-	-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

1000	Bürgerschaft				
(011)	-----				
	EINNAHMEN				
119.02	Erstattungen parlamentarischer Gremien oder Funktionsträger für sächliche Aufwendungen der Bürgerschaftskanzlei	10 10	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.534.05				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
282.01	Zweckgebundene Einnahmen für Veranstaltungen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.0.1000.534.03.				
382.01 (890)	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungs- leistungen	196 192	209	210	214
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.982.01				
	Gesamteinnahmen		209	210	214
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.409 1.545 502 R	1.588	1.588	1.588
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.135 4.375 476 R	4.300	4.559	4.629
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	28 37	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	96 88	60	49	45
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt gemäß § 2 HmbAbgG	4.260 4.609	4.463	4.556	4.638

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.02	Fahrtkosten und Reisekosten gem. § 3 (4) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung	122 98 44 R	114	114	117
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt an Abgeordnete bzw. ihre Familien	86 73 11 R	80	71	71
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gem. § 5 HmbAbgG	132 115 8 R	117	126	131
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.07	Bürokosten gemäß § 3 (1) HmbAbgG als Aufwandsent- schädigung	993 1.348 135 R	980	1.001	1.001
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.08	Kostenpauschale gemäß § 3 (2) HmbAbgG als Auf- wandsentschädigung	547 517 19 R	511	511	511
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte gemäß § 3 (3) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung	4.367 4.367	4.578	4.761	4.852
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.10	Sitzungsgelder gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsent- schädigung	216 197 70 R	255	255	255
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
411.11	Altersentschädigung, Leistungen an Hinterbliebene gem. §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG	131 161 35 R	232	212	231
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .				
459.95 (840)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1000 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KRDBereich des Kapitels	0 0	0	-	-
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	317 195 125 R	244	244	244
523.01	Mikroverfilmung von Parlamentsmaterialien Übertragbar	0 0	0	-	-
523.02	Bücher, Zeitschriften und Medien der Parlamentsbibliothek Übertragbar	58 59 16 R	57	60	60

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
525.91	Aus- und Fortbildung	13 1 9 R	6	6	6
	Übertragbar				
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	6 6	6	6	6
529.01	Verfügungsmittel des Präsidenten	12 11 14 R	13	13	13
	Übertragbar				
531.02	Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerschaft	81 387 2 R	68	98	268
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 .				
531.03	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	129 132 32 R	156	118	118
	Übertragbar				
534.01	Sonstige Ausgaben für das Plenum, die Abgeordneten und die Ausschüsse	580 470 100 R	470	440	440
	Übertragbar				
534.03	Veranstaltungen der Bürgerschaft, Arbeitstagungen, Besuche	150 245 24 R	275	315	375
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.282.01.				
534.05	Sächliche Aufwendungen für parlamentarische Gremien und Funktionsträger	0 0	0	-	-
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.119.02				
535.56	IuK-Folgekosten	139 171 33 R	192	249	213
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1000.671.56.				
543.01	Erstattung für Dienstleistungen des Rathaus-Service	422 354 46 R	436	436	436
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
632.01	Kostenbeitrag Hamburgs an den Landtag von Nordrhein-Westfalen für die Zentraldokumentation Parlamentsspiegel	3 3	4	4	4
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.535.56.	236 228 36 R	264	278	278

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
684.01 (019)	Staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz	379 287	330	337	337
684.02	Zuschüsse an die Fraktionen der Bürgerschaft	4.042 4.463 5 R	4.455	4.682	4.762
	Übertragbar				
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Betriebskonto Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen				

422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	40 28 16 R	185	194	197
	Übertragbar				
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	880 525	655	690	700
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0 14 R	56	59	60
	Übertragbar				
438.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	79 47	60	63	64
441.61 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen	0 0 3 R	8	9	10
	Übertragbar				
534.61	Sachausgaben für PUA und Enquete Kommissionen	325 237 16 R	219	164	164
	Übertragbar				
	Summen für Z61	838 49 R	1.183	1.179	1.195
701.02	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	86 0 50 R	30	140	30
	Übertragbar				
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	10 0 30 R	20	20	20
	Übertragbar				
812.56	Beschaffung von IuK-Technik	146 69 389 R	137	495	408
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
972.02	Globale Minderausgabe aus Bewirtschaftung Kapitel 1000, Einzelplan 1.0	0 0	0	475-	481-
982.01 (890)	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft	196 192 38 R	209	210	214
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.382.01				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		25.833	26.658	27.015
1020	Verfassungsgericht				
(051)	-----				
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	16 16 8 R	13	13	14
412.01	Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Hamburgischen Verfassungsgerichts	36 36	36	36	36
535.56	IuK-Folgekosten	3 0 2 R	2	2	2
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		51	51	52
1030	Rechnungshof				
(011)	-----				
	EINNAHMEN				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	5 5	0	-	-
281.01	Erstattung von Personalkosten durch die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (Weggefallener Ansatz)	60 34	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	9.465 9.097 255 R	9.886	10.498	10.666

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----					
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	8 11	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	4.639 4.411	4.376	4.361	4.336
535.56	Beschaffung und Unterhaltung von IuK-Technik - IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1030.671.56.	37 45 15 R	69	69	35
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IuK-Administration von Dataport	59 0	0		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	35 0	0		
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1030.535.56.	45 129 122 R	182	204	204
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sach- und Fachausgaben Rechnungshof -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	96 77 16 R	87	95	95
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	209 221 60 R	244	244	244
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	649 649 11 R	666	697	697
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24 8 21 R	28	28	28

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----					
	Übertragbar				
525.61	Aus- und Fortbildung	27 31	13	13	13
	Übertragbar				
526.61	Hinzuziehung von Sachverständigen	1 1 13 R	18	18	18
	Übertragbar				
527.61	Dienstreisen	25 19 5 R	20	20	20
	Übertragbar				
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben	17 16 3 R	11	11	11
	Übertragbar				
	Summen für Z61	1.022 128 R	1.087	1.126	1.126
812.56	Beschaffung von IuK-Technik und Iuk-gerechter Büroausstattung	52 81 50 R	73	87	73
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben		15.673	16.345	16.440
	Summe Verpflichtungsermächtigungen				

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.559	---	1.396
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.498	---	6.942
	Summe Gesamtansatz 2013	15.057	---	8.338
	Summe Vergleichszahl 2012	14.186	---	7.859
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	13.472	---	7.259
	Summe Rest 2011	731 R	---	290 R

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1000	2	2.461	421	223	56
1030	---	1.096	2.083	99	278
	2	3.557	2.504	322	334
	2	3.348	2.359	302	316
	---	3.432	2.176	315	290
	---	326 R	57 R	50 R	8 R

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.629	---	1.417
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.666	---	7.056
	Summe Gesamtansatz 2014	15.295	---	8.473
	Summe Vergleichszahl 2013	15.057	---	8.338
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	13.472	---	7.259
	Summe Rest 2011	731 R	---	290 R

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1000	2	2.498	428	227	57
1030	---	1.111	2.117	100	282
	2	3.609	2.545	327	339
	2	3.557	2.504	322	334
	---	3.432	2.176	315	290
	---	326 R	57 R	50 R	8 R

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	431.93	432.93
		Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	49	---	22
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.361	---	3.442
	Summe Gesamtansatz 2013	4.410	---	3.464
	Summe Vergleichszahl 2012	4.436	---	3.520
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	4.499	---	3.583
	Summe Rest 2011	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1000	45-	72
1030	128	791
	83	863
	82	834
	102	813
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	45	---	24
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.336	---	3.415
	Summe Gesamtansatz 2014	4.381	---	3.439
	Summe Vergleichszahl 2013	4.410	---	3.464
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	4.499	---	3.583
	Summe Rest 2011	---	---	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1000	53-	74
1030	124	797
	71	871
	83	863
	102	813
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft Bürgerschaftskanzlei Bürgerschaftskanzlei Senatskanzlei	1.588 --- ---	155 --- ---	--- --- ---
1020	Verfassungsgericht Verfassungsgericht Präsidial Abteilung	13 ---	2 ---	--- ---
	Summe Gesamtansatz 2013	1.601	157	---
	Summe Vergleichszahl 2012	1.601	157	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	1.561	121	---
	Summe Rest 2011	510 R	30 R	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	485 --- ---	910 --- ---	--- --- ---	18 --- ---	20 --- ---
1020	--- ---	--- ---	1 ---	8 ---	2 ---
	485	910	1	26	22
	485	910	1	26	22
	568	826	---	12	34
	5 R	440 R	7 R	13 R	16 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft Bürgerschaftskanzlei Bürgerschaftskanzlei Senatskanzlei	1.588 --- ---	155 --- ---	--- --- ---
1020	Verfassungsgericht Verfassungsgericht Präsidial Abteilung	14 ---	2 ---	--- ---
	Summe Gesamtansatz 2014	1.602	157	---
	Summe Vergleichszahl 2013	1.601	157	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	1.561	121	---
	Summe Rest 2011	510 R	30 R	---

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	485 --- ---	910 --- ---	--- --- ---	18 --- ---	20 --- ---
1020	--- ---	--- ---	1 ---	9 ---	2 ---
	485	910	1	27	22
	485	910	1	26	22
	568	826	---	12	34
	5 R	440 R	7 R	13 R	16 R

Erläuterungen zu den Kapiteln

1000 Bürgerschaft

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Bürgerschaft ist das Landesparlament der Freien und Hansestadt Hamburg. Die wichtigsten Funktionen sind die Gesetzgebung, die Kontrolle des Senats sowie die Ausübung des Budgetrechts.

Die Bürgerschaftskanzlei ist die Verwaltungseinrichtung des Landesparlamentes. Sie untersteht dem Präsidenten der Bürgerschaft und unterstützt diesen bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben. Die Bürgerschaftskanzlei erbringt vielfältige Dienstleistungen für das Parlament und setzt gesetzliche Leistungen für die Abgeordneten, Fraktionen und Parteien um.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2013:2012	2014:2013
Einnahmen	209	210	214	+0,5	+1,9
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	0	0	0		
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	0	0	0		
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	209	210	214	+0,5	+1,9
Ausgaben	25.833	26.658	27.015	+3,1	+1,3
Davon:					
Personalausgaben	16.654	17.230	17.512	+3,5	+1,6
Sach- und Fachausgaben	8.783	9.038	9.312	+2,9	+3,0
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	187	655	458	+250,3	-30,1
Bes. Finanzierungsausgaben	209	-265	-267	+178,9	+0,75

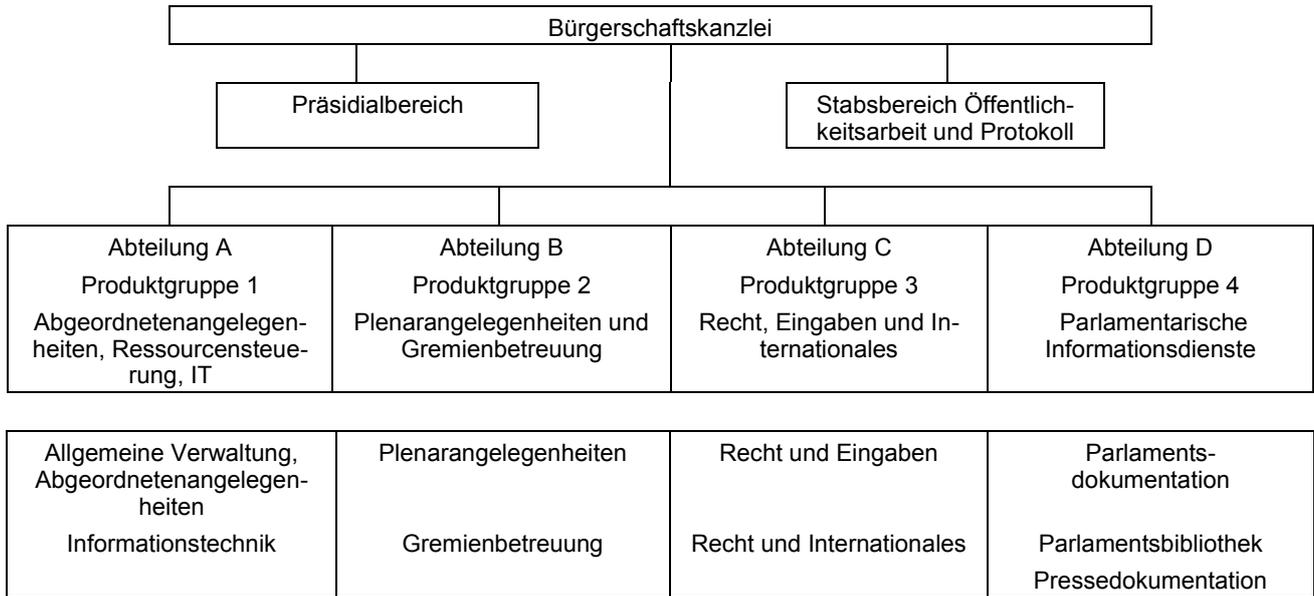
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2010				2011			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2011 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2012 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
518	243	275	53,1	537	69	468	87,2

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Bürgerschaftskanzlei ist wie folgt organisiert:



4. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Verwaltungseinnahmen im Bereich der Bürgerschaftskanzlei verbleiben auf einem geringen Niveau, da es sich überwiegend um Erstattungen von Kopierkosten von Fraktionen und Bibliotheksbesuchern bzw. um weitere nicht planbare vermischte Einnahmen handelt.

Zur Darstellung und Abwicklung des Sondervermögens „Versorgungsleistungen für Abgeordnete“ wird die Beteiligung der Abgeordneten als Einnahme beim Titel 1000.382.01 veranschlagt, die Zuführung an das Sondervermögen als Ausgabe beim Titel 1000.982.01.

Ausgaben

Personalausgaben

Generelles

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungsausgaben. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen ab 2013 sind in den dezentralen Behördenbudgets berücksichtigt.

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushaltsplan 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassungen zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassungen der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx)
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRd, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen (Titel xxxx.632.91 / 632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o. g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose 2011 verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRd; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 14,3 v. H. (2013) bzw. 14,4 v. H. (2014) der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRd mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Stellenplan

• **Allgemeine Hinweise**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Absatz 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Absatz 1 LHO sowie ggf. des Sondervermögens nach § 26 Absatz 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z. B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z. B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

• **Überblick über Stellenbestand und –veränderungen**

Einzelplan 1000. Bürgerschaftskanzlei

Stellenbestand:

Kapitel	Stellenzahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
1000	79,51	-	-	-	-	-	-
1010 (PUA)	11,00	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014

***) wie von der Bürgerschaft beschlossen

Erläuterungen zu den Haushaltstiteln

- 411.01 Veranschlagt ist das steuerpflichtige Entgelt nach § 2 Absatz 1 HmbAbgG. Es beträgt seit dem 01.01.2012 monatlich 2.500 Euro. Es wird durchschnittlich der Wechsel von sieben Abgeordneten im laufenden Jahr sowie dem Wechsel einer Fraktionsspitze (Vorsitz, 2 x stellvertr. Vorsitz) angenommen.
- 411.02 Veranschlagt sind die Fahrtkosten der Abgeordneten für die Nutzung des HVV sowie Reisekosten gem. § 3 Abs. 4 HmbAbgG unter Berücksichtigung steigender HVV - Tarife.
- 411.04 Veranschlagt sind die nach altem Recht (§ 1a Aufwandsentschädigungsgesetz) weiterhin zu leistenden Zuschüsse zum Familienunterhalt an ehemalige Abgeordnete bzw. deren Hinterbliebene (§ 28 HmbAbgG).
- 411.06 Veranschlagt sind Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gemäß § 5 HmbAbgG. Durch (langfristig betrachtet) Anhebung der Versicherungsbeitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen werden die Ausgaben voraussichtlich weiter steigen. Wie bei anderen Ansätzen auch, wurde bei der Kalkulation ein Wechsel von vier Mitgliedern je Jahr berücksichtigt, die sich um einen Monat überschneiden können.
- 411.07 Veranschlagt sind die Pauschalen für die Unterhaltung eines Abgeordnetenbüros (monatlich laufende und einmalige Zahlungen) sowie einmalige Zahlungen zur Ausstattung eines Büro- und IT-Arbeitsplatzes und zur Anmietung neuer Büros. Bei der Berechnung wird davon ausgegangen, dass für etwas mehr als die Hälfte der Mitglieder ein Abgeordnetenbüro zur Mandatsausübung als Einzelbüro unterhalten wird. Für den geschätzten Wechsel von sieben Abgeordneten je Planjahr sind einmalige und laufende Kosten berücksichtigt. Außerdem ist darüber hinaus auch jeweils für 10 Abgeordnete, die im Laufe eines Jahres ihr Büro wechseln, die Zahlung einer Anmietungspauschale (max. je 461 Euro) kalkuliert.
- 411.08 Veranschlagt sind die monatlichen Kostenpauschalen für die Abgeordneten gemäß § 3 Abs. 2 HmbAbgG (seit 01.04.2006 350 Euro monatlich) einschließlich der Pauschalen für durchschnittlich 7 neue Abgeordnete durch Wechsel im laufenden Jahr.
- 411.09 Nach § 3 Abs. 3 HmbAbgG haben die Abgeordneten Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Beschäftigung von Hilfskräften, Praktikantinnen und Praktikanten sowie für Dienstleistungen Dritter bis zu einer Betragshöhe von 2.649 EUR zuzüglich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und des Beitrags zur gesetzlichen Unfallversicherung. Kalkuliert ist jeweils der Wechsel von 7 Abgeordneten im Laufe eines Planjahres; der Zuschuss ist dann in einem Monat zusätzlich für die nachrückenden Abgeordneten zu zahlen.
- 411.10 Veranschlagt sind die Sitzungsgelder für die Abgeordneten gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsentschädigung. Das Sitzungsgeld beträgt seit 01.01.2002 21 Euro je Sitzung. Die Anzahl von Sitzungen pro Abgeordneten wird pro Planjahr mit 90 angenommen; die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erhöht die durchschnittliche Anzahl für die Planjahre auf 100.
- 411.11 Veranschlagt sind die Altersentschädigung an Abgeordnete sowie die Leistungen an Hinterbliebene gemäß §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG. Abgeordnete erhalten nach Ausscheiden aus der Bürgerschaft eine Altersentschädigung, wenn sie mindestens ein Jahr lang auf einen Betrag nach § 10 HmbAbgG monatlich verzichtet und mindestens ein Jahr der Bürgerschaft angehört und das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die Altersentschädigung beträgt für jedes Jahr des Verzichtes und der Mitgliedschaft 2 % des Entgeltes nach § 2 HmbAbgG. Die Zeit der Wahrnehmung der in § 2 Abs. 2 HmbAbgG genannten Ämter wird bei der Berechnung der Altersentschädigung entsprechend berücksichtigt.

Sach- und Fachausgaben

- 511.99 Veranschlagt sind die Mittel für Geschäftsbedarf, Kommunikation und Geräte.
- 517.99 Neben der Bewirtschaftung der Grundstücke für die Bürgerschaftskanzlei wird auch die Bewirtschaftung der Anmietungen der Fraktionen aus diesem Titel bestritten.
- 518.99 Veranschlagt sind die Mittel für Mieten und Pachten.
- 519.01 Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung der Grundstücke, baulichen Anlagen und Mietungen.
- 523.02 Veranschlagt sind die Mittel für Bücher, Zeitschriften und Medien für die Parlamentsbibliothek.
- 525.91 Veranschlagt sind die Mittel für Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Bürgerschaftskanzlei, die nicht vom Zentrum für Aus- und Fortbildung durchgeführt wird (vgl. 525.92)
- 525.92 Veranschlagt als Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (vgl. 525.91)
- 531.02 Veranschlagt sind Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Hamburgischen Bürgerschaft und ihrer Gremien. Dazu gehören Publikationen (z. B. Faltblätter „Die Bürgerschaft – Aufgaben und Funktionen“, „Das Eingabeverfahren“, Sitzungskalender, Bürgerhandbuch), das Internetangebot sowie eine Präsentation über die Arbeit der Bürgerschaft. Diese Veröffentlichungen müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden und erlangen steigende Bedeutung, um den Bürgern der Stadt und den Besuchern des Rathauses das Parlament und dessen Arbeit näher zu bringen. In 2014 erhöht sich der Ansatz wegen der Durchführung einer Wahlkampagne.
- 531.03 Veranschlagt ist die Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht. Die Preispauschale wurde zum 1.1.2012 abgesenkt, so dass je Planjahr ein geringerer Ansatz veranschlagt wurde.
- 534.01 Veranschlagt sind die Mittel, die aufgrund von Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse entstehen z. B. Beschallung, Kosten bei Anhörverfahren, Verpflegung, Kosten für die Übersetzung ausländischer Schriftstücke an die Bürgerschaft sowie Gerichts-, Sachverständigen- und Anwaltskosten für das Plenum. Daneben werden die Bürgerschaftsdrucksachen aus diesem Titel finanziert.
- 534.03 Veranschlagt sind die Mittel für Veranstaltungen, Empfänge, Arbeitstagungen und protokollarische Verpflichtungen (z. B. Bewirtung ausländischer Staatsgäste und offizieller Besucher, Delegationsreisen). Beispiele für etablierte Veranstaltungen sind Jugend im Parlament, der Tag der offenen Tür im Rathaus, der Holocaust-Gedenktag oder das Sommerfest im Rathaus. Hinzu kommen die Veranstaltungen der Bürgerschaft im Rahmen der Nacht der Jugend und der langen Nacht der Museen.
- 534.61 Seit dem 01.07.2011 ist der Arbeitsstab des PUA Elbphilharmonie eingesetzt. Die Ausgaben für den PUA werden in voller Höhe vom Senat (Finanzbehörde) bereitgestellt. Die Veranschlagung erfolgt seitens der Bürgerschaft.
- 535.56 Veranschlagt sind die Mittel für die IT-Folgekosten. Die Erhöhung der Ansätze 2013 und 2014 tragen der Erhöhung der Lizenzkosten Rechnung.
- 543.01 Veranschlagt sind die Mittel für die Erstattung der Dienstleistungen des Rathaus-Service.
- 671.56 Veranschlagt werden die Mittel für die „Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport und die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs.“
- 684.01 Veranschlagt ist die staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz. Nach dem Parteiengesetz sind von den Ländern 0,50 Euro je Wählerstimme zu erstatten. Darüber hinaus anfallende Kosten (jede Wählerstimme über die ersten 4 Mio. Stimmen hinaus, die eine Partei insgesamt durch Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt) werden vom Bund getragen. Für 2013 und 2014 sind jeweils vier Abschlagszahlungen je anspruchsberechtigter Partei pro Jahr veranschlagt; auf Basis der Daten für 2011 je Planjahr insgesamt 337.000 Euro. Die Schlussfestsetzung erfolgt zum 15.02. des jeweils folgenden Jahres. Auf Grund der seit 01.07.2002 eingeführten vierten Abschlagszahlung (je 25 %) zum 15.11. eines Jahres fallen, wenn sonst keine Veränderungen zu verzeichnen sind, bei der Schlussfestsetzung in der Regel keine weiteren Zahlungen an.
- 684.02 Veranschlagt sind die nach dem Fraktionsgesetz zu zahlenden monatlichen Geldleistungen. Eine Anpassung der Geldleistungen an die lineare Erhöhung der Vergütungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes (Entgeltgruppe 13 TV-L) in Höhe von 1,9 % (geschätzt) sowie der Erhöhung des Verbraucherpreisindex von 1 % (geschätzt) ist berücksichtigt. Die Geldleistungen sind nach § 8 Absatz 2 des Fraktionsgesetzes auf volle Eurobeträge aufgerundet. Zugrunde gelegt ist die Anzahl der Fraktionen zu Beginn der 20. Wahlperiode.

Investitionen

- 701.02 Veranschlagt sind Mittel für kleine Hochbaumaßnahmen für die Dienstgebäude der Bürgerschaft.
- 812.56 Die IT - Investitionsmittel werden überwiegend für die anfallenden Ersatzbeschaffungen von Servern, für die Aufrüstung der Datenbank Eingabendienst und die Umsetzung des Projekts verbessertes Informationsmanagement (PRIMA) benötigt.

Besondere Finanzierungsausgaben

- 972.02 Da die Einhaltung der Schuldenbremse ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Verwaltung ist, ist auch die Bürgerschaft bestrebt, einen eckwertekonformen Haushaltsplanentwurf 2013/2014 vorzulegen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht sie für die Jahre des Doppelhaushalts eine Globale Minderausgabe vor, die für 2013 475 Tsd. Euro und für 2014 481 Tsd. Euro beträgt.
- 982.01 Dem Titel werden die „Einnahmen“ aus 1000.382.01 - Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen – (haushaltstechnische Verrechnungen) zugeführt. Die Summe der monatlichen Verzichtsbeiträge zum Erwerb von Versorgungsansprüchen der Abgeordneten wird auf der Grundlage der Zahlungen beim Titel 1000.411.01 ermittelt. Die Beträge werden dann einer Vermögensanlage in Form von Wertpapieren zugeführt. Der Abzug für Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbgG richtet sich nach dem Rentenversicherungsbeitragssatz, der seit 01.01.2012 19,6 % beträgt. Die Abgeordneten verzichten auf einen Anteil von 50 v. H. des aktuellen Beitragssatzes bezogen auf ihr Entgelt.

1020 Hamburgisches Verfassungsgericht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Aufgaben und Ziele des Hamburgischen Verfassungsgerichts

Das Hamburgische Verfassungsgericht gewährt Rechtsschutz nach Maßgabe des Art. 65 Abs. 3 der Hamburger Verfassung (HV) in Verbindung mit § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfGG). Durch seine Rechtsprechung schafft es Rechtssicherheit für die Verfahrensbeteiligten und die Allgemeinheit in den in Art. 65 Abs. 3 HV geregelten Bereichen.

- Personalausgaben
Das Amt des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts wird zurzeit von einem Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht wahrgenommen. Die Geschäftsstelle des Hamburgischen Verfassungsgerichts ist beim Hanseatischen Oberlandesgericht angesiedelt. Daher sind die Stelle des Präsidenten im Produktbereich Fachgerichte (Kap. 2190) und die Kapazitäten der Geschäftsstelle im Produktbereich Ordentliche Gerichte (Kap. 2110) enthalten. Die übrigen Richterinnen und Richter werden von der Bürgerschaft gewählt. Außer den gesetzlichen Leistungen (Aufwandsentschädigungen) entstehen für sie im Bereich des Hamburgischen Verfassungsgerichts keine Personalkosten.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- Differenz in %	
				2012 zu 2013	2013 zu 2014
Einnahmen	0	0	0	0	0
Davon: Verwaltungseinnahmen etc., Zuweisungen, Zu- schüsse und Investitions- zuschüsse					
Ausgaben	51,0	51,0	52,0	0	2,0
Davon:					
Personalausgaben	36,0	36,0	36,0	0	0
Sach- und Fachausgaben	15,0	15,0	16,0	0	6,7
Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen	-	-	-	-	-

3. Produktinformationen für das Kapitel 1020, Hamburgisches Verfassungsgericht

Ziele des Produktbereichs

Gewährung von Rechtsschutz gemäß Art. 65 Abs. 3 der Hamburger Verfassung (HV) i.V.m. § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfGG), Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung

Produktgruppe: Hamburgisches Verfassungsgericht

Produkte

- P1 Erledigung der in Art. 65 Abs. 3 Nr. 1 bis 8 HV und § 14 des Gesetzes über das HVerfG aufgeführten verfassungsgerichtlichen Streitigkeiten, insbesondere über die Auslegung der Verfassung, über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung oder abgeleitetem Landesrecht mit den Landesgesetzen, über die Auslegung oder Anwendung des Landesrechts, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung und über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Bürgerschaft in Wahlanfechtungssachen
- P2 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten, insbesondere Bescheidung von Eingaben
- P3 Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personalorganisation, Verwaltung von Haushaltsmitteln einschl. Haushaltsführung und Raumverwaltung sowie Öffentlichkeitsarbeit)

1030 Rechnungshof

1. Aufgaben, Ziele und Organisation des Rechnungshofs

1.1 Aufgaben und Ziele

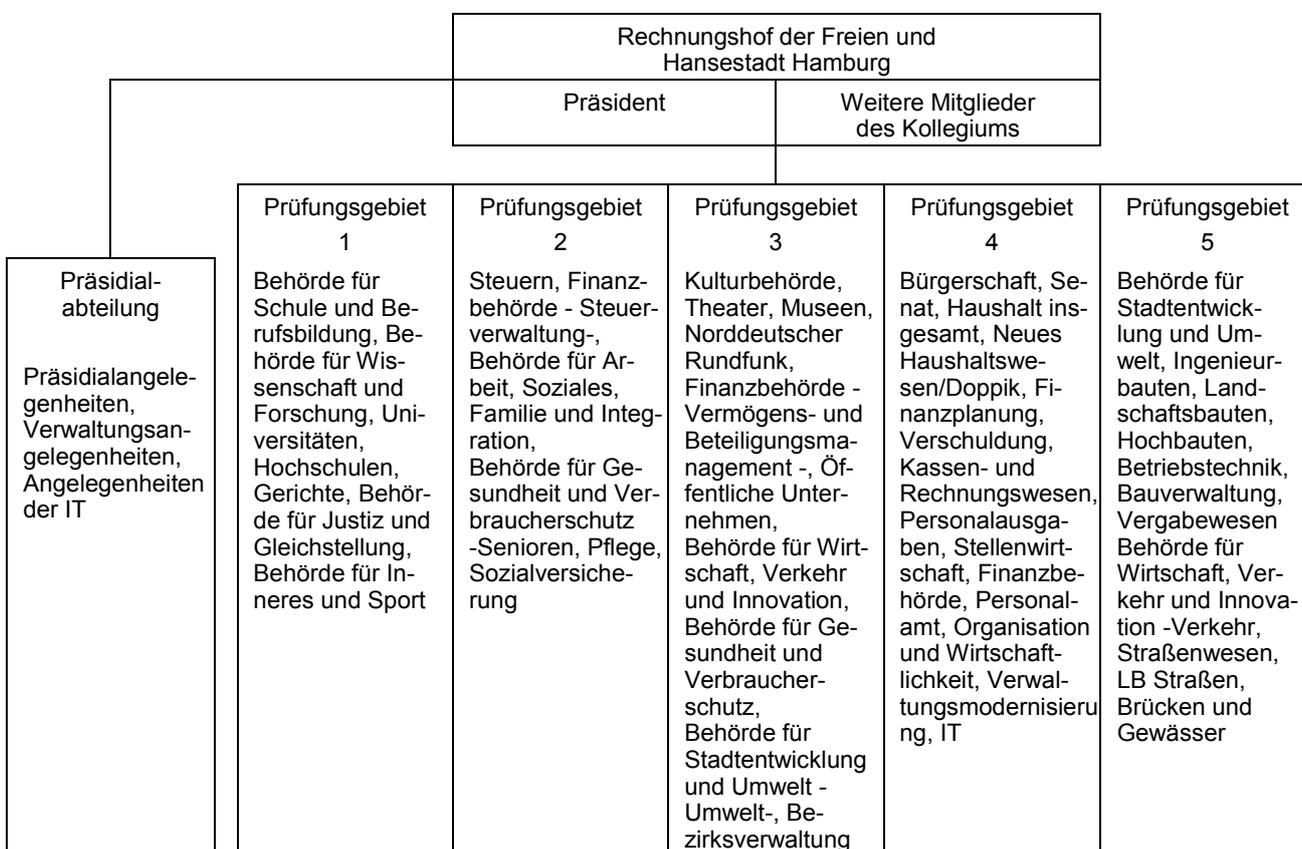
Auf der Grundlage seines Verfassungsauftrages nach Art. 71 der Hamburger Verfassung, der Landeshaushaltsordnung und des Rechnungshofgesetzes überwacht der Rechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg. Er prüft insbesondere die Verwaltung, wirkt am parlamentarischen Entlastungsverfahren mit und berät Bürgerschaft, Senat und den Präses der Finanzbehörde. Seine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet,

- auf eine bestimmungsgemäße, wirtschaftliche und sparsame Verwendung staatlicher Mittel hinzuwirken,
- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der staatlichen Einrichtungen bei sich wandelnden Anforderungen zu verbessern,
- die für die Haushalts- und Wirtschaftsführung bedeutsamen Entwicklungen und ihre Zusammenhänge offen zu legen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Der Rechnungshof ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

1.2 Organisation

Der Rechnungshof gliedert sich derzeit organisatorisch wie folgt:



2. Ressourceneinsatz und Prüfungstätigkeit

2.1 Der Rechnungshof verfügt über 139 Stellen. 6 Stellen entfallen auf den Leitungsbereich (Mitglieder des Kollegiums des Rechnungshofs). Von den 133 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 115 (86 %) unmittelbar für operative Prüfungsaufgaben eingesetzt. 18 (14%) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen Querschnitts- und Intendanzaufgaben wahr.

Die Prüfungskapazität des Rechnungshofs wird im Wesentlichen entsprechend dem jeweiligen Haushalts- und Personalvolumen der zu prüfenden Verwaltungseinheit (Behörden, Dienststellen, Unternehmen) eingesetzt; besondere Schwerpunktsetzungen können sich jedoch aus aktuellen Anlässen und besonderen Problemlagen ergeben. Grundlagen hierfür sind der Geschäftsverteilungsplan und die Arbeitsplanung des Rechnungshofs.

2.2 Der Rechnungshof wählt seine Prüfungen unter Berücksichtigung ihrer Wirksamkeit und Prävention aus. Er richtet seine Prüfungen insbesondere aus auf

- Aufgabenfelder mit hoher finanzieller Bedeutung,
- wichtige Aufgaben und Programme sowie auf die Einhaltung wesentlicher Ordnungsregelungen,
- grundlegende Fragen der Zielsetzung, des Verwaltungsaufbaus, der Planung, des Vollzugs, der Kontrolle und der Steuerung.

Der Rechnungshof stellt in jedem Jahr auf:

- eine vier Jahre umfassende Mittelfristige Prüfungsplanung, in die die in Aussicht genommenen Prüfungsvorhaben mit übergreifender Themenstellung sowie von besonderer Bedeutung aufgenommen werden,
- einen Gesamtarbeitsplan, der für das laufende Jahr sämtliche Prüfungen enthält.

Beide Unterlagen enthalten Aussagen über die für die einzelnen Prüfungen erforderlichen personellen Kapazitäten. Es handelt sich hierbei um Planungs- und Entscheidungsunterlagen des Rechnungshofs, die immer aktuellen Entwicklungen neu angepasst werden, aus der Natur der Sache intern sind und Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

2.3 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs deckt ein breites Spektrum von Zielen, Inhalten und Vorgehensweisen ab. Dementsprechend differieren die Prüfungen erheblich hinsichtlich ihrer Komplexität, ihres Schwierigkeitsgrades sowie ihres Personal- und Zeitaufwandes. Von daher unterscheidet der Rechnungshof insbesondere

- Prüfungen, die sich im Wesentlichen auf die Ordnungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung konzentrieren (Rechnungsprüfungen),
- Prüfungen der Organisation, des Technikeinsatzes und der wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung (Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen),
- Prüfungen der staatlichen Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen (Betätigungsprüfungen),
- Prüfungen, die die gesamte Verwaltung oder mehrere Behörden einbeziehen (Querschnittsprüfungen),
- Prüfungen, die auf Wirkungsanalyse, Erfolgskontrolle oder Aufgabenkritik gerichtet sind.
- Prüfungen mit begleitendem bzw. beratendem Charakter.

2.4 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs schlägt sich insbesondere in Prüfungsmitteilungen an die Verwaltung, den jährlichen Berichten an die Bürgerschaft und den Senat (§ 97 LHO) oder auch z. B. in Sonderberichten (§ 99 LHO) und gutachtlichen Äußerungen (§ 88 LHO) nieder. In den Jahresberichten fasst er die Ergebnisse seiner Prüfungen, soweit sie für die Entlastung des Senats von Bedeutung sein können, zusammen. Dies spiegelt naturgemäß nicht das gesamte Prüfungsgeschehen wider. Die Erörterung des Prüfungsstoffs und die Auseinandersetzung mit der Verwaltung sind vielfach weder mit den Prüfungsmitteilungen noch mit dem Jahresbericht abgeschlossen, weil die Umsetzung von Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofs ebenso wie die Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse und die Beantwortung bürgerschaftlicher Ersuchen durch die Behörden oft geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Über seine Prüfungstätigkeit hinaus begleitet der Rechnungshof einzelne Reformvorhaben (z. B. SNH/Doppik) und die Einrichtung und Fortentwicklung von Kassenverfahren, soweit gesetzlich das Einvernehmen mit dem Rechnungshof vorgeschrieben ist, und äußert sich gegenüber der Verwaltung u.a. zu Verwaltungsvorschriften des Haushalts- und Kassenwesens oder zu organisatorischen Maßnahmen (§§ 79, 102, 103 LHO).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

3.1 Übersicht über die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2013 : 2012	2014 : 2013
Einnahmen	-	-	-	-	-
Ausgaben	16.291	16.331	16.440	+0,25	+0,67
Davon:					
Personalausgaben	14.880	14.898	15.041	+0,12	+0,95
Sach- und Fachausgaben	1.338	1.360	1.326	+1,6	-2,5
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen					
- Grundlast	73	73	73	-	-
- temporärer Investitionsschwerpunkt		(14)			

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2010				2011			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2011 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2012 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
152	52	73	47,7	183	81	50	27,3

3.2 Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

Generelles

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungsausgaben. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen ab 2013 sind in den dezentralen Behördenbudgets berücksichtigt.

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushaltsplan 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassungen zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassungen der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährig Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für aktive Beschäftigte (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRd, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRd; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 13,5 v. H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRd mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (bisher Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Personalausgaben im Haushaltsvollzug 2011

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben des Rechnungshofs im Vollzug des Jahres 2011 wurde eingehalten, darüber hinaus konnten Reste in Höhe von 254 Tsd. EUR (brutto) als ersteuert anerkannt und in das Folgejahr übertragen werden.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Überblick über Stellenbestand und -veränderungen

Kapitel	Stellenzahl ^{*)}	Neue Stellen ^{**)}		Stellenhebungen ^{**)}		Umwandlungen ^{**)}	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
1030 Rechnungshof	139	-	-	9	-	-	-

^{*)} Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014

^{**)} wie von der Bürgerschaft beschlossen

3.3 Sachausgaben

Die Sachausgaben des Rechnungshofs umfassen in 2013 und 2014 jeweils:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb von 1.087 Tsd. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik von 69 und 35 Tsd. EUR,
- Kosten für die Inanspruchnahme von Dataport von 204 Tsd. EUR.

3.4 Investitionen

Die beim Titel 1030.812.56 veranschlagten 73 Tsd. EUR werden für die im Planungszeitraum 2010 - 2014 weitere Modernisierung der technischen IT-Architektur des Rechnungshofs, die Fortentwicklung des Informationsmanagements und für Ersatzbeschaffungen der vorhandenen IT-Ausstattung als investive Grundlast benötigt. Resultierend aus den Abschreibungszeiträumen der IT-Geräte sind 2013 zusätzlich 14 Tsd. EUR als temporärer Investitionsschwerpunkt erforderlich.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2013/2014

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
-----------------------	---

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00					11,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamten/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1000	Bürgerschaft	2013/14	29,50			50,01	0,00	79,51
		2012	28,50			50,78	1,00	79,28
1010	PUAs und Enquête-Komm.	2013/14				11,00		11,00
		2012				21,00		21,00
1030	Rechnungshof	2013/14	121,00			18,00		139,00
		2012	119,00			23,00		142,00
	gesamt:	2013/14	150,50	0,00	0,00	79,01	0,00	229,51
		2012	147,50	0,00	0,00	94,78	1,00	242,28

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/14.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2012	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2012				Stellenplan 2013/ 14	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2013/ 14	2013/ 14/ 2012
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.0	1000 Bürgerschaft	79,28				1,00	-0,77	79,51	0,23
	1010 PUAs und Enquête-Komm.	21,00	-12,00			2,50	-0,50	11,00	-10,00
	1030 Rechnungshof	142,00					-3,00	139,00	-3,00
	Summe:	242,28	-12,00	+0,00	+0,00	+3,50	-4,27	229,51	-12,77

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000	Bürgerschaft

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 13	4,00			4,00	
A 12	9,50			9,50	
A 11	5,00	1,00	2)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 31.03.2014 künftig wegfällig nach Beendigung des Projekts Strategische Neuausrichtung des Haushalts (SNH)</i>
A 10	2,00			2,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	29,50			28,50	

- B 6 Direktorin/ Direktor bei der Bürgerschaft (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (9,50)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			2,00	
A 11	0,00			2,00	
Summe:	0,00			5,00	

- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00)

Einzelplan 1.0
Kapitel 1000

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Bürgerschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/14		Vermerk Nr.	2012 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	H.Beschl.
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 12	0,00			1,00		
A 11	0,00			2,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11		1,00							1,00	gem. Art.11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss Ein- richtung der Projektgruppe SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.03.2014 künftig wegfallend nach Beendigung des Projekts Stategische Neuausrichtung des Haushalts (SNH)	

Einzelplan 1.0
Kapitel 1000

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Bürgerschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			2,00	
E 14	1,00			1,00	
E 13	4,50	0,50	1)	4,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	2,00			2,00	
E 11	4,00			4,00	
E 10	3,90			3,00	
E 9	13,33			14,33	
E 8	6,78			6,78	
E 6	11,50			12,17	
E 5	1,00			1,00	
Summe:	50,01			50,78	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	79,51			79,28	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,77	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,77	
Nachwuchs mD			-1,00						-1,00	Ausbildung ist beendet .Stelle wird ab 1.9.2011 nicht mehr benötigt
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe (ohne*) insgesamt										
	0,00	1,00	-0,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,23	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 13	1) weggefallen	kw: 0,50 EntgGr. E 13 zum 31.03.2012 es soll nach dem Erprobungszeitraum geklärt werden, ob die Stellenbemessung korrekt ist

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1010	Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Enquête-Kommissionen

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					11,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Arbeitnehmer						
E 15	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>	
E 14	0,00	2,00	2)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>	
E 13	8,00	8,00	3)	12,00	<i>kw: 8,00 EntgGr. E 13 Kw-Aufgabenwegfall</i>	
E 11	2,00	2,00	4)	3,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 11 Kw-Aufgabenwegfall</i>	
E 6	1,00	1,00	5)	3,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 Kw-Aufgabenwegfall</i>	
Summe:	11,00			21,00		
Summe (ohne *) insgesamt	11,00			21,00		

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
E 15	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes des PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 14	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 14	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes des PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 13	-1,00									-1,00	die Aufgabe des Arbeitsstabes HSH Nordbank ist abgeschlossen, die Stelle wird nicht mehr benötigt
E 13	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt
E 13	-3,00									-3,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes des PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 13	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes des PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 13		1,00								1,00	Schaffung einer Stelle wiss. Mitarbeiter aufgrund Beschluss des PUA
E 13		1,50								1,50	Schaffung von Stellenanteilen für wiss. Mitarbeiter aufgrund Beschluss des PUA
E 11	-1,00									-1,00	Die Arbeit des Arbeitsstabes des PUA HSH Nordbank ist beendet. Die Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 6	-1,00									-1,00	Stelle wird für den Arbeitsstab PUA Elbphilharmonie nicht mehr benötigt
E 6	-1,00									-1,00	Stelle wird ab dem 7.3.2011 für den Arbeitsstab HSH nicht mehr benötigt
Summe Arbeitnehmer											
	-12,00	2,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen											
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt											
	-12,00	2,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-10,00	
Summe (ohne *) insgesamt											
	-12,00	2,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-10,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 15	1)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 15
E 14	2)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 14
E 13	3)	kw: 8,00 EntgGr. E 13 Kw-Aufgabenwegfall	kw: 12,00 EntgGr. E 13
E 11	4)	kw: 2,00 EntgGr. E 11 Kw-Aufgabenwegfall	kw: 3,00 EntgGr. E 11

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1030	Rechnungshof

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 10	1,00	1,00	1)	1,00	Einschließlich einer Aufwandsentschädigung von monatlich 230,08 EUR.
B 6	1,00			1,00	
B 4	4,00			4,00	
A 16	12,00			12,00	
A 15	13,00			13,00	
A 14	21,00			21,00	
A 13	10,00			8,00	
A 13	45,00	1,00	2)	45,00	freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	9,00			9,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	4,00			4,00	
Summe:	121,00			119,00	

- B 10 Präsidentin/ Präsident des Rechnungshofes (1,00)
- B 6 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Rechnungshofes (1,00)
- B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (4,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (12,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (13,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (21,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00)
- A 13 Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (45,00)
- A 12 Rechnungsrätin/ Rechnungsrat (9,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 15	1,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

- B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (1,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)

Einzelplan 1.0
Kapitel 1030

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Rechnungshof

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/14		Vermerk Nr.	2012 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
B 4	1,00			0,00	Nr. 7	
A 15	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	

Einzelplan 1.0
Kapitel 1030

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Rechnungshof

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			1,00	
E 14	2,00			4,00	
E 13	1,00			1,00	
E 11	1,00			1,00	
E 10	1,00			2,00	
E 9	6,00			6,00	
E 8	2,00			4,00	
E 6	2,00			2,00	
E 5	1,00			1,00	
E 3	1,00			1,00	
Summe:	18,00			23,00	
Summe (ohne) insgesamt	139,00			142,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10			-1,00						-1,00	Veränderte Aufgabenwahrnehmung der internen Verwaltung
E 8			-2,00						-2,00	Veränderte Aufgabenwahrnehmung der internen Verwaltung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-5,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	

Anhang

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2013

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	1030	8,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A13 in Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Erhöhung der qualitativen Anforderungen durch Aufgabenzuwachs bzw. -veränderungen im Rechnungshof
2	1030	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A14 in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A15	Erhöhung der qualitativen Anforderungen durch Aufgabenzuwachs bzw. -veränderungen im Rechnungshof

**Wirtschaftsplan 2013/2014 für das Sondervermögen
"Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg"**

(zugleich als Erläuterung zu den Titeln 1000.382.01 Beteiligung der Abg. an Versorgungsleistungen und 1000.982.01 Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft)

I. Einnahmen	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
Zweckbestimmung	2010	2011	2012	2013	2014	
Zuführungen von Abgeordneten	196	192	209	210	214	1.
Wertpapierverkäufe	--	69	--	--	--	
Zinserträge	26	24	80	80	80	2.
Gesamteinnahmen:	222	285	289	290	294	
II. Ausgaben	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
Zweckbestimmung	2010	2011	2012	2013	2014	
Wertpapierkäufe	1.000	--	289	290	294	3.
Gebühren für Wertpapierkauf und -verkauf	82	--	--	--	--	4.
Abführungen an den Haushalt	--	--	--	--	--	
Abführungen an sonstige juristische Personen aus Beteiligungen am Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Gesamtausgaben:	1.082	0	289	290	294	
III. Vermögensentwicklung	Beträge in TEUR					Erläuterungen
	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2010	2011	2012	2013	2014	
Wertpapierbestand aus Vorjahr	565	1.565	1.496	1.785	2.075	
Kassenbestand aus Vorjahr	1.070	210	495	495	495	
Veränderungen Wertpapierdepot	+1000	-69	+289	+290	+294	3.
Veränderungen Kassenbestand	-860	+285	--	--	--	
davon Entnahmen aus Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Bestand am Jahresende	1.775	1.991	2.280	2.570	2.864	

Erläuterungen

1. § 3 Absatz 2 des Gesetzes über einen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg regelt die Höhe der jährlichen Zuführungen zum Sondervermögen.
Demnach ist dies die Gesamtsumme der monatl. anfallenden Beträge, auf die die Abgeordneten gem. § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes verzichtet haben. Die Verzichte berechnen sich nach einem Anteil von 50% des aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatzes bezogen auf das Abgeordnetenentgelt. Der Rentenversicherungsbeitragssatz beträgt seit dem 1.1.2012 19,6%.

2. Die jährlich erfolgenden Zuführungen in das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" werden zunächst temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten wurde ein Tagesgeldzinssatz von 2,5% zugrunde gelegt.

Für 2013 und 2014 werden Tagesgeldzinsen in Höhe von 5 TSD. EUR und Wertpapierzinserträge in Höhe von 75 TSD. EUR angesetzt.

3. Wertpapierkäufe gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg". Diese Wertpapierkäufe erfolgen einmal jährlich, nachträglich zum Ende des Jahres mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen. Die Angaben erfolgen zum Nennwert der Wertpapiere.

Der Ansatz für 2013 setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2013 i. H.v.210 TSD. EUR zuzüglich der Zinserwartung i. H. v. 80 TSD EUR zusammen.

Der Ansatz für 2014 setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2014 in Höhe von 214 TSD.EUR zuzüglich der Zinserwartung i. H. v. 80 TSD EUR zusammen.

4. Börsen- und Maklergebühren sowie Stückzinsen, die beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren anfallen. Die Verwaltung und Geschäftsführung werden sowohl von der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Hamburg, als auch der Bürgerschaftskanzlei kostenfrei vorgenommen.

Lagebericht

1. Zusammensetzung der Aufsichtsgremien

Das Sondervermögen ist bei der Bürgerschaft eingerichtet. Die Verwaltung und Geschäftsführung ist der Bürgerschaftskanzlei übertragen.

2. Zielbild

Das per Gesetz vom 17. Dezember 2002 (mit Wirkung vom 1. Januar 2002) errichtete Sondervermögen dient dem Zweck, im Wege der Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung bzw. Entlastung der künftigen Versorgungsleistungen der Abgeordneten beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.

3. Geschäftsverlauf und zukünftige Entwicklungen

Die jährlich erfolgenden Zuführungen für das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" werden temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt. Die Mittel des Sondervermögens werden zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Wertpapieren angelegt.

Übersicht über die im Deckungskreis 01 veranschlagter Mittel
Deckungskreis 01/Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1000</u>	<u>Bürgerschaft</u>										
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt	4.260	126	4.609	156	4.463	-	4.556	-	4.638	-
411.02	Fahrt- und Reisekosten	122	38	98	44	114	-	114	-	117	-
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt	86	4	73	11	80	-	71	-	71	-
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	132	2	115	8	117	-	126	-	131	-
411.07	Bürokosten	993	42	1.348	435	980	-	1.001	-	1.001	-
411.08	Kostenpauschale	547	4	517	19	511	-	511	-	511	-
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte	4.367	162	4.367	507	4.578	-	4.761	-	4.852	-
411.10	Sitzungsgelder	216	13	197	70	255	-	255	-	255	-
411.11	Altersentschädigung	131	33	161	35	232	-	212	-	231	-
Summe	Deckungskreis 01	10.854	424	11.485	1.285	11.330	-	11.607	-	11.807	-

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2013/2014**

Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt

(von der Bürgerschaft am 13.12.2012 beschlossener Haushaltsplan 2013/2014)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.1

	Seite
Kapitel 1100 - Senat -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 6
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 16
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 2
Kapitel 1140 - Personalamt -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 16
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 2
Zahlenwerk Kapitel 1100 + 1140 (weißes Papier)	1 - 37
Kontenrahmen für Dienstbezüge	38 - 41
Kontenrahmen für Versorgung	42 - 46
Anlagen	
1 Stellenplan Kapitel 1100 + 1140 (blaues Papier)	1 - 22
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Rathaus-Service	1 - 18
2.2 Landesbetrieb Zentrale Personaldienste	19 - 42
2.3 Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg	43 - 70
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
3.1 Zuwendungen über 100.000 Euro	1
3.2 Zuwendungen bis 100.000 Euro	2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Kapitel 1100

Senat

Vorwort zum Kapitel 1100 „Senat“

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Senatskanzlei unterstützt den Senat und dessen Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben. Aufgabenschwerpunkte bilden dabei insbesondere:

- die Gestaltung der Beziehungen Hamburgs zur Bundesregierung, zu anderen Bundesländern, zum Ausland (einschließlich Europapolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Städtepartnerschaften)
- Konzeption sowie das Controlling des Regierungsprogramms,
- Ressourcensteuerung im Bereich der Neuen Investitionen,
- Gewährleistung der Regierungsarbeit im Senat und Staatsrätekollegium sowie in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
- Vorbereitung und Begleitung der Termine des Ersten Bürgermeisters,
- Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
- individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
- Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie
- die Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.

Ziel der Senatspolitik ist es, ein modernes Hamburg zu schaffen. Hamburg soll zu einer modernen Stadt wachsen, die Wohlstand, Lebensqualität und die Chance für jede und jeden bietet, das Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Dazu zählen:

- eine Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zur Seite steht,
- eine Infrastruktur, die Wirtschaft und Lebensqualität fördert,
- Kitas, Schulen und Hochschulen, die allen jungen Menschen beste Bildung vermitteln,
- exzellente Forschungseinrichtungen, die Innovationen zum Alltag machen,
- soziale und gesundheitliche Dienstleistungen, auf die man sich verlassen kann,
- ein öffentlicher Nahverkehr, der sauber, sicher und zuverlässig ist und
- Stadtquartiere, die der bunten Vielfalt eine Heimat sind.

Im Jahr 2013 wird der 34. Evangelische Kirchentag in Hamburg stattfinden. Hiermit sind finanzielle Zusagen der Stadt in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. Euro verbunden, die in den Jahren 2012 und 2013 veranschlagt sind (Titel 1100.684.04).

Hamburgs herausgehobene Position als ein führendes Zentrum der Medien- und IT-Wirtschaft in Deutschland wird zielgerichtet gestärkt und ausgebaut. Die Maßnahmen richten sich beispielsweise auf Förderungen der unterschiedlichen Teilbranchen und auf medienzweigübergreifende und vernetzende Aktivitäten (wie z. B. den Internationalen Mediendialog Hamburg). Im Rahmen der Initiative [hamburg@work](#) werden Unternehmen der Medien- und IT-Branche durch aufeinander abgestimmte Maßnahmenbündel nachhaltig unterstützt.

Das Gesamtvolumen der Haushaltsausgaben der Senatskanzlei beträgt in 2013 rd. 38,4 Mio. Euro und 2014 rd. 34,2 Mio. Euro. Im Rahmen des Personalbudgets der Senatskanzlei mit rd. 22,2 Mio. Euro werden auch die Bezüge der Senatsmitglieder sowie der Staatsrätinnen und Staatsräte veranschlagt.

Bei den Sach- und Fachausgaben werden die Mittel entsprechend den fachlichen Aufgabenschwerpunkten insbesondere in den Bereichen Förderung des Medienstandortes Hamburg (1.557 Tsd. Euro), Entwicklungspolitik (335 Tsd. Euro), Städtepartnerschaften (445 Tsd. Euro), Europapolitische Interessenvertretung (593 Tsd. Euro), Maßnahmen der Ostseekooperation (120 Tsd. Euro) und Förderung der Erinnerungskultur (200 Tsd. Euro) u.a. zur Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eingesetzt.

Mit dem Haushaltsplan 2013/2014 werden alle Produkte der Senatskanzlei abgebildet.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2013:2012	2014:2013
Einnahmen	10.409	822	437	-92,1	-46,8
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	76	89	104	17,1	16,9
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	333	733	333	120,1	54,6
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	10.000	0	0	100	0
Ausgaben	38.611	38.445	34.181	-0,4	-11
Davon:					
Personalausgaben	22.291	22.153	22.268	-0,6	0,5
Sach- und Fachausgaben	13.705	15.674	11.209	14,4	-28,5
Sonstige Betriebsausgaben	1.620	523	609	-67,6	16,4
Investitionen	995	95	95	-90,5	0

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2013 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	24,8	57,6
Sach- und Fachausgaben, sonstige Betriebsausgaben	55,5	42,1
Investitionen	7,2	0,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2014 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	25,1	65,1
Sach- und Fachausgaben, sonstige Betriebsausgaben	56,0	34,6
Investitionen	7,2	0,3

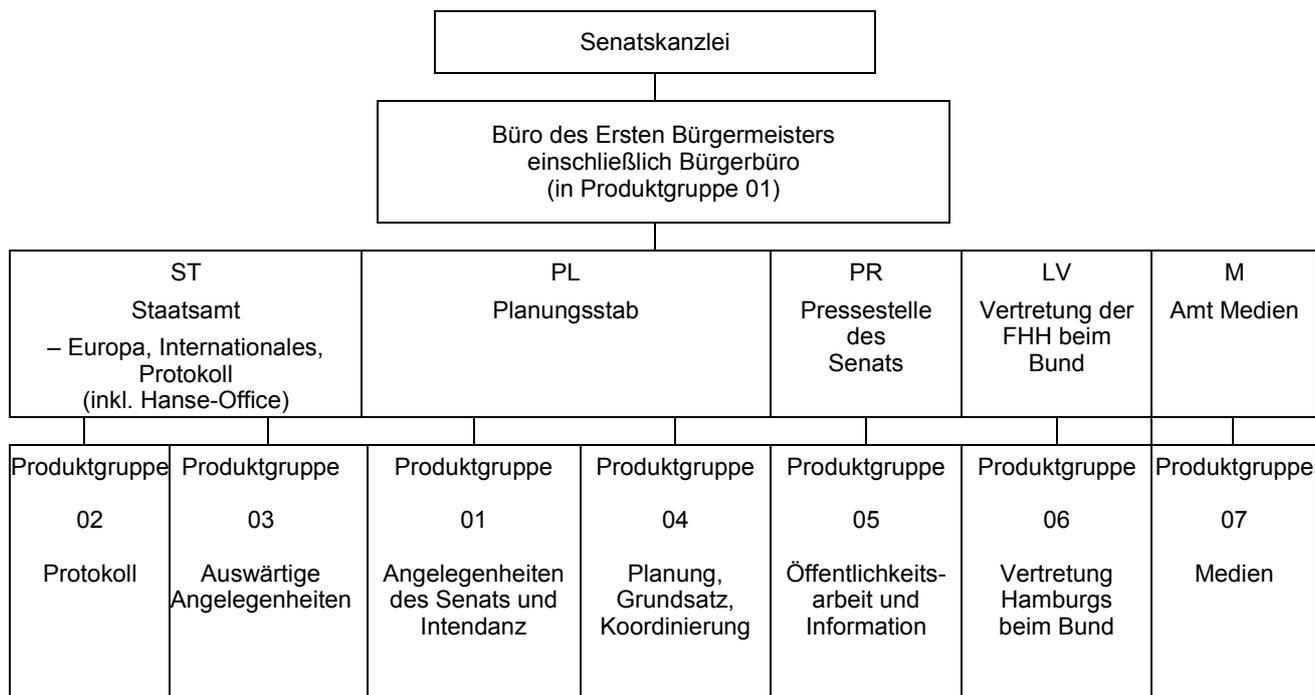
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2010				2011			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2011 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2012 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
13.738	976	12.065	87,8	6.161	357	5.804	94,2

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Senatskanzlei ist wie folgt organisiert:



Mit Wirkung zum 1. Mai 2011 erfolgte die Verlagerung des Amtes Medien zur Senatskanzlei. Die Zuständigkeit für das EU-Programm INTERREG (in Produktgruppe 03 enthalten) wurde zum 1. September 2011 bei der Senatskanzlei angebunden.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Generelles

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungsausgaben. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen ab 2013 sind in den dezentralen Behördenbudgets berücksichtigt.

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plan-Soll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushaltsplan 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassungen zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassungen der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- **Kostenanteile**

- an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
- an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
- an den Beihilfen für aktive Beschäftigte (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRd, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen (Titel xxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose 2011 verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRd; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 14,3 v. H. (2013) bzw. 14,4 v.H. (2014) der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRd mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (Artikel 6 Nummer 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Stellenplan

- **Allgemeine Hinweise**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Absatz 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Absatz 1 LHO sowie ggf. des Sondervermögens nach § 26 Absatz 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z. B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z. B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

- **Überblick über Stellenbestand und -veränderungen**

Einzelplan 1.1 Senatskanzlei

Kapitel	Stellenzahl*)	Neue Stellen **)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen **)	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
1100 Senat	183,25	-	-	-	-	-	-
1105 Wirtschaftsplan Rathaus-Service	55,4	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan- Entwurfs 2013/2014

**) wie von der Bürgerschaft beschlossen

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der KRS wurde zum Haushaltsplan 2007/2008 aufgelöst.

6. Einzelplandeckungskreise

siehe Anlage 4

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Senatskanzlei gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2013	2014	2013	2014
Landesbetrieb Rathaus-Service (§ 26 Abs. 1 LHO)	5.659	5.699	-123	-108

Der Wirtschaftsplan, Lagebericht und die Erläuterungen finden sich in Anlage 2.1 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

entfällt

9. Zuwendungen

siehe Anlagen 3.1 und 3.2 sowie den Beitrag in den Erläuterungen

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)**Haushaltsplan 2012**

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel	10.409	22.291	15.325	995	38.611
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	141	3.461	5.955	195	9.611
Produktgruppe 02	0	1.359	1.533	0	2.892
Produktgruppe 03	0	2.366	2.450	0	4.816
Produktgruppe 04	10.000	3.080	2.550	0	5.630
Produktgruppe 05	5	1.240	654	0	1.894
Produktgruppe 06	263	2.071	972	0	3.043
Produktgruppe 07	0	1.378	1.211	800	3.389
Produktgruppe 08 ²	0	7.336	0	0	7.336

Haushaltsplan 2013

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel	822	22.153	16.197	95	38.445
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	556	3.422	6.967	95	10.484
Produktgruppe 02	0	1.343	1.436	0	2.779
Produktgruppe 03	0	2.338	2.359	0	4.697
Produktgruppe 04	0	3.044	1.669	0	4.713
Produktgruppe 05	3	1.226	588	0	1.814
Produktgruppe 06	263	2.166	958	0	3.124
Produktgruppe 07	0	1.362	2.220	0	3.582
Produktgruppe 08 ²	0	7.252	0	0	7.252

Haushaltsplan 2014

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel	437	22.268	11.818	95	34.181
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01	171	3.436	2.528	95	6.059
Produktgruppe 02	0	1.349	1.453	0	2.802
Produktgruppe 03	0	2.348	2.376	0	4.724
Produktgruppe 04	0	3.057	1.661	0	4.718
Produktgruppe 05	3	1.231	605	0	1.836
Produktgruppe 06	263	2.198	958	0	3.156
Produktgruppe 07	0	1.368	2.237	0	3.605
Produktgruppe 08 ²	0	7.281	0	0	7.281

² Bei der Produktgruppe 08 „Senat“ handelt es sich insbesondere um Personalkosten für Senatoren und Staatsräte sowie Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können. Die Produktgruppe 08 wird in den Produktinformationen nicht ausgewiesen.

Produktinformationen

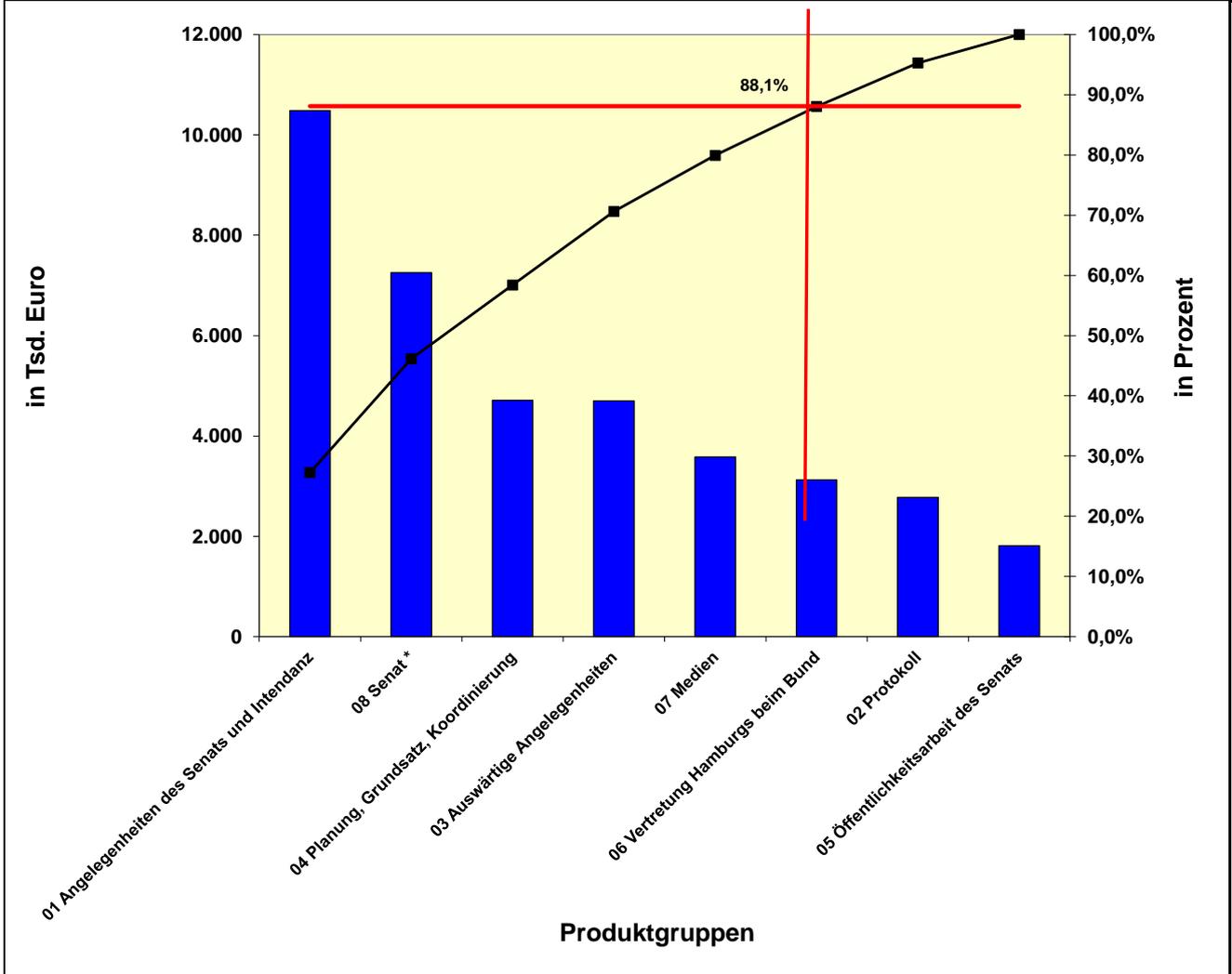
Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

**Strukturdatenblatt
Einzelplan 1.1**

Haushaltsjahr 2013: Einzelplan 1.1 - Kapitel 1100							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	kumuliert		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01 Angelegenheiten des Senats und Intendanz	01	10.484	27,3%	27,3%	6	30
2	08 Senat *	01	7.252	18,9%	46,1%	0	0
3	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	4.713	12,3%	58,4%	6	4
4	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.697	12,2%	70,6%	3	17
5	07 Medien	01	3.582	9,3%	79,9%	1	1
6	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	3.124	8,1%	88,1%	4	7
7	02 Protokoll	01	2.779	7,2%	95,3%	2	13
8	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.814	4,7%	100,0%	3	15
Summe			38.445	100,0%		25	87



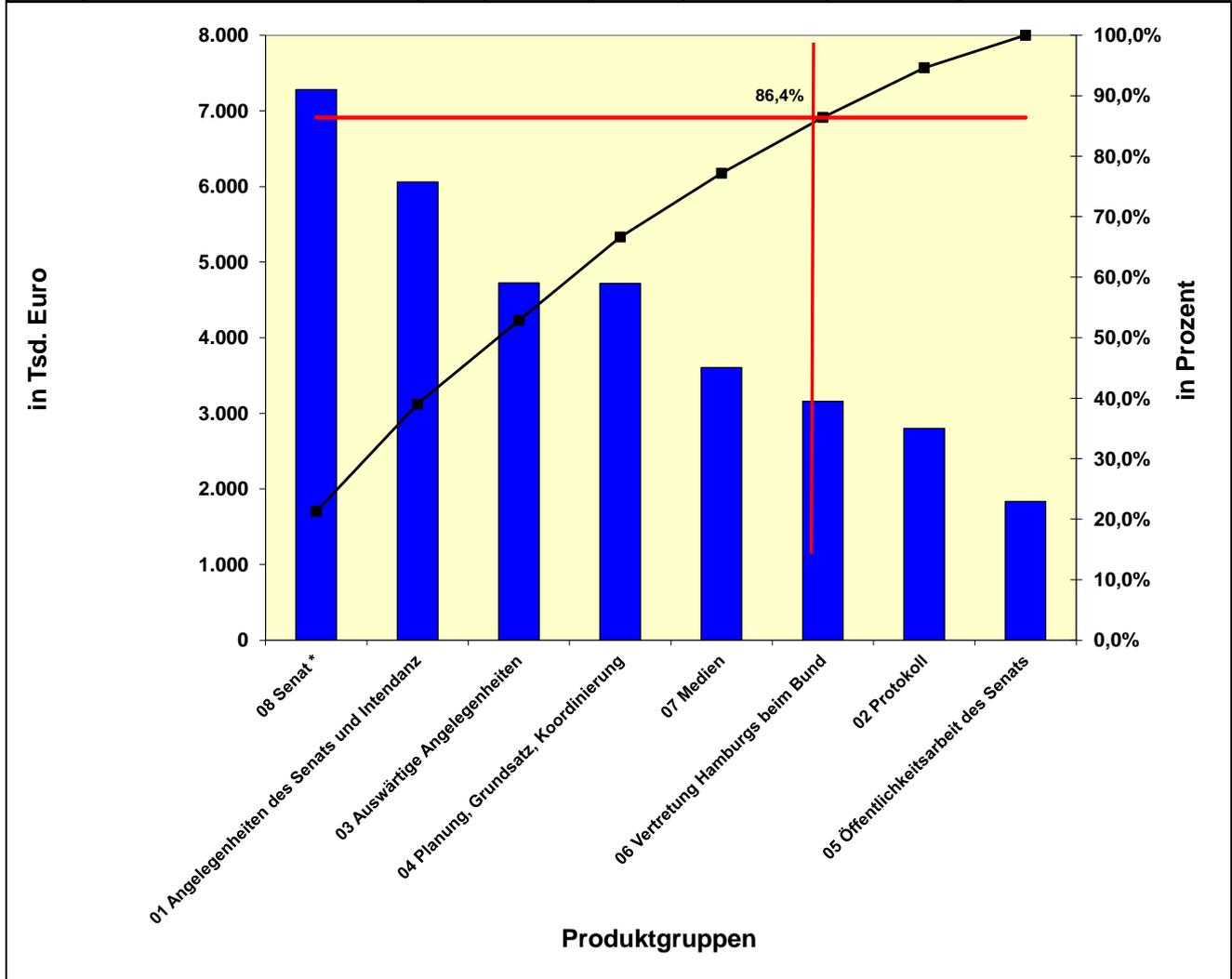
* Bei der Produktgruppe 08 handelt es sich insbesondere um die Personalkosten des Senats und Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können.

Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.1

Haushaltsjahr 2014: Einzelplan 1.1 - Kapitel 1100

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	kumuliert		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	08 Senat *	01	7.281	21,3%	21,3%	0	0
2	01 Angelegenheiten des Senats und Intendanz	01	6.059	17,7%	39,0%	6	30
3	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.724	13,8%	52,8%	3	17
4	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	4.718	13,8%	66,7%	6	4
5	07 Medien	01	3.605	10,5%	77,2%	1	1
6	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	3.156	9,2%	86,4%	4	7
7	02 Protokoll	01	2.802	8,2%	94,6%	2	13
8	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.836	5,4%	100,0%	3	15
Summe			34.181	100,0%		25	87



* Bei der Produktgruppe 08 handelt es sich insbesondere um die Personalkosten des Senats und Overheadkosten, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können.

Produktinformationen

Produktbereich 01: Senatskanzlei

Kapitel 1100

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹	663	760	10.409	822	437
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	663	760	409	822	437
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	10.000	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	34.192	34.710	37.616	38.350	34.086
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	22.658	24.199	22.291	22.153	22.268
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.534	10.511	13.705	15.674	11.209
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.256	982	4.270	6.638	2.138
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.246	990	1.046	1.046	1.046
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ³	0	0	1.620	523	609
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	220	357	995	95	95
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁴	166,3	174,6	174,6	164,6	161,6

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Optimierung der Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben. Dazu gehören insbesondere:
Z 2:	Förderung der Beziehungen Hamburgs zum Bund, zu den anderen Bundesländern, zur Europäischen Union und zum Ausland,
Z 3:	Stärkung von Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms,
Z 4:	Steuerung der Ressourcen im Bereich der Neuen Investitionen,
Z 5:	Gewährleistung der Regierungsarbeit im Senat und Staatsrätekollegium sowie in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
Z 6:	Optimierung der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
Z 7:	Förderung der individuellen Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
Z 8:	Ausbau der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften,
Z 9:	Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Angelegenheiten des Senats und Intendanz
PG 2	Protokoll
PG 3	Auswärtige Angelegenheiten
PG 4	Planung, Grundsatz, Koordinierung
PG 5	Öffentlichkeitsarbeit des Senats
PG 6	Vertretung Hamburgs beim Bund
PG 7	Medien

¹ Investitionseinnahmen gem. Drs. 18/5526 - Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie

² einschließlich für Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte sowie (bis 2013) rollierende Referentinnen und Referenten

³ bei diesen Titeln werden die Mittel durch Sollbewirtschaftungsbuchungen verfügt, daher liegen keine Ist-Werte für die Ergebnisjahre 2010 und 2011 vor.

⁴ Die Erhöhungen der VZÄ für das Erg. 2011 im Vergleich zum Erg. 2010 basieren insbes. auf der Verlagerung des Amtes Medien zur Senatskanzlei. Mit einer Einsparung von 6,0 VZÄ im Zeitraum März bis Dezember 2011 wurde bereits die Einsparverpflichtung für 2011 und 2012 erbracht (3,0 VZÄ p.a.).

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen zur Erledigung der Fachaufgaben bei angemessener Ressourcenausstattung
Z 2: Förderung der Fachaufgaben durch Unterstützung der Fachdienststellen
Z 3: Unterstützung des Ersten Bürgermeisters, des Senats und der Leitung der Senatskanzlei
Z 4: Rechtsangelegenheiten
<i>Produkte</i>
P 1 Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt)
P 2 Unterstützung der Fachaufgaben (IT-Angelegenheiten, Zentrale Dienste)
P 3 Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats)
P 4 Dienstleistungen für die Senatsämter und die Bürgerschaftskanzlei
P 5 Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften
P 6 Allgemeine Rechtsangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	137	162	141	556	171
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	137	162	141	556	171
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.937	6.330	9.416	10.389	5.964
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.807	3.447	3.461	3.422	3.436
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵	3.130	2.883	5.955	7.244	2.694
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	362	118	3.158	4.658	158
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.246	990	1.046	1.046	1.046
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0	-277	-166
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	220	352	195	95	95

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	57	52	52	51	52
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	57	52	52	51	52

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg (3.000 Tsd. EUR in 2012, 4.500 Tsd. EUR in 2013 Titel 684.04), Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der jüdischen Gemeinde Hamburg (880 Tsd. EUR Titel 684.06) Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (166 Tsd. EUR Titel 534.02)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	38,1	30,4	31,4	31,0	30,3

⁵ Ursächlich für die Erhöhung der Sach- und Fachausgaben 2012 ist die Zuwendung zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg (Titel 684.04).

Fallzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 3: Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats):				
Drucksachen/Vorgänge				
Senatsdrucksachen gesamt	1.986	2.567	2.811	2.417
Senatsdrucksachen ohne Große und Kleine Anfragen	338	376	375	308
Große und Kleine Anfragen ⁶	1.648	2.191	2.436	2.109
Große Anfragen	44	87	70	71
Kleine Anfragen	1.604	2.104	2.366	2.038
Mitteilungen an die Bürgerschaft	123	139	162	111
Gesetze	48	60	64	25
Verordnungen	46	45	55	49
Anordnungen	13	18	21	20
Eingaben § 5 Eingabenausschuss	778	635	894	639
Eingaben § 9 Eingabenausschuss ⁷	68	57	55	62
Ersuchen	52	110	106	163
Individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern				
Schriftliche Anfragen	1.778	1.521	2.502	2.494
Beratungsgespräche Besucherinnen / Besucher	302	243	234	214
Telefonische Anfragen / Anregungen / Beschwerden	6.660	4.592	4.913	4.918
P 6: Allgemeine Rechtsangelegenheiten:				
Staatskirchenrechtliche Genehmigungen, Vermittlungen, Beratungen	70	70	70	70

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt):					
Durchschnittliche Fortbildungskosten je Beschäftigten in EUR	334	146	277	212	217
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	822	624	914	792	797
Davon:					
- durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	331	311	410	390	390
- durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	491	313	504	402	407
Anzahl der Fortbildungstage	114	111	113	113	113
Anzahl der fortgebildeten Beschäftigten	79	131	148	146	143
Durchschnittliche Fortbildungstage pro Beschäftigten	1,44	0,85	0,76	0,77	0,79
P 2: Unterstützung der Fachaufgaben (IT-Angelegenheiten, Zentrale Dienste):					
Anzahl der Bildschirmarbeitsplätze	220	222	230	240	240
Jährliches Finanzvolumen der Bauunterhaltung in Tsd. EUR	751	388	626	350	450
gemietete Nutzfläche in m ²	2.918	2.918	2.918	2.918	2.918
Gesamtreinigungsfläche in m ²	16.179	16.179	16.179	16.179	16.179
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an d. bildschirmfähigen Arbeitsplätzen in %	110	106	110	114	114

⁶ Die Zählung der Großen und Kleinen Anfragen richtet sich nach dem Sitzungsdatum der Senatskommission für Große und Kleine Anfragen, die entsprechenden Zahlen der Bürgerschaftskanzlei werden nach dem Versanddatum der Anfragen an die Geschäftsstelle des Senats ermittelt.

⁷ Die Zählung der Eingaben richtet sich nach dem Datum des Bürgerschaftsbeschlusses, die entsprechenden Zahlen der Bürgerschaftskanzlei werden nach dem Datum der Ausschussbefassung ermittelt.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
gemietete Nutzfläche pro Beschäftigten in m ² ⁸	34,24	32,75	30,40	30,40	30,40

Produktgruppe 02: Protokoll

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Förderung und Pflege inländischer und auswärtiger Beziehungen sowie Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der protokollarischen Notwendigkeit und der entsprechenden Repräsentanz des Senats bei Senatsverpflichtungen
Produkte
P 1 Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats Schwerpunkte: Staatsbesuche, Besuche des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin, von Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern sowie Repräsentanten nationaler und internationaler Organisationen Matthiae-Mahl, Konsularenmpfang und andere Senatsveranstaltungen Botschafterbesuche und Betreuung der Konsulate in Hamburg Reisen des Ersten Bürgermeisters und von Senatsdelegationen ins Ausland Beteiligung des Senats an nationalen und internationalen Kongressen/Tagungen in Hamburg P 2 Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen Schwerpunkte: Hamburgische Ehrungen, Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, ausländische Ordensangelegenheiten

Haushaltsdaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	8	6	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	8	6	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.214	3.100	2.892	2.779	2.802
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.448	1.466	1.359	1.343	1.349
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.766	1.634	1.533	1.436	1.453

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	157	144	164	161	162
· innerbehördlich in Tsd. EUR	135	122	144	141	142
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	22	22	20	20	20

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Veranstaltungen im Rathaus (579 Tsd. EUR Titel 543.02) Verfügungsmittel des Senats (180 Tsd. EUR Titel 529.01)

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	18,2	18,9	17,9	17,7	17,3

⁸ Beschäftigte inkl. Nachwuchskräfte der Senatskanzlei, die in gemieteten Räumen arbeiten.

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 1: Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats:				
Gästegruppen und Besuche (ausländische Botschafter und Konsultsleiter)	116	150	134	101
Auslandsreisen des Ersten Bürgermeisters, der Zweiten Bürgermeisterin sowie des Bevollmächtigten für internationale Beziehungen	2	3	3	7
Senatsveranstaltungen	1.530	1.525	1.454	1.515
- Senatsveranstaltungen mit Essen	322	302	330	419
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Senatsveranstaltungen	49.750	53.046	48.468	51.518
Veranstaltungen und Übernachtungen im Gästehaus	61	59	83	70
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Rathausführungen	94.836	93.768	87.507	93.004
Zahl der betreuten Konsulate	105	98	99	100
P 2: Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen:				
Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland	32	30	20	13
Hamburgische Auszeichnungen	282	375	338	333
Alters- und Ehejubiläen	2.633	3.659	4.600	4.552
Ausländische Orden	10	1	6	8

Produktgruppe 03: Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Ausbau und Pflege der Beziehungen Hamburgs ins Ausland
Z 2: Stärkung der Interessenvertretung Hamburgs in europapolitischen Angelegenheiten
Z 3: Entwicklung der transnationalen/ internationalen Kooperation im Bereich Regionalentwicklung auf Basis des EU-Programms INTERREG
<i>Produkte</i>
P 1 Städtepartnerschaften mit Chicago, Dresden, Léon, Marseille, Prag, Osaka, Shanghai, St. Petersburg und Dar es Salaam
P 2 Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum sowie Ost- und Südostasien
P 3 Europa-Politik des Senats in Hamburg

Haushaltsdaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.394	5.259	4.816	4.697	4.724
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.489	2.598	2.366	2.338	2.348
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.905	2.661	2.450	2.359	2.376
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	553	663	597	590	590
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0	0	0

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	268	255	286	280	282
· innerbehördlich in Tsd. EUR	231	216	251	245	247
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	37	39	35	35	35

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Europapolitische Interessenvertretung (473 Tsd. EUR Titel 632.01)
Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (335 Tsd. EUR Titel 681.03)
Städtepartnerschaften (445 Tsd. EUR Titel 547.01)
Maßnahmen der Ostseekooperation (120 Tsd. EUR Titel 547.03)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	22,9	22,8	22,8	19,5	19,0

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 1: Städtepartnerschaften				
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Schüler- und Studentenaustausch	652	683	592	486
Projekte (Experten-Austausch, kulturelle Ereignisse, Begegnungen etc.)	80	58	89	73
Besuche aus Partnerstädten	21	31	41	29
P 2: Entwicklungspolitik, Maßnahmen der Ostseekooperation				
Gremien der Ostseekooperation	21	24	25	22
P 3: Europa-Politik des Senats				
Veranstaltungen	16	16	13	16
Sitzungsvorbereitungen				
Europaminister (Konferenzen und Arbeitsgruppen)	14	15	16	15
Europaausschuss der Bürgerschaft	8	8	11	19
Hanse-Office:				
Betreute Besucherinnen und Besucher	2.550	1.550	2.588	3.030
Veranstaltungen	103	87	150	163

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 2: Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum sowie Ost- und Südostasien:				
Entwicklungspolitik				
Projekte und Maßnahmen im Ausland	20	17	12	12
Stipendien	15	12	9	16
Maßnahmen zur Bildung und Öffentlichkeitsarbeit	23	25	20	12
Beratung und Koordinierung innerhalb und außerhalb der Verwaltung	820	840	850	850
Maßnahmen der Ostseekooperation				

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
Projekte und Einzelmaßnahmen	23	22	29	20
Stipendien ⁹	28	27	41	25
Beratung, Koordinierung, Veranstaltung	1.700	3.100	3.100	1.800

Produktgruppe 04: Planung, Grundsatz, Koordinierung

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Effiziente Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Konzeption, Steuerung und Koordination der Regierungsarbeit
<i>Produkte</i>
P 1 Planungs- und Grundsatzarbeiten
P 2 Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms
P 3 Ressourcensteuerung der Neuen Investitionen
P 4 Assistenzleistungen für den Ersten Bürgermeister und den Senat
P 5 Koordination von Bundes- und Länderangelegenheiten
P 6 Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	23	0	10.000	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	23	0	0	0	0
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ⁹	0	0	10.000	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.511	3.889	5.630	4.713	4.718
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.984	2.930	3.080	3.044	3.057
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.527	959	930	869	886
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	341	200	100	100	100
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	0	0	1.620	800	775
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	323	287	372	366	367
· innerbehördlich in Tsd. EUR	278	243	326	320	321
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	45	44	46	46	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Innovationsfonds Hamburg (800 Tsd. EUR in 2013, 775 Tsd. EUR in 2014 Titel 971.03)
Förderung der Erinnerungskultur (200 Tsd. EUR Titel 534.03)

⁹ Investitionseinnahmen gem. Drs. 18/5526 – Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie

¹⁰ Bei diesen Titeln werden die Mittel durch Sollbewirtschaftungsbuchungen verfügt, daher liegen für die Ergebnisjahre 2010 und 2011 keine IST-Werte vor.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	23,1	26,1	26,1	25,7	25,2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 6: Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern:				
Gesamtzahl der betreuten verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürger	1.424	1.393	1.385	1.347
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für verfolgte ehemalige Bürgerinnen und Bürger	32	47	61	44
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	30	31	28	27

Produktgruppe 05: Öffentlichkeitsarbeit des Senats

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verstärkung der Unterrichtung der Öffentlichkeit, des Senats und der Behörden über die Arbeit von Senat und Verwaltung
<i>Produkte</i>
P 1 Medieninformation P 2 Information der weiteren Öffentlichkeit P 3 Informationsservice für Senat und Behörden

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	6	5	5	3	3
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	6	5	5	3	3
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.300	2.162	1.894	1.814	1.836
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.213	1.131	1.240	1.226	1.231
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹¹	1.087	1.031	654	588	605
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	1	1	1	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	131	111	150	147	147
· innerbehördlich in Tsd. EUR	113	94	131	129	129
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	18	17	19	18	18
<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>					
Sächliche Verwaltungsausgaben, 137 Tsd. EUR Titel 539.62					
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Ausstellungen), 79 Tsd. EUR Titel 531.62					

¹¹ In 2010 sind Sachmittel zur Wahrnehmung der Aufgaben des Medienbeauftragten enthalten, die ab 2011 in den Personalhaushalt transferiert wurden.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeittäquivalente (VZÄ)	12,0	11,0	12,0	11,8	11,6

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
Internet-Meldungen	1.800	1.750	1.800	1.880
Internet-Dokumente	650	615	670	690
Internet-Dokumente besonderen Umfangs	140	135	137	148

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
<i>P 1: Medieninformation:</i>				
Terminmeldungen	898	865	770	889
Pressekonferenzen	98	101	82	102
Betreuung auswärtiger Journalistinnen und Journalisten (Gruppen)	3	4	3	4
Pressemäßige Betreuung von Rathausterminen	243	259	274	313
<i>P 2: Information der weiteren Öffentlichkeit:</i>				
Wochendienst	14	36	42	49
Berichte und Dokumente	2	3	5	2
Plakataktionen	2	3	1	0
Ausstellungen	17	17	17	25
<i>Davon:</i>				
Eigene Ausstellungen	1	4	0	0
Fremde Ausstellungen	16	13	17	25
<i>P 3: Informationsservice für Senat und Behörden:</i>				
Koordinierung und fachliche Beratung der Pressestellen der Behörden (Referentenrunden)	41	44	41	24

Produktgruppe 06: Vertretung Hamburgs beim Bund

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Optimierung der Berücksichtigung Hamburger Interessen an der Bundesgesetzgebung
Z 2: Maximierung von Bundeszuschüssen für Hamburger Projekte
Z 3: Verbesserung der Darstellungsmöglichkeiten für Hamburger Unternehmen und Institutionen
<i>Produkte</i>
P 1 Beteiligung an der Bundesgesetzgebung, Einbringung Hamburger Interessen in die Bundespolitik
P 2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt)
P 3 Pflege der Beziehungen zwischen dem Senat und der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages, dem diplomatischen Corps und in Berlin ansässigen Verbänden und Organisationen
P 4 Verwaltungsservice (vor Ort)

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	489	587	263	263	263
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	489	587	263	263	263
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.267	3.385	3.043	3.124	3.156
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.148	2.042	2.071	2.166	2.198
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.119	1.343	972	958	958
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	5	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	232	200	251	259	264
· innerbehördlich in Tsd. EUR	200	169	220	227	231
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	32	31	31	32	33

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Durchführung von Eigen- und Fremdveranstaltungen (369 Tsd. EUR Titel 547.61)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	28,0	26,0	26,0	21,7	21,2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 2: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt):				
Fremdveranstaltungen	203	152	338	361
Eigenveranstaltungen	90	90	253	395
Veranstaltungen unter 50 Teilnehmern	186	161	399	577
Veranstaltungen 50 Teilnehmer und mehr	107	81	133	166
P 4: Verwaltungsservice (vor Ort):				
Übernachtungen in Gästezimmern	1.214	1.243	1.247	1.173
Übernachtungen pro Gästezimmer	135	138	139	130

Produktgruppe 07: Medien

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Stärkung des Medienstandortes Hamburg
<i>Produkte</i>
P 1 Förderung von Medienwirtschaft und Informationstechnologie

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2011	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	740	740	2.589	3.582	3.605
• Personalausgaben in Tsd. EUR	740	740	1.378	1.362	1.368
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	-	-	1.211	2.220	2.237
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	414	1.289	1.289
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	-	0	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	800	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2011	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	167	163	165
· innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	146	143	144
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	21	20	21

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Medienstandortförderung (562 Tsd. EUR Titel 683.02) Förderung von IT und Multimedia (995 Tsd. EUR Titel 892.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	10,4	11,4	11,2	11,0

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

1100 Erläuterungen zum Kapitel 1100 - Senat

1. Zuwendungen

Die Senatskanzlei vergibt Zuwendungen zur Förderung:

- von Maßnahmen zur Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs, um u. a. jungen Menschen unterschiedlicher Kultur und Religionsgemeinschaften zu gegenseitiger Akzeptanz zu führen und ihnen über persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen gelebte Geschichte zu verdeutlichen.
- der Beziehungspflege mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern
Aufgrund bürgerschaftlichen Ersuchens werden dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. seit 2001 Zuwendungen zur Organisation und Durchführung von Besuchsprogrammen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gewährt. Hiermit soll ein kleiner Beitrag zur Wiedergutmachung des schweren Unrechts geleistet werden, das den Millionen Menschen, die während des zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit leisten mussten, zugefügt wurde.
- der Durchführung des 34. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg im Jahr 2013, die sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Stadt auswirken wird. Neben einem zu erwartenden Imagegewinn für die Stadt durch eine umfassende Medienberichterstattung werden auch die 2013 parallel stattfindenden Internationale Gartenschau Hamburg (igs) und die Internationale Bauausstellung (IBA) sowohl in ihrer Öffentlichkeitswirkung als auch durch zusätzliche Besucherströme profitieren. Voraussichtlich qualifiziert sich Hamburg mit der Durchführung einer derartigen Großveranstaltung, die ca. 110.000 Dauerteilnehmende über mehrere Tage in die Stadt lockt und etwa 3.000 Einzelveranstaltungen umfasst, für weitere nationale und internationale Großereignisse.
- der Städtepartnerschaften
Mittel im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen helfen, die Beziehungen Hamburgs zu seinen Partnerstädten einschließlich direkter Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dabei soll der Gedanke der internationalen Verständigung, Zusammenarbeit und des friedlichen Interessenausgleichs gestärkt werden.
- der europapolitischen Interessenvertretung
Im Zuge des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas sollen Bürgerinnen und Bürger in Hamburg durch Veranstaltungen, Besuchsprogramme zu europäischen Institutionen, Seminaren, Publikationen, etc. über Fragen der europäischen Integration informiert und für den Europagedanken geworben werden.
- entwicklungspolitischer Maßnahmen
Die Ziele sind hierbei Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um im Globalisierungsprozess positive Entwicklungen zu stärken und negative Effekte für Menschen in Entwicklungsländern zu reduzieren.
- und Stärkung Hamburgs als Medien-Standort.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

341.01 Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie

Die Einnahmen aus privaten Spendenmitteln zum Bau der Elbphilharmonie wurden bei diesem Titel veranschlagt, ab 2013 ist dieser Titel als weggefallener Ansatz ausgebracht.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

534.03 Förderung der Erinnerungskultur

Die bisherige Zweckbestimmung des Titels "Pflege der Beziehung zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Förderung von Maßnahmen der Erinnerungskultur im internationalen Bereich" wurde zusammenfassend umbenannt und damit die Einschränkung auf Maßnahmen im internationalen Bereich aufgehoben.

1100

686.03 Förderung von Maßnahmen der Entwicklungspolitik

Die Titelnummer (bisher 681.03) wurde zur richtigen statistischen Zuordnung im Sinne des Gruppierungsplans geändert; die Zweckbestimmung von „Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ in „Förderung von Maßnahmen der Entwicklungspolitik“ umbenannt.

Investitionen

701.01 Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Der Ansatz dient kleineren Um- und Erweiterungsbauten in Räumen des Rathauses, des Gästehauses und angemieteten Büroflächen.

812.01 Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen

Schwerpunktmäßig soll der Ansatz verwendet werden, um die Ausstattung von repräsentativen Räumen im Rathaus und Gästehaus des Senats zu finanzieren.

821.01 Erstattung an den Grundstock für Grunderwerb

Bei diesem Titel ist der Ausgleichsbetrag für die Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel - Jägerstr. 1-3 und Taubenstr. 54 veranschlagt, der nach Baugesetzbuch für das Grundstück der Landesvertretung beim Bund voraussichtlich 2011 fällig wird. Der Ausgleichsbetrag wird aus dem Grundstock für Grunderwerb vorfinanziert.

892.01 Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg

Der Ansatz wurde in den Betriebshaushalt zum Titel 685.01 mit identischer Zweckbestimmung umgeschichtet. Damit wird die Forderung des Rechnungshofes, nur bilanzierungsfähiges Anlagevermögen als Investition zu veranschlagen, umgesetzt.

Die Ansatzabsenkungen insbesondere bei den Titeln der Gruppe Z 71, 525.91, 529.01 und 971.03 beruhen auf der Höhe der zur Verfügung stehenden Reste in Verbindung mit der Einhaltung der Eckwertvorgaben.

Kapitel 1140

Personalamt

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Das Personalamt nimmt zentral unmittelbar für den Senat Aufgaben wahr, die im Bereich des Personalwesens von grundsätzlicher und übergeordneter Bedeutung sind und erbringt zentrale Dienstleistungen. Zugleich ist es oberste Dienstbehörde im Sinne des Dienst- und Disziplinarrechts sowie Sozialpartner im Sinne des Tarifrechts. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Einheitlichkeit, der Rechts- oder Verfahrenssicherheit und der Wirtschaftlichkeit sowie wegen ihres zum Teil steuernden Charakters zentral wahrgenommen.

Das Personalamt entwickelt - in steter Diskussion und einem institutionalisierten Strategiefindungsprozess mit den Behörden und Ämtern - für die hamburgische Verwaltung zukunftsorientierte personalpolitische und personalwirtschaftliche Konzepte und Instrumente für ein strategisches und ganzheitliches Personalmanagement.

Alle Ansätze und Konzepte sind darauf ausgerichtet, das Wissen und die Methoden- sowie Handlungskompetenz der Beschäftigten bzw. die soziale und die Steuerungskompetenz der Führungskräfte zu fördern und zu stärken. Der Personalentwicklung kommt dabei - auch in Bezug auf die Förderung der Chancengleichheit - ein besonderer Stellenwert zu. Inhaltliche Schwerpunkte sind z.B. die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Gesundheitsförderung und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Erstellung eines jährlich erscheinenden Personalstruktur- und Personalmanagementberichts sowie die Etablierung von Auswahl- und Entwicklungs-Assessments, die Evaluation des Beurteilungswesens, die Pilotierung von Führungsfeedback, Mentoring, Coaching- und Netzwerkangebote und die inhaltliche sowie strukturelle Weiterentwicklung der (Führungs-) Fortbildung. Das Personalamt nimmt an Auswahlverfahren für die Spitzenfunktionen im Bereich des ehemaligen höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes (neu: Allgemeine Dienste) teil und rekrutiert Nachwuchskräfte für diese Laufbahngruppen. Mit dem Justitiariat nimmt das Personalamt weitere Aufgaben für den gesamten Öffentlichen Dienst der FHH wahr.

Im Bereich der überbehördlichen Mobilität agiert das Personalamt als zentrale Beratungs- und Vermittlungseinrichtung für die hamburgische Verwaltung. Es steht sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch den Behörden und Ämtern in allen Fragen der individuellen und strukturellen Mobilität zur Verfügung.

Die Dienststelle PersonalService Integration (PSI) ist bis zu ihrer endgültigen Versetzung in die Behörden und Ämter für die personalrechtliche Betreuung und Verwaltung der Rückkehrerinnen und Rückkehrer der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH und des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) verantwortlich.

Das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) als Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO bietet die fach- und ressortübergreifende Fortbildung (einschließlich der IT-Fortbildung) für die Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung "aus einer Hand" an, indem es im Auftrag des Personalamtes einerseits und der Behörden und Ämter andererseits z.B. Seminare, Workshops, Coaching- und Teamentwicklungsmaßnahmen plant und organisiert. Im Bereich der IT-Fortbildung arbeitet das ZAF mit Dataport Training als strategischem Partner zusammen. Darüber hinaus realisiert das ZAF im Auftrag von Projekten wie SNH oder HERAKLES die Projektfortbildung. Außerdem steuert das ZAF die Ausbildung und die Auswahl der Nachwuchskräfte für den ehemaligen mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst auf der Basis strategischer Vorgaben von Senat und Bürgerschaft. Im ehemaligen mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst leistet die zum ZAF gehörende Verwaltungsschule die theoretische Ausbildung, im ehemaligen gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) der duale Partner in der Berufsausbildung.

Das Personalamt bereitet für den Senat Entscheidungen zur Anwendung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienst- und Tarifrechts vor und stellt die einheitliche Anwendung sicher. Schwerpunkte sind dabei die inhaltliche Gestaltung von hamburgischen Gesetz- und Verordnungsentwürfen unter Berücksichtigung zeitgemäßer Entwicklungen und Anforderungen, die Gestaltung des Tarifrechts und die Teilnahme an Tarifverhandlungen. Mit Inkrafttreten der Föderalismusreform 1 am 1. September 2006 haben die Länder über die bereits vorhandenen Gesetzgebungskompetenzen hinaus bislang beim Bund liegende Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Besoldungs-, Versorgungs- sowie des Laufbahnrechts erhalten. Damit hat Hamburg diese Bereiche für die Beamten- und Richterschaft eigenständig zu regeln. Zu den Aufgaben des Personalamtes gehört auch die Bewertung und Vorlage von Entscheidungsvorschlägen zu bundesrechtlichen Vorhaben sowie die Aufbereitung bestehender Rechtsvorschriften und Problemlagen für deren Anwendung und Bewältigung in den Behörden.

Der Personalärztliche Dienst (PÄD) ist für den gesamten öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg die Stelle, die Untersuchungen und Begutachtungen nach dem Dienstrecht durchführt, soweit diese nicht gesetzlich anderen Trägern (z.B. der Rentenversicherung oder dem medizinischen Dienst der Krankenkassen) vorbehalten sind. Er nimmt damit vertrauensärztliche Aufgaben wahr, die im Wesentlichen im Beamten-, Beamtenversorgungs- und Beihilferecht sowie im Tarifrecht festgelegt sind.

Der Arbeitsmedizinische Dienst (AMD) nimmt zentral für alle Einrichtungen der hamburgischen Verwaltung sowie für zahlreiche öffentlich-rechtliche Unternehmen in der Trägerschaft der FHH die im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) festgelegten Beratungs- und Untersuchungsaufgaben zum betrieblichen Gesundheitsschutz wahr. In diesem Rahmen wird den Behörden, Ämtern, Landesbetrieben und Einrichtungen die von der Unfallkasse Nord verbindlich festgelegte betriebsärztliche Mindesteinsatzzeit für die Grundbetreuung zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden alle gemäß ArbMedVV vom Arbeitgeber anzubietenden arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt. Im Rahmen der vorhandenen Ressourcen unterstützt der AMD darüber hinaus das dezentrale betriebliche Gesundheitsmanagement sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement gemäß § 84 Abs. 2 SGB IX.

Für das Personalamt selbst werden die Bereiche Haushalt, Organisation, Personal und IT-Infrastruktur durch die Abteilung Service und Steuerung als interne Dienstleisterin wahrgenommen. Die Abteilung ist zuständig für den Ressourceneinsatz und die Ressourcensteuerung sowie für die Globalsteuerung von ZAF und dem Landesbetrieb „Zentrum für Personaldienste“ (ZPD). Sie gewährleistet eine den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdende Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Personalamtes und des ZAF. Die Aufgaben Personal und Organisation werden in der Abteilung sowohl für das Personalamt als auch für die Senatskanzlei wahrgenommen.

Das ZPD ist der zentrale Dienstleister der Freien und Hansestadt Hamburg für personalwirtschaftliche Durchführungsaufgaben und die dafür benötigten IT-Verfahren. Als Teil des Personalamtes trägt er die Gesamtverantwortung für die Verfahren zur Berechnung und Buchung der Bezüge für alle Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung. Das ZPD unterstützt die Behörden und selbstständigen Organisationseinheiten in übergreifenden Angelegenheiten der Personalverwaltung und stellt auf der Basis einheitlicher Methodik Informationen und Analysen für das zentrale und dezentrale PersonalControlling incl. eines umfassenden Berichtswesens hinsichtlich der Personalstruktur und der Personalkosten bereit. Das ZPD ist federführend verantwortlich für die Erstellung des zentralen Personalstrukturberichts und zentral zuständig für die Personalverwaltung der Versorgungsberechtigten (incl. Bezügeabrechnung), die Versorgungsberatung, die Beihilfe sowie die Familienkasse der FHH. Das ZPD stellt IT-Verfahren für die dezentrale und zentrale Personalverwaltung, die zentrale Bezügeabrechnung und die laufende Durchführung aller Abrechnungsprozesse für die Beschäftigten der FHH in enger Zusammenarbeit mit IT-Dienstleistern sowie externen Softwareherstellern bereit und entwickelt diese laufend weiter. Zusätzlich bietet das ZPD den Dienststellen im Rahmen eines umfassenden Shared Services Angebots weitere Unterstützungsleistungen im Rahmen der Personalverwaltung und der Lohnbuchhaltung an. Das Produktangebot wird durch Instrumente zur Unterstützung des dezentralen Personalberichtswesens, Schulungsveranstaltungen für Personalsachbearbeiter und -controller oder spezielle personalwirtschaftliche Verfahren (z.B. elektronische Zeitwirtschaft eZeit) abgerundet; desweiteren ist das ZPD federführend an der Gestaltung des Personalportals beteiligt. Diese zentralen Leistungen werden auch anderen öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherren - z.B. selbstständigen Organisationseinheiten der FHH und Kommunen - angeboten.

Dem ZPD obliegt ebenfalls die zentrale Verantwortung für die Realisierung des Projekts E-Personal (ePers) „Modernisierung der Personalarbeit - Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben“; dies beinhaltet ein IT-Kooperationsprojekt (KoPers) mit dem Land Schleswig Holstein.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Das Personalamt erzielt Einnahmen insbesondere, weil verselbstständigte Verwaltungsbereiche (Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO, netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und Dritte, Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc. gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen.

Aufgrund der Aufgabenstellung des Personalamtes prägen weit überwiegend Personalausgaben die Ausgabenstruktur bzw. den Mittelbedarf. Die Sach- und Fachausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Deckung der für den Dienstbetrieb erforderlichen sächlichen Ressourcen sowie die für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und IT-Ausstattung erforderlichen Mittel. Daneben prägen Erstattungen bzw. Zuschüsse an das ZPD und das ZAF die Ausgabenstruktur.

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2013 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1140
Personalausgaben ¹	24,8	51,4
Sach- und Fachausgaben ²	55,3	48,4
Investitionen	7,2	0,2

¹ Angaben inkl. KRV. Die Werte beinhalten neben den Personalausgaben für die Beschäftigten des Personalamtes selbst auch die der Nachwuchskräfte des (ehemaligen) höheren Dienstes (s. PG 03), das Sonderbudget für die Unterbringung von Schwerbehinderten (Titel 461.02 - PG 01), das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger bis 2010 (Titel 461.03 - PG 03) und auch die zusätzlichen Personalausgaben der Titelgruppe Z 72 PersonalService Integration (s. PG 03).

² Die Werte beinhalten auch die Zuweisungen, Erstattungen und Zuschüsse an die Wirtschaftspläne ZAF und ZPD (s. PG 02). Zusätzlich sind die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72 PSI enthalten (s. PG 03) sowie die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9).

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2014 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1140
Personalausgaben	25,1	49,6
Sach- und Fachausgaben	55,8	50,2
Investitionen	7,2	0,2

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
				2013 zu 2012	2014 zu 2013
	Tsd. EUR				
Einnahmen	1.285	1.326	1.367	+ 3,2	+ 3,1
davon:					
Verwaltungseinnahmen etc.	1.285	1.326	1.367	+ 3,2	+ 3,1
Zuweisungen, Zuschüsse	-	-	-	-	-
Investitionszuschüsse	-	-	-	-	-
Ausgaben	73.083	71.518	70.140	- 2,1	- 1,9
davon:					
Personalausgaben	38.040	36.734	34.799	- 3,4	- 5,3
darunter					
- Nachwuchs (ehemaliger) höherer Dienst ³	2.238	1.848	1.875	- 17,4	+ 1,5
- Beschäftigungspool (ehemaliger) höherer Dienst	617	651	-	+ 5,5	- 100
- Budget Unterbringung Schwerbehinderter	4.041	4.000	4.000	- 1,0	-
- Personalausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72 PSI	17.350	16.000	14.365	- 7,8	- 10,2
Sach- und Fachausgaben	34.901	34.642	35.199	- 0,7	+ 1,6
darunter					
- zentrale Erstattungen an das Zentrum für Personaldienste	17.738	18.169	18.589	+ 2,4	+ 2,3
- zentrale Erstattungen an das Projekt ePers (Teil-Wirtschaftsplan ZPD) ⁴	-	-	-	-	-
- Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	12.282	11.690	11.936	- 4,8	+ 2,1
- Sach- und Fachausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72 PersonalService Integration (PSI)	660	400	400	- 39,4	-
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen	142	142	142	-	-
davon					
- allgemeine Investitionen des Personalamts	82	122	122	+48,8	-
- Investitionszuschuss an das Zentrum für Personaldienste	60	20	20	- 66,7	-
- Investitionszuschuss an das Projekt ePers (Teil-Wirtschaftsplan ZPD)	-	-	-	-	-
- Investitionszuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	-	-	-	-	-

³ Die Planzahlen 2013/2014 sinken in Folge der Beendigung der Ausbildungsinitiative aus dem Konjunkturprogramm 2009/2010.

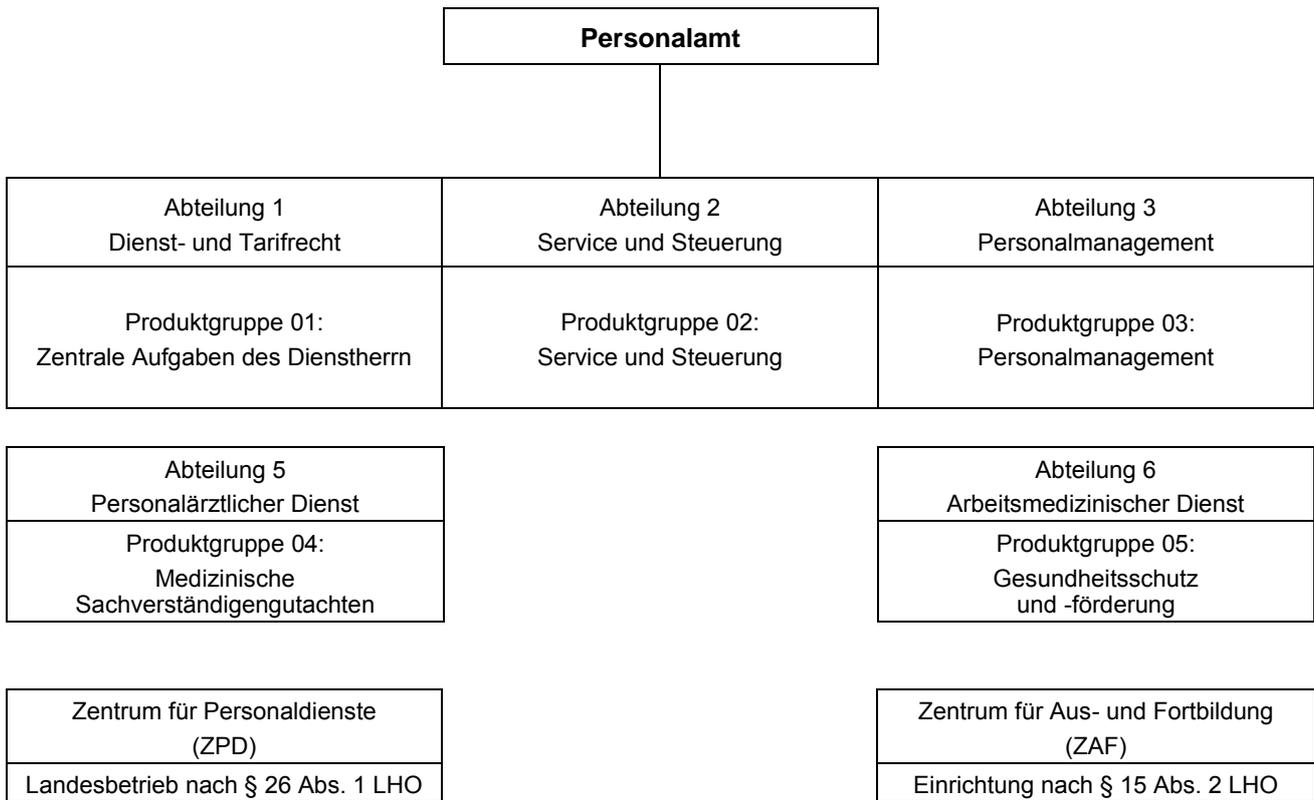
⁴ Die Mittel für ePers werden zentral im Epl. 9.2 (Titel 9890.971.11) veranschlagt und dem ZPD entsprechend den Bedarfen im Rahmen des insgesamt verfügbaren Projektbudgets zur Verfügung gestellt (2013: 6.247 Tsd. Euro, 2014: 4.916 Tsd. Euro).

Investitionsrestevolumen der Vorjahre:

2010				2011			
Gesamtsoll ⁵	Ist ⁶	auf 2010 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2011 übertragene Reste	
In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %
556	541	15	2,7	5.033	5.033	-	-

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich mit fünf Produktgruppen sowie einem Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO und einer netto-veranschlagten Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO organisiert (vgl. nachfolgendes Schaubild):



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Generelles

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungsausgaben. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen ab 2013 sind in den dezentralen Behördenbudgets berücksichtigt.

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plan-Soll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushaltsplan 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;

⁵ Ansatz inkl. Sollübertragungen, zufließenden Einnahmen, übertragenen Resten und Vorgriffen aus Vorjahren sowie Investitionszuschüssen an Wirtschaftspläne.

⁶ Inkl. Investitionszuschüssen an Wirtschaftspläne.

- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassungen zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassungen der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für aktive Beschäftigte (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Der KRД des Personalamts setzt sich aus den Personalausgaben der Beschäftigten des Personalamts zusammen. Die Personalausgaben der Nachwuchskräfte für den ehemaligen höheren allgemeinen Verwaltungsdienst werden in einer eigenen Titelgruppe ausgewiesen; auch das Sonderbudget zur zusätzlichen Beschäftigung von Schwerbehinderten in den Hamburger Behörden und die Personalausgaben der Nachwuchskräfte für den ehemaligen mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst sowie den Beschäftigungspool sind nicht im KRД enthalten.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRД, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen (Titel xxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose 2011 verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRД; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 14,3 v. H. (2013) bzw. 14,4 v.H. (2014) der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRД mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (Artikel 6 Nummer 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 LHO sowie ggf. des Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen - im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen - z. B. Stellen noch besetzt - im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des

1140

Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan-Entwurf 2013/2014 (einschl. netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO und Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO):

Stellenplan

Kapitel	Stellenzahl ⁷	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
1140 Personalamt*	879,95	-	-	-	-	-	-
1145 Wirtschaftsplan Zentrum für Personal- dienste	385,50	-	-	-	-	-	-
davon Teil-Wirtschaftsplan Projekt ePers	40	-	-	-	-	-	-
1146 Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	105,95	-	-	-	-	-	-
1147 Dienststelle Personal Service Integration**	443,61	-	-	-	-	-	-

* Davon 639 Ausbildungsstellen für Nachwuchskräfte des ehemaligen mittleren, gehobenen und höheren Dienstes einschließlich im Rahmen der Konjunkturoffensive 2009/2010 temporär eingerichteter Stellen für sog. Trainees und Experten sowie Stellen für Rückkehrerinnen und Rückkehrer der City-BKK; Personalamt Kern: 240,95 Stellen.⁸

** Gebuchte Stellen zum Stand Juni 2012; die Zahl der Stellen im Stellenplankapitel unterliegt aufgrund Arbeit und Aufgabenstellung der Dienststelle PersonalService Integration (Versetzungen, Abordnungen etc. von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus den Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH und aus dem ehemaligen HWWA) ständigen Veränderungen.

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der Kontenrahmen Sachausgaben (KRS) des Personalamts wurde durch die Einführung von Titelgruppen (Sachmittelbudgets der Produktgruppen) abgelöst. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung und zur Verselbstständigung der Produktgruppen realisiert worden. Um Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjährig berichtigen zu können und, da es sich um jeweils relativ kleine Bereiche handelt, um unterjährig Steuerungsmöglichkeiten für die/den verantwortliche/n Beauftragte/n für den Haushalt zu erhalten, ist die Deckungsfähigkeit zwischen den Titelgruppen Z61 (Betriebskonto P1, P2, P3), Z65 (Betriebskonto P5) und Z66 (Betriebskonto P6) im Haushaltsbeschluss eingerichtet worden.

6. Einzelplandeckungskreise

Im Einzelplan 1.1 ist für das Personalamt der Deckungskreis 02 – Hochbauinvestitionen – relevant. Eine Übersicht der dazugehörigen Titel befindet sich in der Anlage 4 zum Zahlenwerk.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Personalamt gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 Abs.1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

⁷ Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 (Stand Juni 2012).

⁸ Die Differenz zu der im Stellenplan, Blaudruck, für das Personalamt ausgewiesenen Stellenanzahl ergibt sich dadurch, dass dort aus haushaltsrechtlichen Gründen (Stellenplanbestimmungen) 88 Stellen aufgenommen sind, die nicht dem Personalstamm des PA zuzurechnen sind. Es handelt sich hierbei um Planstellen und Arbeitnehmerstellen für RR in der Ausbildung sowie temporäre Stellen für Trainees und Experten im Rahmen der Konjunkturoffensive 2009/2010 sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrer der City-BKK.

netto-veranschlagte Einrichtung / Landesbetrieb	Gesamtaufwand - in Tsd. Euro -		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2013	2014	2013	2014
Landesbetrieb nach § 26 Abs.1 LHO Zentrum für Personaldienste (ZPD)	24.446	24.539	- 18.169	- 18.589
Teil-Wirtschaftsplan Projekt ePers innerhalb des ZPD ⁹	6.247	4.916	-	-
Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)	17.607	16.944	- 11.690	- 11.936

Wirtschaftspläne, Lageberichte/Produktinformationen und Erläuterungen befinden sich in den Anlagen (rosa Seiten).

8. Bürgerschaftliche Ersuchen

Entfällt.

9. Zuwendungen

Entfällt.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich mit fünf Produktgruppen sowie einem Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO und einer netto-veranschlagten Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO organisiert (vgl. Schaubild unter 3.).

Die Kennzahlen wurden auf ihre Steuerungsrelevanz hin geprüft und soweit möglich angepasst. Die beibehaltenen, überwiegend eher statistischen Kennzahlen beziehen sich auf die übergeordneten, grundsätzlichen und/oder konzeptionell-planenden ministeriellen und/oder Intendanzaufgaben bzw. -bereiche des Personalamtes und vermitteln zusätzliche Informationen zu den erstellten Produkten und Leistungen. Die Daten zum ZPD sowie die Daten und Kennzahlen zum ZAF finden sich nicht in den Angaben zum Produktbereich Personalamt, sondern sind in den entsprechenden Wirtschaftsplänen gesondert ausgewiesen.

Die Gesamtzahlen des Produktbereichs im Überblick:

Haushaltsplan 2013	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.326	36.734	34.642	142	71.518
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01 ¹⁰	-	6.437	951	-	7.388
Produktgruppe 02	209	3.440	30.545	142	34.127
Produktgruppe 03	26	22.944	2.023	-	24.967
Produktgruppe 04	10	1.243	428	-	1.671
Produktgruppe 05	1.081	2.670	695	-	3.365
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 02 enthalten)</i>			18.169	20	18.189
<i>Teil-Wirtschaftsplan ePers¹¹</i>			6.247	-	6.247
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 02 enthalten)</i>			11.690	-	11.690

⁹ s. Fn 2

¹⁰ einschließlich Budget für das Sonderprogramm zur Unterbringung von Schwerbehinderten

¹¹ Die Mittel für ePers werden zentral im Epl. 9.2 (Titel 9890.971.11) veranschlagt und dem ZPD entsprechend den Bedarfen im Rahmen des insgesamt verfügbaren Projektbudgets zur Verfügung gestellt.

1140

Haushaltsplan 2014	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.367	34.799	35.199	142	70.140
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 01 ¹²	-	6.508	933	-	7.441
Produktgruppe 02	213	3.886	31.194	142	35.222
Produktgruppe 03	26	20.378	1.994	-	22.372
Produktgruppe 04	10	1.279	418	-	1.697
Produktgruppe 05	1.118	2.748	660	-	3.408
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 02 enthalten)</i>			18.589	20	18.609
<i>Teil-Wirtschaftsplan ePers¹³</i>			4.916	-	4.916
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 02 enthalten)</i>			11.936	-	11.936

¹² s. Fn 10

¹³ s. Fn 11

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

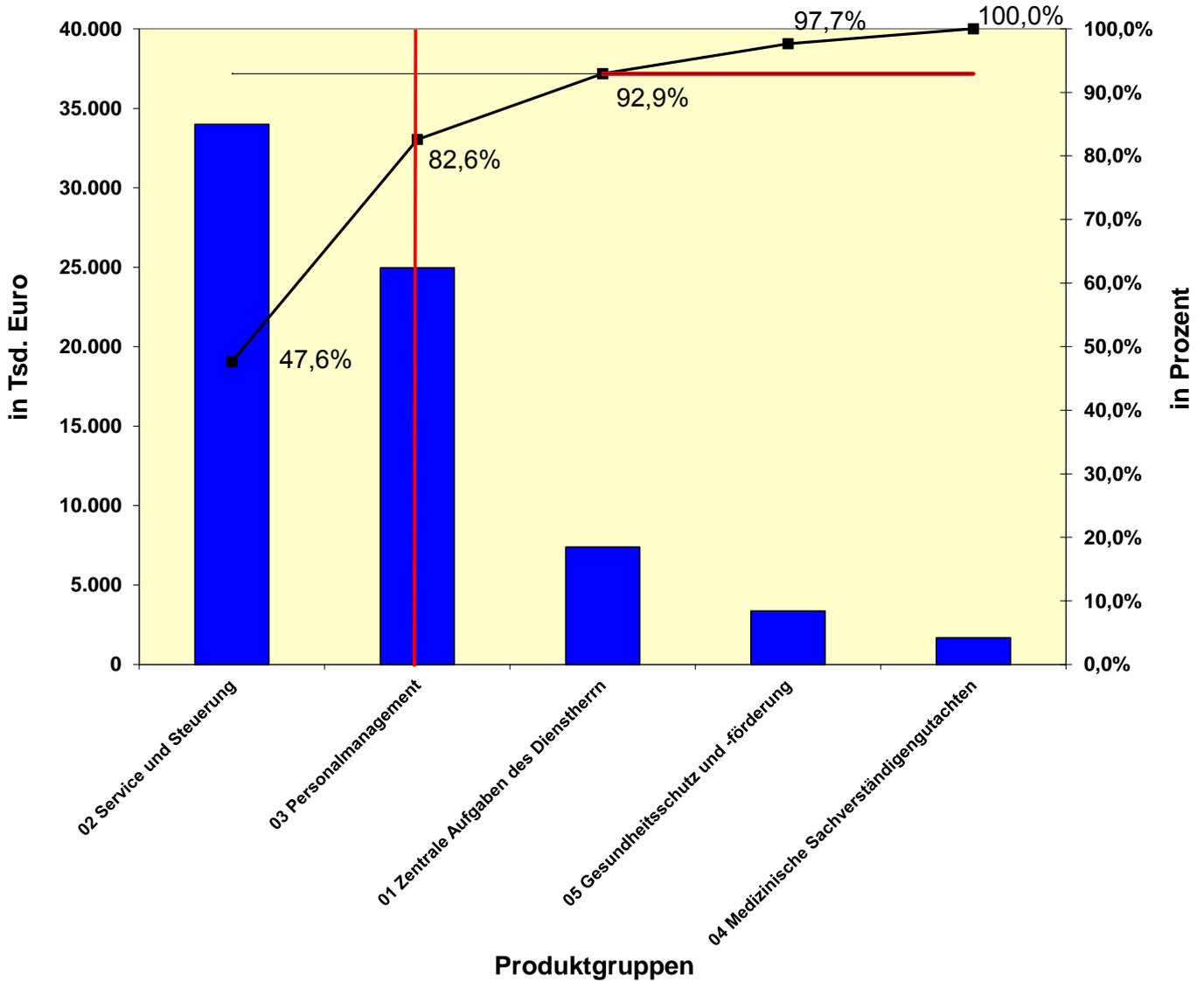
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Einzelplan 1.1

Haushaltsjahr 2013: Einzelplan 1.1 - Personalamt Kapitel 1140

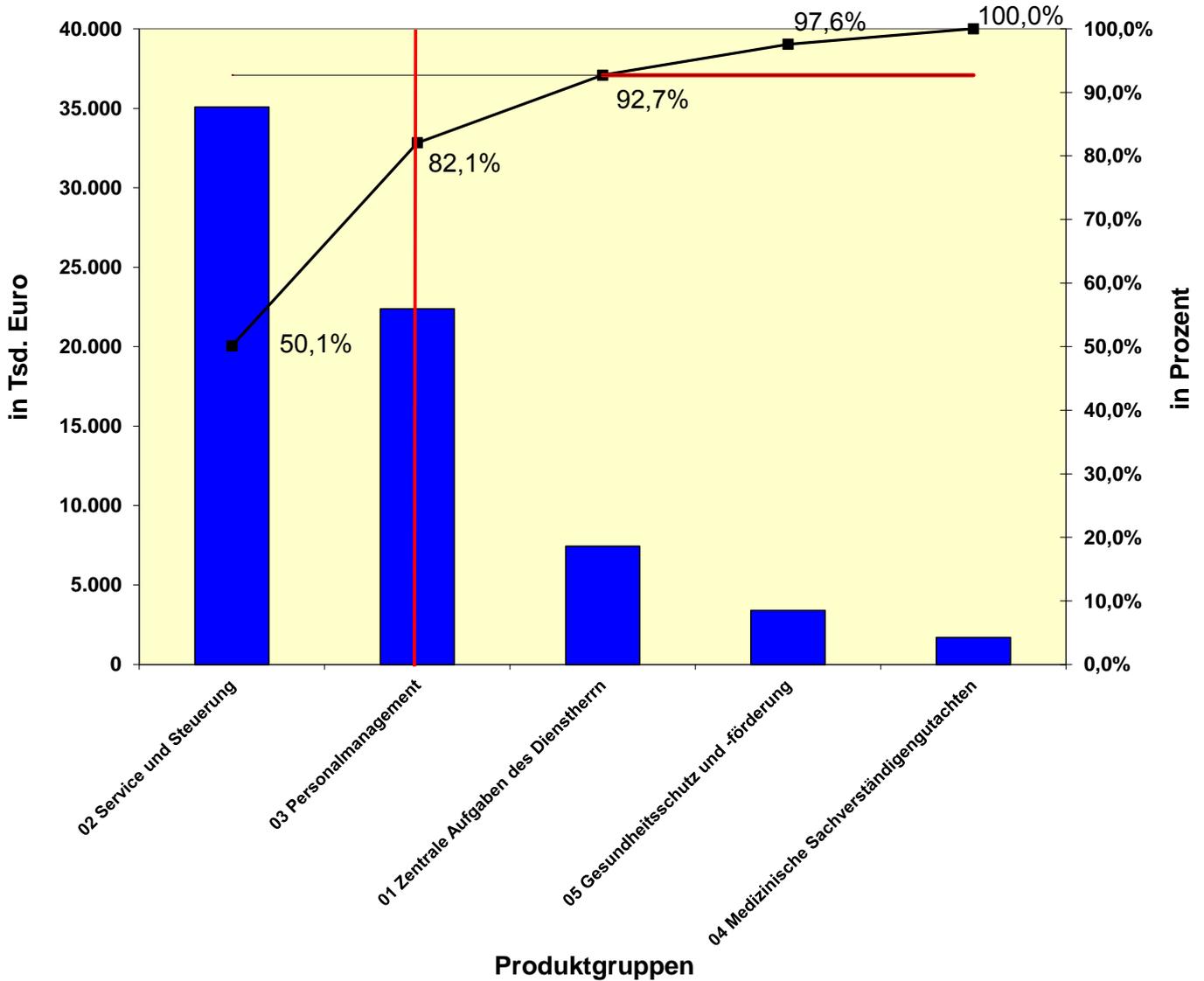
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	02 Service und Steuerung	01	33.985	47,6%	47,6%	5	25
2	03 Personalmanagement	03	24.967	35,0%	82,6%	4	11
3	01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn	01	7.388	10,4%	92,9%	7	14
4	05 Gesundheitsschutz und -förderung	01	3.365	4,7%	97,7%	2	10
5	04 Medizinische Sachverständigengutachten	01	1.671	2,3%	100,0%	3	10
Summe			71.376	100,0%		21	70



**Strukturdatenblatt
Einzelplan 1.1**

Haushaltsjahr 2014: Einzelplan 1.1 - Personalamt Kapitel 1140

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	02 Service und Steuerung	01	35.080	50,1%	50,1%	5	25
2	03 Personalmanagement	03	22.372	32,0%	82,1%	4	11
3	01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn	01	7.441	10,6%	92,7%	7	14
4	05 Gesundheitsschutz und -förderung	01	3.408	4,9%	97,6%	2	10
5	04 Medizinische Sachverständigengutachten	01	1.697	2,4%	100,0%	3	10
Summe			69.998	100,0%		21	70



Produktinformationen

Produktbereich 01: Personalamt

Kapitel 1140

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.021	1.756	1.285	1.326	1.367
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹	3.021	1.756	1.285	1.326	1.367
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	90.612	85.449	72.941	71.376	69.998
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	58.886	45.901	38.040	36.734	34.799
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	31.726	39.548	34.901	34.642	35.199
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴	962	5.466	142	142	142
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁵	775,7	761,6	633,34	639,7	631,4

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Unterstützung des Senats als oberste Dienstbehörde in der Wahrnehmung seiner personalpolitischen, personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Gesamtverantwortung gegenüber allen Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg.
Z 2: Umsetzung und Durchsetzung von Konzepten und Strategien von personalpolitischer Bedeutung.
Z 3: Gestaltung effizienter und zukunftsorientierter Rahmenbedingungen des Personalwesens.
Z 4: Erstellung ärztlicher Untersuchungen und Begutachtungen sowie Unterstützung beim betrieblichen Gesundheitsschutz und bei der Unfallverhütung.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn
PG 02 Service und Steuerung
PG 03 Personalmanagement
PG 04 Medizinische Sachverständigengutachten
PG 05 Gesundheitsschutz und -förderung

¹ Bei den Einnahmen handelt es sich um Erstattungen für Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen und des Personalärztlichen Dienstes und in 2010 insbesondere um Ausgleichszahlungen der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH i.H.v. 1.040 Tsd. Euro für Abfindungen.

² Angaben inkl. KRV. Die Werte beinhalten neben den Personalausgaben für die Beschäftigten des Personalamtes auch die der Nachwuchskräfte (s. PG 03), das Sonderbudget für die Unterbringung von Schwerbehinderten (Titel 461.02 - PG 01), das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger bis 2010 (Titel 461.03 - PG 03) und auch die zusätzlichen Personalausgaben der Titelgruppe Z 72 PersonalService Integration (s. PG 03).

³ Die Werte beinhalten auch die Zuweisungen, Erstattungen und Zuschüsse an die Wirtschaftspläne (s. PG 02). Zusätzlich sind die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72 enthalten (s. PG 03) sowie die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9). Enthalten sind auch die Investitionszuschüsse an Wirtschaftspläne (s. PG 02).

⁵ Die VZÄ beinhalten alle unbefristet und befristet Beschäftigten (= statistischer Personalbestand) zuzüglich Auszubildende, Anwärterinnen und Anwärter (gesamt = budgetrelevanter Personalbestand) (s. PG 03).

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Entwicklung und Anpassung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Wahrung der Einheitlichkeit des Arbeitgebers und Dienstherrn FHH durch Gewährleistung der Umsetzung und einheitlichen Anwendung von Dienst-, Arbeits- und Tarifrecht einschließlich der Fürsorgebestimmungen und damit Sicherstellung der Gleichbehandlung der Beschäftigten. Maßgebliche Prägung der Zielverwirklichung durch ständigen Anschauungs-, Werte- und Normenwandel sowie durch die Ergebnisse der Föderalismusreform (Übergang der Zuständigkeiten für das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Länder).
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger P 2 Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen) P 3 Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge) P 4 Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten) P 5 Grundsatzkommentierungen P 6 Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben) P 7 Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.759	8.144	7.691	7.388	7.441
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁶	6.899	7.292	6.768	6.437	6.508
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	860	852	923	951	933
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	15	32	-	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung in Tsd. EUR	2.641	2.799	2.727	2.437	2.508
- davon für Sonderprogramm für Schwerbehinderte in Tsd. EUR	4.258	4.493	4.041	4.000	4.000

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	39,3	38,7	39,82	34,9	34,9

<i>Produktbezogene Kennzahlen⁷</i>	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 1: Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger:			
Normsetzungsverfahren	17	22	26
- davon abgeschlossen	6	14	15
Zusammenarbeit überregionale Gremien (Anzahl der Sitzungen)	32	34	36

⁶ Inkl. Stellen für die Leitung des Personalamts und den Personalrat bei den Senatsämtern; ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

⁷ Bei den Aufgaben der Produktgruppe PG 01 handelt es sich im Wesentlichen um ministerielle Aufgaben des Dienstherrn für die Freie und Hansestadt Hamburg. Die produktbezogenen Kennzahlen sind somit grundsätzlich nicht steuerbar. Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet.

P 2: Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen):			
Vorlagen für die Behördenleitung	164	149	137
P 3: Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge) ⁸ :			
Auf Schwerbehinderten-Programmstellen beschäftigte Schwerbehinderte im Jahresdurchschnitt	163	160	162
Besetzungsverfahren Schwerbehinderten-Programmstellen	8	9	8
P 4: Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten):			
Disziplinarangelegenheiten	191	172	207
- davon abgeschlossen	81	90	107
Einzelfall- und Vorbehaltsentscheidungen	458	319	382
P 5: Grundsatzkommentierungen:			
Verwaltungsvorschriften	25	33	21
- davon abgeschlossen	18	26	14
P 6: Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben):			
Eingaben	5	34	38
P 7: Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen):			
Einigungsstellenverfahren	15	11	21
Zahl der darin behandelten Einzelfälle	36	24	24

⁸ Die Finanzierung der Personalausgaben zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst und zur Beschäftigung Schwerbehinderter aus Werkstätten für Behinderte erfolgt aus dem entsprechenden Sonderbudget des Personalamtes (s.a. "Aufschlüsselung der Personalausgaben")

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährleistung eines effektiven und effizienten Ressourceneinsatzes sowie eine dementsprechende Ressourcensteuerung im Personalamt.
Z 2:	Einführung und Weiterentwicklung von Elementen der Verwaltungsmodernisierung im Personalamt.
Z 3:	Gewährleistung einer den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdenden Unterstützung der Beschäftigten im Personalamt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.
Z 4:	Gewährleistung einer effektiven, den rechtlichen und persönlichen Anforderungen gerecht werdenden Personalsachbearbeitung für die Senatoren, Staatsräte und Bezirksamtsleiter sowie die Beschäftigten des Personalamtes und der Senatskanzlei.
Z 5:	Gewährleistung kundenorientierter Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation und Personal.
<i>Produkte</i>	
P 1	Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IT-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung)
P 2	Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IT-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement)
P 3	Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IT-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IT-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter)
P 4	Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung, Personalentwicklung und Personalcontrolling

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁹	562	380	209	209	213
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	562	380	209	209	213
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.490	39.723	34.092	33.985	35.080
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	3.090	3.406	3.459	3.440	3.886
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹¹	28.400	36.317	30.633	30.545	31.194
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹²	893	5.315	142	142	142
<i>Aufschlüsselung Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	2.403	2.586	2.198	2.254	2.318
- davon KRV in Tsd. EUR	687	820	1.261	1.186	1.568
<i>Aufschlüsselung der Sach- und Fachausgaben</i>					
- davon Ausgaben für die Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	582	688	613	686	669
- davon Erstattung an das Zentrum für Personaldienste (inkl. Projekt ePers) in Tsd. EUR	22.526	22.412	17.738	18.169	18.589
- davon Zuschuss an das Zentrum für Aus- und Fortbildung in Tsd. EUR ¹³	5.292	13.217	12.282	11.690	11.936

⁹ Die Einnahmen beinhalten auch die Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbildung für Intendantleistungen des Personalamts (interne Erstattungen nach § 61 LHO) sowie eine Rückführung des Zentrums für Personaldienste an den Haushalt (346 Tsd. Euro). Inkl. KRV; dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

¹⁰ Hierin sind auch die Erstattungen an das Zentrum für Personaldienste und die Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (jeweils ohne Investitionen) enthalten.

¹¹ Hierin sind auch die Investitionszuschüsse an das Zentrum für Personaldienste und an das Zentrum für Aus- und Fortbildung enthalten.

¹² Das Ergebnis 2011 erhöht sich in Folge einer geänderten Veranschlagungstechnik (Übernahme der Ausbildungskosten für den (ehemaligen) mittleren und gehobenen Dienst - ehemals Titelgruppe Z 70 und Sonderbudget Laufbahnaufsteiger - in den Wirtschaftsplan des ZAF) sowie durch erhöhte Ansätze in Folge der Umsetzung der Ausbildungsinitiative.

Aufschlüsselung der Investitionsausgaben					
- davon Investitionsausgaben der Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR	137	42	82	122	122
- davon Investitionszuschüsse an das Zentrum für Personaldienste in Tsd. EUR	756	5.273	60	20	20
- davon Investitionszuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung in Tsd. EUR	-	-	-	-	-

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	45,3	46,0	42,41	41,4	41,4

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IT-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung):					
Betriebsausgaben für das Produkt Prozess- und Ressourcensteuerung (geschätzt) in Tsd. EUR	706	738	571	738	738
P 2: Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IT-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement):					
Betriebsausgaben für das Produkt Infrastruktur (geschätzt) in Tsd. EUR	288	296	274	296	296
P 3: Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IT-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IT-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter):					
Betriebsausgaben für das Produkt Interne Dienstleistungen (geschätzt) in Tsd. EUR	1.326	1.409	1.289	1.409	1.409
P 4: Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung und Personalentwicklung:					
Betriebsausgaben für das Produkt Dienstleistungen für die Senatsämter (geschätzt) in Tsd. EUR	301	297	301	297	297
Standardkennzahlen					
Anzahl der (aktiv und passiv) Beschäftigten ¹⁴	335	339	299	339	339
nachrichtlich: Anzahl der aktiv Beschäftigten	313	314	275	314	314
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten in %	10,11	9,98	9,62	10,16	10,46
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR ¹⁵	641	653	903	823	653
davon durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	331	314	410	393	393
davon durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR ¹⁶	310	339	493	430	430
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100

¹⁴ Einschließlich der Nachwuchskräfte für den (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst.

¹⁵ Der höhere Planwert 2012 basiert auf einer gewollt inhaltlichen Aufwertung des Bereichs Personalentwicklung (erhöhte Personalkosten durch eine zusätzliche Mitarbeiterin sowie erhöhte Sachkosten durch höhere Planansätze im Bereich Aus- und Fortbildung).

¹⁶ s. Fn 15

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Entwicklung und Sicherstellung zeitgemäßer Personalmanagementkonzepte
Z 2: Förderung der Wissens-, Handlungs- und Führungskompetenz der Beschäftigten
Z 3: Sicherstellung des Personalbedarfs des (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes
Z 4: Förderung der individuellen und strukturellen Mobilität, Steuerung des internen Arbeitsmarktes
Z 5: Sicherstellung von Assistenzleistungen in Personalangelegenheiten für den Senat
<i>Produkte</i>
P 1 Konzeptionelles Personalmanagement
P 2 Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung
P 3 Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren
P 4 Gewinnung, Ausbildung und Einführung der Nachwuchskräfte für den (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst
P 5 Assistenzleistungen für den Senat

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.344	127	16	26	26
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹⁷	1.344	127	16	26	26
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	46.188	31.976	26.030	24.967	22.372
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁸	44.773	30.703	23.765	22.944	20.378
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁹	1.415	1.273	2.265	2.023	1.994
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	26	59	-	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Personalmanagement in Tsd. EUR	4.371	4.266	3.560	3.710	3.818
- davon Personalausgaben für die City-BKK-Rückkehrer ²⁰	-	725	-	735	320
- davon für die Ausbildung (ehemaliger) mittlerer und gehobener Dienst in Tsd. EUR ²¹	5.779	-	-	-	-
- davon für die Ausbildung (ehemaliger) höherer Dienst in Tsd. EUR ²²	2.886	3.457	2.238	1.848	1.875
- davon für den Beschäftigungspool (ehemaliger) höherer Dienst in Tsd. EUR ²³	-	-	617	651	-
- davon Personalausgaben innerhalb der Titelgruppe Z 72 in Tsd. EUR	31.383	22.255	17.350	16.000	14.365
- davon für das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger in Tsd. EUR ²⁴	354	-	-	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	621,0	607,7	483,67	501,2	492,9
- davon VZÄ der Abteilung Personalmanagement	64,3	68,3	64,12	61,5	61,5

¹⁷ Bei den hohen Einnahmen in 2010 handelt es sich um Abfindungszahlungen der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH i.H.v. 1.040 Tsd. Euro sowie Einnahmen aus Assessment Center.

¹⁸ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen. Enthalten sind auch die Personalausgaben der Titelgruppe Z 72 PSI.

¹⁹ Enthalten sind auch die Sach- und Fachausgaben der Titelgruppe Z 72 PSI.

²⁰ Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer sind sukzessive ab dem 01.07.2011 zum Personalamt gekommen.

²¹ Ab 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

²² Erhöhte Ansätze in 2011 in Folge der Umsetzung der Ausbildungsoffensive.

²³ s. Fn 22

²⁴ Ab 2011 Verlagerung in den Wirtschaftsplan ZAF.

Quantitätskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
- davon VZÄ der City-BKK-Rückkehrer	-	29,1	-	14,7	6,4
- davon VZÄ Ausbildung (ehemaliger) mittlerer und gehobener Dienst (einschl. Aufstiegslehrgang)	478,0	437,0	378	385,0	385,0
- davon VZÄ Ausbildung (ehemaliger) höherer Dienst	69,1	64,9	41,55	40,0	40,0
- davon Experten der Konjunkturoffensive	9,6	8,4	-	-	-

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 2: Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung:						
Anzahl erfolgreicher Vermittlungen (unbefristet und befristet)	1.235	1.338	1.108	500	1.000	1.000
Anzahl ausgeschriebener Stellen	2.229	1.835	2.359	-	-	-
Anzahl durchgeführter Entwicklungs-Assessment-Center (EAC)	2	2	2	2	2	2
Anzahl der im Jahresmittel betreuten Rückkehrerinnen und Rückkehrer (Asklepios, HWWA)	1.046	860	661	709	437	362
P 3: Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren:						
Bewerbungen bei Stellenausschreibungen ab Stellenbewertungen Besoldungsgruppe A15	809	543	569	-	-	-
Teilnahme an Auswahlverfahren bei Stellenbesetzungen ab Stellenbewertung Besoldungsgruppe A15	46	32	26	-	-	-
Anzahl durchgeführter Auswahl-Assessment-Center (AC) ²⁵	44	17	17	35	-	-
P 4: Gewinnung, Ausbildung und Einführung der Nachwuchskräfte für den (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst:						
Bewerbungen pro Einstellung im Auswahlverfahren des (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes	18	11	13	15	15	15
Anzahl durchgeführter Vorstellungstermine im Rathaus (Rathaus-AC)	14	15	6	10	8	8
Anzahl der Einstellungen im (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst (inkl. Wirtschaftsreferendariat)	25	30	18	20	18	18
- davon Anzahl der Einstellungen in das Wirtschaftsreferendariat	7	12	8	6	6	6
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im (ehemaligen) höheren allgemeinen Verwaltungsdienst	75	83	84	65	48	45
P 5: Assistenzleistungen für den Senat²⁶:						
Anzahl erledigter Rechtsverfahren	920	551	627	-	-	-
- davon Widerspruchsverfahren	473	356	430	-	-	-
- davon öffentlich- und sozialrechtliche Gerichtsverfahren	428	184	184	-	-	-
- davon zivil- und arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren	19	11	13	-	-	-
Durchschnittliche Verfahrensdauer im Widerspruchsverfahren in Monaten	5	4,5	4,5	-	-	-
Anzahl Widersprüche pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	51	44	54	-	-	-
Anzahl Gerichtsverfahren pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	28	24	24	-	-	-

²⁵ Das Personalamt führt im Auftrag der Behörden Auswahl-Assessment Center überwiegend im Rahmen von Besetzungsentscheidungen bei Stellen ab Besoldungsgruppe A 15 durch. In 2009 wurden zusätzlich 18 AC im Rahmen des prüfungsgebundenen Aufstiegs vom (ehemaligen) gehobenen in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst durchgeführt.

²⁶ Bei den Assistenzleistungen für den Senat handelt es sich im Wesentlichen um ministerielle Aufgaben des Dienstherrn für die Freie und Hansestadt Hamburg. Die produktbezogenen Kennzahlen sind somit grundsätzlich nicht steuerbar. Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Anteil bestandskräftiger Bescheide im Widerspruchsverfahren in %	48	46	48	-	-	-
Anteil gewonnener Gerichtsverfahren in %	78	55	67	-	-	-
Anteil verlorener Gerichtsverfahren in %	16	6	9	-	-	-
Anteil der durch Vergleich o. Erledigung beendeten Gerichtsverfahren in %	6	39	24	-	-	-
Anzahl Ernennungen	7.187	6.065	6.415	-	-	-
Anzahl Zuweisungen, Versetzungen, Abordnungen und Übernahmen (Beamte)	659	651	652	-	-	-

Produktgruppe 04: Medizinische Sachverständigengutachten

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden auf Anforderung von Behörden und befugten Dienststellen ärztliche Untersuchungen durchgeführt und medizinische Gutachten angefertigt. <u>Anmerkung:</u> Die Anzahl der Begutachtungen ist nicht steuerbar, weil sie abhängig ist von den internen Gegebenheiten der anfordernden Behörden (Zahl der Neubesetzungen und der ggf. Ausscheidenden, Krankenstandshöhe, Eigenanträge der Bediensteten etc.). Aus diesem Grund wird auf die Angabe von Planzahlen verzichtet. Bei allen Begutachtungen sind derzeit - speziell in den Vollzugslaufbahnen - hohe qualitative (z.B. Teildienstfähigkeit) Anforderungen festzustellen. Dies korrespondiert zu dem generell gestiegenen dienstrechtlichen Handlungsbedarf der personalführenden Stellen. Die Begutachtung von Beamten und Arbeitnehmern hat ein hohes Gewicht, weil die medizinischen Gutachten des Personalärztlichen Dienstes Grundlage für weit reichende, auch einschneidende verwaltungsrechtliche Entscheidungen sind.
<i>Produkte</i>
P 1 Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme P 2 Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen P 3 Beratung der personalführenden Dienststellen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	31	34	20	10	10
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	31	34	20	10	10
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.811	1.847	1.852	1.671	1.697
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁷	1.378	1.429	1.430	1.243	1.279
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	433	418	422	428	418
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	10	20	-	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	25,6	24,6	25,03	22,2	22,2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
P 1: Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme:			
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen	2.617	2.842	3.019
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	707	768	816
P 2: Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen:			
Anzahl der Dienstfähigkeitsuntersuchungen	2.502	2.747	2.744
- davon internistische	595	528	570
- davon orthopädische	834	818	852
- davon neurologische	1.073	1.401	1.323
Anzahl der internistischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Internistin/Internist	160	143	154
Anzahl der orthopädischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Orthopädin / Orthopäde pro Jahr	417	409	426

²⁷ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2009	Erg. 2010	Erg. 2011
Anzahl der neurologischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Neurologin / Neurologe pro Jahr	537	467	441
P 3: Beratung der personalführenden Dienststellen:			
Anzahl der Beratungen personalführender Dienststellen	104	121	143

Produktgruppe 05: Gesundheitsschutz und -förderung

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Beratung bei der Gestaltung gesunder Arbeitsbedingungen.
Z 2:	Unterstützung in allen Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung.
<i>Produkte</i>	
P 1	Grundbetreuung (Basisberatung, Begehungen)
P 2	Betriebsspezifische Betreuung (Untersuchungen, Impfungen, Gripeschutz)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.084	1.215	1.040	1.081	1.118
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.084	1.215	1.040	1.085	1.122
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.364	3.759	3.276	3.365	3.408
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁸	2.746	3.071	2.618	2.670	2.748
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	618	688	658	695	660
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	18	40	-	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	44,5	44,4	40,41	40,0	40,0
- davon ärztliches Personal	21,1	21,3	20,36	19,2	19,2
- davon Assistenzkräfte	23,4	23,1	20,05	20,8	20,8

<i>Fallzahlen²⁹</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einsatzzeit (Grundbetreuung) alle Betriebe ³⁰	-	-	-	20.000	20.000
Einsatzzeit (Grundbetreuung) zahlende Betriebe ³¹	-	-	-	7.000	7.000

<i>Produktbezogene Kennzahlen³²</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Grundbetreuung (Basisberatung, Begehungen):					
Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung (Std.)	-	-	-	800	1000
Maßnahmen der Arbeitsplatzgestaltung (Std.)	-	-	-	1.200	1.200
Allgemeine Beratung zu arbeitsmedizinischen Fragen (Std.)	-	-	-	10.000	10.000
P 2: Betriebsspezifische Betreuung (Untersuchungen, Impfungen, Gripeschutz):					
Anzahl Vorsorgeuntersuchungen	29.283	27.417	25.000	25.000	25.000
davon vor Ort	5.818	6.896	6.000	6.000	6.000
Unterstützung betrieblicher Aktionen zur Gesundheitsförderung (Std.) ³³	1.711	1.847	1.700	1500	1.500

²⁸ Ohne KRV, dieser ist zentral in der PG 02 ausgewiesen.

²⁹ Die Einführung der neuen Unfallverhütungsvorschrift Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit (DGUV V2) hat zu Änderungen in der Berechnung der Einsatzzeiten sowie zu einem neuen Zuschnitt der betriebsärztlichen Aufgaben mit Unterscheidung in eine Grundbetreuung und einen betriebsspezifischen Teil der Betreuung geführt. Die Ergebnisse 2010/2011 sowie die Planzahl 2012 sind aus diesem Grund nicht mehr vergleichbar mit den Planzahlen 2013/2014 und können entsprechend nicht adäquat abgebildet werden.

³⁰ In den Einsatzzeiten (Grundbetreuung) sind gemäß DGUV V2 die Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr enthalten. Sie sind jetzt Teil der betriebsspezifischen Betreuung.

³¹ s. Fn 30

³² s. Fn 29

³³ Diese Kennzahl war im Haushaltsplan 2011/2012 als „Gesundheitsförderung“ noch dem Produkt P 1 zugeordnet und ist jetzt durch die DGUV V2 eine betriebsspezifische Leistung und damit dem Produkt 2 zugeordnet.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen³²</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Anzahl Impfungen gesamt	8.183	7.899	9.000	7.500	7.500
davon Gripeschutzimpfungen	4.530	4.244	5.500	4.000	4.000

Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Personalamt erzielt insbesondere Einnahmen, weil verselbständigte ehemalige Verwaltungsbereiche (Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO oder netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO) sowie Dritte (Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc.) gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen (Titel 119.10 und 119.11).

Die gemeinsame Buchung von Einnahmen der Anstalten des öffentlichen Rechts mit Einnahmen der Landesbetriebe auf dem Titel 119.10 wird ab 2013 aufgegeben. Letztere sollen dann mit den Einnahmen aus den netto-veranschlagten Einrichtungen auf dem Titel 119.11 zusammengeführt werden. Diese neue Aufteilung ist aufgrund der Unterschiede in Bezug auf Umsatzsteuer und Wahlfreiheit der arbeitsmedizinischen Betreuung sachlich sinnvoll.

Ausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Personalamtes werden einerseits geprägt durch die Erstattungen und Zuschüsse an den Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste und das Zentrum für Aus- und Fortbildung sowie andererseits durch zentral für alle Behörden und Ämter veranschlagte Mittel. Im Einzelnen sind dies bspw.:

- Zuweisungen, Erstattungen und Zuschüsse an das Zentrum für Personaldienste (Titel 632.91, 682.01, 682.04, 682.56, 891.01, 891.03, 891.56)
- Zuweisungen und Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Titel 632.91, 685.02, 685.03, 685.04, 685.05, 685.06, 685.56, 891.02, 892.56)
- Mitgliedsbeitrag der Freien und Hansestadt Hamburg zur Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH) (Titel 685.91) und Beiträge zu gemeinschaftsfinanzierten Einrichtungen wie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) und die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Titel 685.01).

Die übrigen Sach- und Fachausgaben des Personalamtes beinhalten die für den Geschäftsbetrieb sowie die für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und IT-Ausstattung erforderlichen Mittel.

Zahlungsströme und Buchungen im Zusammenhang mit der Eingliederung und Beschäftigung der Rückkehrerinnen und Rückkehrer der Asklepios-Kliniken Hamburg GmbH in den Arbeitsmarkt der Freien und Hansestadt Hamburg werden über die Titelgruppe Z 72 („Dienststelle PersonalService Integration“) abgewickelt, die sowohl Personal- als auch Sach- und Fachtitel enthält. Da die genaue Höhe dieser Ausgaben nicht genau beziffert werden kann, werden die Titel im Bedarfsfall aus zentral im Epl. 9.2 veranschlagten Mitteln verstärkt. Mit der Veranschlagung von Personalausgaben in der Titelgruppe Z 72 werden zugleich Ausgabemittel nach § 51 LHO besonders zur Verfügung gestellt, aus denen auch Abfindungen gezahlt werden. Darüber hinaus werden in der Titelgruppe Z 72 ebenfalls Einnahmen aus Personalkostenerstattungen verbucht. Diese beruhen auf temporären gegenfinanzierten Einsätzen der Rückkehrerinnen und Rückkehrer in den Behörden und Ämtern und werden mittels Sollübertragung oder Überweisung veranlasst.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2013 / 2014

Einzelplan 01.1

Senat und Personalamt

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 01.1

02 Hochbauinvestitionen

Deckungskreis im Kapitel 1100

01 Zentrale Aufgaben der Senatskanzlei

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
1100	Senat	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	76	89	104
1140	Personalamt	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	1.285	1.326	1.367
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	1.361	1.415	1.471
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
			- A	- A		54+	110+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
333	733	333	-	-	-	-	-	-	1100
			10.000 Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1140
			- Z	- Z	- Z				
333	733	333	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			10.000 Z	- Z	- Z				
	400 +	-		-	-		-	-	+/-
				10.000-Z	10.000-Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014
		16	17	18
1100	Senat	10.409	822	437
1140	Personalamt	1.285	1.326	1.367
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	11.694	2.148	1.804
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		9.546-	9.890-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
1100	Senat	22.291	22.153	22.268	7.481	6.931	6.966
		-	-	-	640	660	660
1140	Personalamt	38.040	36.734	34.799	3.324	3.195	3.086
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	60.331	58.887	57.067	10.805	10.126	10.052
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1.444-	3.264-		679-	753-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	640	660	660
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		20+	20 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
6.224	8.743	4.243	-	-	-	1100
5.695	1.907	1.907	-	-	-	
31.043	30.987	31.653	-	-	-	1140
-	-	-	-	-	-	
37.267	39.730	35.896	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	2.463 +	1.371-		-	-	+/-
				- H	- H	
5.695	1.907	1.907	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	3.788-	3.788-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		13	14	15	16	17	18
1100	Senat	1.620	523	609	37.616	38.350	34.086
		-	-	-	6.335	2.567	2.567
1140	Personalamt	534	460	460	72.941	71.376	69.998
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	2.154	983	1.069	110.557	109.726	104.084
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1.171-	1.085-		831-	6.473-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	6.335	2.567	2.567
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		3.768-	3.768-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
995	95	95	38.611	38.445	34.181	1100
1.000	-	-	7.335	2.567	2.567	
142	142	142	73.083	71.518	70.140	1140
-	-	-	-	-	-	
156 B	146 B	146 B	111.694	109.963	104.321	Ges. Aus.
981	91	91				
	10-B	10-B		1.731-	7.373-	+/-
	890--	890--				
- B	- B	- B	7.335	2.567	2.567	Ges. VE
1.000	-	-				
	- B	- B		4.768-	4.768-	+/-
	1.000--	1.000--				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

1100	Senat				
(011)	-----				
	EINNAHMEN				
112.01	Geldbußen sowie Kosten aus den Verfahren	0 0	0	-	-
119.61	Sonstige Einnahmen der Vertretung Hamburgs beim Bund	75 70	13	13	13
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.539.61.				
119.62 (013)	Einnahmen der Staatlichen Pressestelle	6 5	5	3	3
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.531.62.				
119.71 (012)	Kostenbeteiligungen	14 2	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.527.71 01.1.1100.529.01.				
119.91	Ablieferung des Landesbetriebes Rathaus-Service an den Haushalt	0 52	52	67	82
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	0 0	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	3 4	0	-	-
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	36 20	6	6	6
161.01	Zinsen aus nicht verbrauchten Zuschüssen	0 0	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
231.01	Ersatzleistungen des Bundes für die Durchführung von Veranstaltungen	8 6	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
231.02 (244)	<p>Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.543.02.</p> <p>Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe</p> <p>Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.534.02.</p>	84 84	83	83	83

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
231.04	Zuschuss des Bundes zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.684.04.	0 0	0	400	-
231.05	Zuschuss des Bundes für Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.02	0 0	0	-	-
232.03	Einnahmen für Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung innerhalb Norddeutschlands Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.545.03.	0 0	0	-	-
271.01	Erstattungen der EU für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.05	14 110	0	-	-
281.01	Anteile des Unternehmensbereichs sowie des steuer- pflichtigen Hoheitsbereichs der FHH (Vertretung Hamburgs beim Bund) an der Umsatzsteuer Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61. Vorab dürfen Umsatzsteuerzahlungen von den Ein- nahmen abgesetzt und an den Titel 09.2.9890.281.01 übertragen werden	0 65	0	-	-
281.61	Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61.	414 452	250	250	250
282.04	Beiträge Dritter für Maßnahmen zur Medienstandortförderung (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.546.91	0 0	0	-	-
286.01	Sonstige Einnahmen für Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.547.02	0 0	0	-	-
341.01 (182)	Spenden zur Realisierung der Elbphilharmonie (Weggefallener Ansatz)	0 0	10.000		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
341.02 (182)	Erstattung von Planungsvorleistungen im Zusammenhang mit der Realisierung der Elbphilharmonie (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		10.409	822	437
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.983 14.142 508 R	13.124	12.735	12.728
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	59- 35-	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	43 37	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	8.310 8.751	7.804	7.976	8.075
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1100 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR- Bereich des Kapitels	0 0	0	-	-
525.91 (012)	Aus- und Fortbildung Übertragbar	14 12 71 R	27	16	16
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	15 14	14	15	15
529.01	Verfüungsmittel des Senats Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.529.01 01.1.1100.543.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.71.	256 167 261 R	200	180	180
529.02	Verfüungsmittel des Präsidenten des Senats Übertragbar	7 3 6 R	13	13	13

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
529.03	<p>Zentrale Verfügungsmittel für Soforthilfen in besonderen Situationen</p> <p>Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Mittel bis zur Höhe von 3,5 Mio. Euro dürfen von 9890.971.03 übertragen werden.</p>	<p>0 0 50 R</p>	<p>0</p>	<p>-</p>	<p>-</p>

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
534.02 (244)	Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe Übertragbar GB 2013 83 GB 2014 83 Zuwendungsanteil 95% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.02.	338 115 136 R	166	166	166
534.03	Förderung der Erinnerungskultur Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	213 244 12 R	200 150 VE	200 150 VE	200 150 VE
535.56	IT-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.671.56.	115 106 6 R	143	130	65
543.02	Veranstaltungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.529.01 01.1.1100.543.02 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.01.	718 693 402 R	626	579	579
545.03	Fördermaßnahmen innerhalb Norddeutschlands einschließlich überregionaler Partnerschaften mit norddeutschem Bezug Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.232.03.	3 0 35 R	35	5	5
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.282.91	0 0	0	-	-
547.01	Städtepartnerschaften Übertragbar Zuwendungsanteil 45% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	397 531 164 R	450 200 VE	445 200 VE	445 200 VE
547.02	Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit Übertragbar	227 147 50 R	155 80 VE	150 75 VE	150 75 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
	Zuwendungsanteil 05%				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.05 01.1.1100.286.01. Die Grundbewilligung entspricht dem ausgewiesenen Ansatz.				
547.03	Maßnahmen der Ostseekooperation	280 82 156 R	130 100 VE	120 60 VE	120 60 VE
	Übertragbar Zuwendungsanteil 10%				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .				
547.05	Aufwendungen für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum	23 109 50 R	35		
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.271.01.				
632.01	Europapolitische Interessenvertretung	488 498 67 R	473 200 VE	473 200 VE	473 200 VE
	Übertragbar Zuwendungsanteil 18%				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .				
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	176 176	176	190	190
	Übertragbar				
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der ESARI-Dienstleistungen von Dataport	93 0	0		
	Übertragbar				
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	104 0	0		
	Übertragbar				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	316 580	568	540	540
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.535.56.				
681.02	Ehrenrenten und dgl.	7 12 1 R	13	13	13
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
683.02	Maßnahmen zur Medienstandortförderung Übertragbar Zuwendungsanteil 70% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.686.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01 .	308 348 473 R	340 600 VE	562 562 VE	562 562 VE
684.01 (249)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	15 15	15	15	15
684.03 (249)	Zuschüsse für laufende Zwecke der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	107 97	97	97	97
684.04	Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentags 2013 in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.04.	0 0	3.000 4.500 VE	4.500	-
684.06 (199)	Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der Jüdischen Gemeinde Hamburg Übertragbar	908 875 5 R	880	880	880
685.01	Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 90% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.686.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01 .	193 165 34 R	195 195 VE	995 995 VE	995 995 VE
685.03	Kostenbeitrag der FHH für gemeins. Sekretariate der EU-Programme INTERREG IV B und IV C zur trans- nationalen und internationalen Zusammenarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	88 88 55 R	120	120	120
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	368 6 1 R	7	23	23

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
686.01	Medieninitiative Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 50% Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.683.02 01.1.1100.685.01.	0 0	0	-	-
686.03 (023)	Förderung von Maßnahmen der Entwicklungspolitik Übertragbar Zuwendungsanteil 85% Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.6.1631.684.18. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Titelgruppe(n) -----	436 354 42 R	340 200 VE	335 150 VE	335 150 VE
Z61	Betriebskonto Vertretung der FHH beim Bund -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	322 275 221 R	349	370	376
427.61	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	0 0	0	-	-
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	852 858	811	858	871
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	92 83 90 R	105	111	113
438.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	81 77	73	78	79
441.61 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	13 11 13 R	15	15	16
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	9 14 2 R	14	14	14

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	260 224 6 R	266 110 VE	266 175 VE	266 175 VE
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	80 91 50 R	110	110	110
539.61	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1100.119.61.	204 206 7 R	152	147	147
547.61	Veranstaltungskosten Übertragbar GB 2013 119 GB 2014 119 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.281.01 01.1.1100.281.61. Summen für Z61	538 780 16 R 2.618 405 R	375	369	369
Z62	Betriebskonto Staatliche Pressestelle -----				
427.62 (013)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	5 3 15 R	10	10	10
531.62 (013)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 01% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.62.	76 33 124 R	86	79	79
539.62 (013)	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Summen für Z62	228 136 61 R 173 199 R	145	137	137
Z71	Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab -----				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
511.71	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	413 449 508 R	532	360	360
	Übertragbar				
514.71	Haltung von Dienstfahrzeugen	34 28 8 R	36	36	36
	Übertragbar				
517.71	Bewirtschaftung der Grundstücke (Rathaus-Service)	959 1.029	964	964	964
	Übertragbar				
518.71	Mieten und Pachten (Rathaus-Service)	566 673 38 R	570	570	570
	Übertragbar				
519.71	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Rathaus-Service)	736 481 345 R	626	350	450
	Übertragbar				
526.71	Sachverständigen-, Gerichts- und andere Kosten	38 84 10 R	46	46	46
	Übertragbar				
527.71	Dienstreisen	184 171 42 R	224	208	208
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.71.				
532.71	KFZ-Steuern	0 1	1	1	1
	Übertragbar				
539.71	Vermischte Verwaltungsausgaben	11 9 40 R	10	10	10
	Übertragbar				
543.71	Ausgaben für Dienstleistungen (Rathaus-Service)	1.192 1.166 112 R	1.130	1.245	1.245
	Übertragbar				
546.71	Umzugskosten Staatsamt und Planungsstab	0 0	0		
	Summen für Z71	4.091 1.102 R	4.139	3.790	3.890
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	39 18 298 R	100	50	50
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
791.01	Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 4.253 R	0		
812.01	Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.812.01 01.1.1100.821.01 .	45 53 193 R	95	45	45
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.812.56.	5 12	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IT-Technik in der Senatskanzlei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.812.54.	131 268 10 R	0	-	-
812.61	Erwerb von Ausstattungsgegenständen und sonstigen beweglichen Sachen Übertragbar	0 5	0	-	-
821.01	Erstattung an den Grundstock für Grunderwerb Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.812.01 01.1.1100.821.01 .	0 0 600 R	0		
892.01	Maßnahmen zur Förderung von IT, Telekommunikation und Multimedia am Standort Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	886 808 389 R	800 1.000 VE		
971.01	Zuweisungen für EU-Komplementärmittel Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
971.03	Innovationsfonds Hamburg Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.03 01.1.1100.971.05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 4.369 R	1.620	800	775

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1100 -----					
971.05	Integrationsfonds Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.03 01.1.1100.971.05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 243 R	0		
972.01	Globale Minderausgabe aus Bewirtschaftung Kapitel 1100, Einzelplan 1.1	0 0	0	277-	166-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		38.611 7.335 VE	38.445 2.567 VE	34.181 2.567 VE
1140	Personalamt ----- (012)				
	EINNAHMEN				
119.04	Erstattung für zusätzliche Leistungen im Bereich Personalmanagement Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.461.01 01.1.1140.525.09 01.1.1140.971.01.	67 24	0	10	10
119.09	Erstattungen der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 und der § 26 Abs. 1 LHO-Betriebe für zentrale medizinische Dienstleistungen des PÄD Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.65.	0 0	0	10	10
119.10	Erstattungen der Anstalten für zentrale medizinische Dienstleistungen des AMD Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.461.01.	847 967	790	681	718
119.11	Erstattungen der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und der § 26 Abs. 1 LHO-Betriebe für zentrale medizinische Dienstleistungen des AMD	248 254	270	400	400
119.12	Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbil- dung für Intendanzleistungen des Personalamtes	208 208	208	208	208
119.56	Einnahmen im Zusammenhang mit Informationstechnik Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.535.56.	0 0	0	-	-
119.61	Erstattung von Verwaltungsgebühren und Verfahrenskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1140.526.61.	18 15	16	16	16

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
119.66	Einnahmen für zusätzliche Leistungen und Vorleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.66.	21 28	0	-	-
119.92	Schadenersatzleistungen	0 0	0		
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	2 4	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	346 26	1	1	5
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.61 01.1.1140.514.61 01.1.1140.517.61 01.1.1140.518.61 01.1.1140.519.61.	7 146	0	-	-
129.72	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit im Zusammenhang mit den Aufgaben der Dienststelle PersonalService Integration (PSI) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.428.72.	206 76	0	-	-
281.01	Anteile der Unternehmensbereiche sowie der steuerpflichtigen Hoheitsbereiche der FHH an der Umsatzsteuer Übertragbar Umsatzsteuerzahlungen dürfen von der Einnahme abgesetzt und an den Titel 9890.281.01 übertragen werden.	9 9-	0	-	-
282.02	Erstattung von Personalkosten durch Dritte	1.040 0	0	-	-
282.91 (011)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1140.546.91	2 0	0	-	-
342.01	Einnahmen zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.812.02.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.285	1.326	1.367
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	14.162 14.819 523 R	12.471	12.992	12.934
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	30- 444	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	19 11	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	602- 676-	1.261	1.186	1.568
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	9 1	10	5	5
422.01 (011)	Jubiläumswendungen (Portugaleser)	62 54	52	52	52
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1140	0 0	0	-	-
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1140.119.10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
461.02	Sonderbudget Unterbringung von Schwerbehinderten	0 0 565 R	4.041	4.000	4.000
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
461.03	Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
461.04	Sonderbudget PIA / Mobilitätsförderung	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140					

	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
525.02	Kosten der Ausbildung des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes	91 50 69 R	75	50	50
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 .				
525.09	Personalmanagement (Konzeption und Umsetzung)	104 97 82 R	44	74	74
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 65	65	66	66
535.56	IT-Betriebskosten inklusive Fortbildung der Administratoren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.56.	94 75	162	162	81
539.01	Kosten der Personalgewinnung und des Personalmarketings Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 01.1.1140.539.01 .	16 13 97 R	28	15	15
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.282.91	2 0	0	-	-
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	2.938 4.580	3.921	3.825	3.763
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	108 0	0		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	40 0	0		
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.535.56.	221 728	541	643	643
682.01	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9710.281.01. Die Höhe ist begrenzt auf einen Betrag von bis zu 420.000 Euro in 2013 und 350.000 Euro in 2014.	11.839 11.091 200 R	10.892	11.302	11.722

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
682.03	Erstattung für sonstige Leistungen des Zentrums für Personaldienste	782 105 452 R	0	-	-
	Übertragbar				
682.04	Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers im Wirtschaftsplan des Zentrums für Personaldienste	2.576 3.034	0	-	-
	Übertragbar				
682.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste (IT-Ausgaben)	4.999 5.603	4.815	4.836	4.836
	Übertragbar				
685.01	Beiträge für gemeinschaftsfinanzierte Einrichtun- gen	154 158 3 R	157	160	160
	Übertragbar				
685.02	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	4.542 4.650	4.466	4.743	5.371
	Übertragbar				
685.03	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung für sonstige Personalkostenerstattungen	0 220 161 R	0	-	-
	Übertragbar				
685.04	Nachwuchskräftebudget an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 5.218	4.790	3.860	4.151
	Übertragbar				
685.05	Betriebszuschuss Ausbildungsoffensive an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 714	653	259	
	Übertragbar				
685.06	Betriebszuschuss Beschäftigungspool (Ausbildungsoffensive) an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 0	200	680	328
	Übertragbar				
685.56	Betriebszuschuss für IT-Ausgaben des Zentrums für Aus- und Fortbildung	142 413	283	354	354
	Übertragbar				
685.91	Mitgliedsbeiträge	306 250 64 R	325	325	325
	Übertragbar				
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Betriebskonto für Dienst- und Tarifrecht, Service und Steuerung sowie Personalmanagement				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	138 133 47 R	217	176	166

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	1 0 5 R	2	1	1
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	213 317	167	213	213
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	1.037 962	904	1.020	1.020
519.61	Bauunterhaltung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	11 13 10 R	30	25	25
525.61	Aus- und Fortbildung Übertragbar	2 8 44 R	31	31	31
526.61	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten Übertragbar GB 2013 43 GB 2014 59 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.61.	46 77 1 R	44	59	59
527.61	Dienstreisen Übertragbar	18 17 2 R	18	18	18
535.61	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebs Rathaus-Service Übertragbar	0 6 8 R	21	18	18
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	3- 7	5	5	5
	Summen für Z61	1.540 116 R	1.439	1.566	1.556
Z65	Betriebskonto des Personalärztlichen Dienstes -----				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
511.65	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	30 28 64 R	37	31	31
517.65	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	51 51 30 R	58	58	58
518.65	Mieten und Pachten Übertragbar	153 153 21 R	161	161	161
519.65	Bauunterhaltung Übertragbar	4 3 65 R	6	6	6
525.65	Aus- und Fortbildung Übertragbar	6 2 4 R	3	4	4
527.65	Dienstreisen Übertragbar	0 0 2 R	2	1	1
535.65	Erstattungen für Leistungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Übertragbar	23 21 9 R	25	25	25
539.65	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	0 0 22 R	2	1	1
541.65	Sachmittelbedarfe des Personalärztlichen Dienstes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1140.119.09. Summen für Z65	112 72 32 R 332 249 R	47	50	50
Z66	Betriebskonto des Arbeitsmedizinischen Dienstes -----				
511.66	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	32 27 146 R	50	30	28
514.66	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	2 2 24 R	3	3	3

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
517.66	Bewirtschaftung der Grundstücke	81 85 51 R	80	80	80
	Übertragbar				
518.66	Mieten und Pachten	282 282 5 R	270	269	282
	Übertragbar				
519.66	Bauunterhaltung	6 4 50 R	12	10	10
	Übertragbar				
525.66	Aus- und Fortbildung	15 23 23 R	15	18	6
	Übertragbar				
527.66	Dienstreisen	1 2 5 R	2	2	2
	Übertragbar				
535.66	Erstattungen für Leistungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit	41 39 15 R	38	40	41
	Übertragbar				
539.66	Vermischte Verwaltungsausgaben	12 7 31 R	6	7	5
	Übertragbar				
541.66	Sachmittelbedarf des Arbeitsmedizinischen Dienstes	50 48 175 R	34	66	50
	Übertragbar				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.66.				
	Summen für Z66	518 525 R	510	525	507
Z70	Nachwuchskräfte mittlerer und gehobener Dienst				

422.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	3.251 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
427.70	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben- amtlich und nebenberuflich Tätige	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
428.70	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	1.304 0	0		
432.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	975 0	0		
438.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	116 0	0		
441.70 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	133 0	0		
	Summen für Z70	0	0	0	0
Z71	Nachwuchskräfte (bisheriger) höherer Dienst -----				
422.71	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	1.636 1.645 376 R	1.670	1.378	1.399
427.71	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben- amtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	0 0	0	-	-
428.71	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 1.142 194 R	0	-	-
432.71 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	491 500 258 R	501	414	420
438.71 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 103 19 R	0	-	-
441.71 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen	65 67 41 R	67	56	56

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----	Übertragbar				
	Summen für Z71	3.457 889 R	2.238	1.848	1.875
Z72	Dienststelle PersonalService Integration (PSI) -----				
422.72	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	0 0	0		
	Übertragbar				
428.72	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.817 20.457	15.918	14.678	13.178
	Übertragbar				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.129.72. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.236.04				
432.72 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	0 0	0		
	Übertragbar				
438.72 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.566 1.798	1.432	1.322	1.187
	Übertragbar				
441.72 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen	0 0	0		
	Übertragbar				
525.72	Aus- und Fortbildung	345 93 2.075 R	660	400	400
	Übertragbar				
548.72	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Unterbringung der Asklepios-Rückkehrerinnen und -Rückkehrer	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
	Summen für Z72	22.347 2.075 R	18.010	16.400	14.765
Z73	Beschäftigungspool (bisheriger) höherer Dienst -----				
422.73	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	0 0	180	189	
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
428.73	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	344	364	
	Übertragbar				
432.73	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	0 0	54	57	
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
438.73 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	31	33	
	Übertragbar				
441.73	Kostenanteil an den Beihilfen	0 0	8	8	
	Übertragbar				
	Summen für Z73	0	617	651	0
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	85 4 208 R	56	96	96
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.				
812.02	Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte	4 0 10 R	7	7	7
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.342.01.				
812.04	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	32 0 46 R	19	19	19
	Übertragbar				
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	7 13 71 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.812.56.				
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik im Personalamt	78 176	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.812.54.				
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD	0 40	40	-	-
	Übertragbar				
891.02	Investitionszuschuss an Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
891.03	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Personaldienste für das Projekt ePers	0 200	0	-	-
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1140 -----					
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informationstechnik Übertragbar	541 5.033	20	20	20
892.56	Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan ZAF für den Einsatz von Informationstechnik Übertragbar	0 0	0	-	-
971.01	Mobilitätsförderung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.1.1140.119.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	103 0 1.312 R	500	450	450
971.02	Erstattungen zur Förderung der Europakompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FHH Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 33 R	34	10	10
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		73.083	71.518	70.140

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.735	2.315	4.497
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.992	---	4.443
	Summe Gesamtansatz 2013	25.727	2.315	8.940
	Summe Vergleichszahl 2012	25.595	2.205	8.324
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	28.961	2.359	10.811
	Summe Rest 2011	1.032 R	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1100	15	4.016	1.350	362	180
1140	---	6.456	1.333	582	178
	15	10.472	2.683	944	358
	15	11.211	2.499	1.010	331
	3	11.148	3.239	972	429
	32 R	723 R	---	277 R	---

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

01.1 Senat und Personalamt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.728	2.350	4.564
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.934	---	4.510
	Summe Gesamtansatz 2014	25.662	2.350	9.074
	Summe Vergleichszahl 2013	25.727	2.315	8.940
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	28.961	2.359	10.811
	Summe Rest 2011	1.032 R	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
1100	15	3.895	1.370	351	183
1140	---	6.321	1.353	569	181
	15	10.216	2.723	920	364
	15	10.472	2.683	944	358
	3	11.148	3.239	972	429
	32 R	723 R	---	277 R	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.1 Senat und Personalamt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.976	3.553	3.384
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.186	---	895
	Summe Gesamtansatz 2013	9.162	3.553	4.279
	Summe Vergleichszahl 2012	9.065	3.300	4.431
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	8.075	4.140	3.322
	Summe Rest 2011	---	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1100	342	697
1140	501-	792
	159-	1.489
	149-	1.483
	925-	1.538
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.1 Senat und Personalamt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.075	3.606	3.423
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.568	---	940
	Summe Gesamtansatz 2014	9.643	3.606	4.363
	Summe Vergleichszahl 2013	9.162	3.553	4.279
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	8.075	4.140	3.322
	Summe Rest 2011	---	---	---

01.1 Senat und Personalamt

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
1100	335	711
1140	171-	799
	164	1.510
	159-	1.489
	925-	1.538
	---	---

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2013/2014

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 1.1

Senat und Personalamt

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
-----------------------	------------------------------

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					3,50	Anzahl der kw-Stellen
					20,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamteninnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1100	Senat	2013/14	106,50			76,75	2,00	183,25
		2012	95,50			76,75	2,00	172,25
1140	Personalamt	2013/14	159,25	0,00	402,00	169,70	149,00	328,95
		2012	159,75	6,00	402,00	150,95	149,00	316,70
1147	PS Integration	2013/14				443,61		443,61
		2012				670,83		670,83
	gesamt:	2013/14	265,75	0,00	402,00	690,06	151,00	955,81
		2012	255,25	6,00	402,00	898,53	151,00	1.159,78

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/14.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 1.1

Senat und Personalamt

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2012	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2012				Stellenplan 2013/ 14	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2013/ 14	
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.1	1100 Senat	172,25	-1,00	12,00	-2,00	4,40	-2,40	183,25	11,00
	1140 Personalamt	316,70	-11,00	0,50		62,35	-39,60	328,95	12,25
	1147 PS Integration	670,83				4,00	-231,22	443,61	-227,22
	Summe:	1159,78	-12,00	+12,50	-2,00	+70,75	-273,22	955,81	-203,97

Einzelplan	1.1	Senat und Personalamt
Kapitel	1100	Senat

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					0,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Die Inhaber folgender Stellen erhalten Aufwandsentschädigungen:
15 Staatsrätin / Staatsrat

B 10 230,08 EUR mtl.

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Senatorinnen/ Senatoren					
Einzelbezüge	11,00	10,00	1)	10,00	Die Senatorinnen/ Senatoren erhalten Amtsbezüge und eine Aufwandsentschädigung nach dem Senatsgesetz.
Summe:	11,00			10,00	

Einzelbezüge Senatorin/ Senator (11,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 10	15,00			14,00	
B 6	3,00			3,00	
B 4	1,00			1,00	
B 3	2,00			3,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	9,00			9,00	
A 15	13,00			10,00	
A 14	15,50			11,50	
A 13	11,00	0,50	2)	11,00	kw: 0,50 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projekts Föderalismusreform II (MBO)
		1,00	3)		
A 13	6,00			6,00	
A 12	5,00			3,00	
A 11	7,00			6,00	
A 10	5,00			5,00	
A 9	1,00	1,00	4)	1,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach EntgGr. E 9

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1100	Senat

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Einzelbezüge		1,00							1,00	§ 1 Senatsgesetz
Summe Senatorinnen/ Senatoren	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
B 10		1,00							1,00	Regierungsneubildung
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Versetzung mit Stelle zur BSU - Übertragung der Tätigkeit hauptamtlicher Vorstand der Stiftung Lebensraum
A 15					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 3760; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei
A 14					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 3760; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 3760; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Wechselnde Zuständigkeit Betreuung INTERREG Projekte von der BSU zur SK
A 13							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 3700; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Wechselnde Zuständigkeit Betreuung INTERREG Projekte von der BSU zur SK
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 3760; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 14	1,00	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)
A 13	1,00	Regierungsrätin/ Regierungsrat	Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1100	Senat

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 6	1,00	1,00	5)	1,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach BesGr. E 8
Summe:	95,50			85,50	

- B 10 Staatsrätin/ Staatsrat (15,00)
 B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (3,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (9,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (13,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (15,50), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (11,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (7,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	3,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	4,00			3,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 14	3,00			2,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	1,00	0,00	11,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	10,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	2,00	-1,00	11,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	10,00	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100

Senat und Personalamt
Senat

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00	1,00 1,00	6) 8)	1,00	<i>Vermerk weggefallen Entgelt in Höhe der BesGr. B3</i>
E 15 ü	2,00			2,00	
E 15	3,00			3,00	
E 14	3,75			4,75	
E 13 ü	1,00			0,00	
E 13	2,50			2,50	
E 12	2,00			2,00	
E 11	13,00			12,00	
E 10	4,00			4,00	
E 9	9,50			9,50	
E 8	16,00	1,00	7)	16,00	ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle
E 6	7,00			7,00	
E 5	6,00			6,00	
E 4	5,00			5,00	
E 3	0,00			1,00	
E 2	1,00			1,00	
Summe:	76,75			76,75	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	183,25			172,25	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1100	Senat

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD	-1,00								-1,00	Vollzug des KW-Vermerkes
SAV hD		1,00							1,00	Für den Leiter des Amtes Medien
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3000; Rückverlagerung Stelle Assistenz BgmII
E 13 ü						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 3760; Verlagerung des Aufgabenbereiches Medien in die Senatskanzlei
E 3			-1,00						-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-1,00	1,00	-1,00	1,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,40	-0,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	-1,00	1,40	-1,40	1,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	4,40	-2,40	12,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	11,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
SAV hD	6) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. SAV hD nach Freiwerden der Stelle
SAV hD	8) 1,00 Entgelt in Höhe der BesGr. B3	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					3,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					20,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	4,00	1,00	1)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	9,00	1,00	2)	9,00	ku: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor nach BesGr. A 14
A 14	25,00	1,00	3)	23,00	Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle
A 13	34,00	2,00	4)	38,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		6,00	5)		Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		4,00	6)		ku: 6,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13
A 13	10,00	1,00	8)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	36,00	2,00	19)	34,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes Neues Haushaltswesen
A 11	17,50			16,00	ku: 2,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Freiwerden der Stelle
A 10	2,75			2,75	
A 9	1,00	1,00	9)	2,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach EntgGr. E 9
A 9	14,00	10,00	10)	14,00	Für Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg vom mittleren in den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst aus besonders belasteten Behörden
A 8	1,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	159,25			159,75	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
- A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (0,00)
- A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (20,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (34,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (36,00)

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						-1,00			-1,00	Vermerkvollzug
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14						1,00			1,00	Vermerkvollzug
A 13	-3,00								-3,00	Beendigung der Maßnahme
A 13	-1,00								-1,00	Beendigung der Aufgabe
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 24 Haushaltsbeschluss
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 9			-1,00						-1,00	Controlling
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-4,00	2,00	-1,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-4,00	2,00	-1,00	0,50	0,00	2,00	0,00	0,00	-0,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 16	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle kw: 4,00 BesGr. A 13 Regierungsärztin/ Regierungsrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
A 13	6) weggefallen	
A 12	19) kw: 2,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Freiwerden der Stelle	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 15	1,00	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

I. Stellenbestand

- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (17,50)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,75)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (14,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	3,00			3,00	
A 13	3,00			3,00	
A 12	3,00			4,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	2,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
Summe:	18,00			18,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (3,00)
- A 12 Amträtin/ Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	0,00			6,00	
Summe:	0,00			6,00	

- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	22,00	6,00	11)	22,00	kw: 6,00 BesGr. Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
Nachwuchs gD	265,00			265,00	
Nachwuchs mD	115,00			115,00	
Summe:	402,00			402,00	

- Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (22,00)
- Nachwuchs gD Regierungsinspektor-Anwärterin/ Regierungsinspektor-Anwärter (265,00)
- Nachwuchs mD Regierungssekretär-Anwärterin/ Regierungssekretär-Anwärter (115,00)

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	1,00				1,00	Nr. 5	
A 14	1,00				1,00	Nr. 5	
A 14	1,00				1,00	Nr. 1	
A 13	1,00				1,00	Nr. 7	
A 13	2,00				2,00	Nr. 6	
A 13	2,00				2,00	Nr. 5	
A 13	1,00				1,00	Nr. 7	
A 12	2,00				3,00	Nr. 5	
A 12	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	2,00				2,00	Nr. 5	
A 10	2,00				1,00	Nr. 7	
A 9	2,00				2,00	Nr. 6	
gesamt:	18,00				18,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13			-6,00						-6,00	Stellenplandrucksache für Stellenplananträge 2011/2012
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>		0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	
Nachwuchs gD		6,00							6,00	Übergreifendes Schuljahr
Nachwuchs gD			-6,00						-6,00	Übergreifendes Schuljahr
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>		0,00	6,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			1,00	
E 15	23,00			23,00	
E 14	7,88	2,00	12)	6,65	kw: 2,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
		1,00	13)		kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 13	20,00	1,00	14)	27,00	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum
		10,00	15)		kw: 10,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
		4,00	16)		kw: 4,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 12	2,00			1,00	
E 11	11,00	1,00	17)	9,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 10	1,00			1,00	
E 9	27,78			6,00	
E 9	9,00			0,00	
E 8	7,00			23,78	
E 6	21,00	1,00	18)	18,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum
E 5	38,54			31,02	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14		1,00							1,00	Justitiariat des Personalamtes
E 13	-5,00								-5,00	nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 13	-2,00								-2,00	Beendigung der Aufgabe
E 13		1,00							1,00	Statusrecht der Beamten
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12		1,00							1,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Für den Bereich Steuerungsunterstützung
E 11							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
E 11		1,00							1,00	Kostenangelegenheiten
E 10								-1,00	-1,00	Neubewertung der Stelle
E 10		1,00							1,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9			-1,00						-1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9		5,00							5,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9		1,00							1,00	Personalmanagement und Marketing
E 9			-2,00						-2,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9		1,00							1,00	Arbeitsmedizinischer Service Beh. f. Inneres
E 9			-1,00						-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 9		28,00							28,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9			-18,00						-18,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9			-1,00						-1,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9			-1,00						-1,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 9		1,00							1,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 8		7,00							7,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 8		1,00							1,00	Personalsachbearbeitung
E 8			-5,00						-5,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 6		5,00							5,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 6			-2,00						-2,00	Beendigung der Rückführung Beschäftigter der City-BKK
E 5		4,00							4,00	Rückführung Beschäftigter der City-BKK

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 14	13)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	kw: 1,00 EntgGr. E 14 Intern befristet bis 31.10.2012 (Experte)
E 13	15)	kw: 10,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	kw: 15,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum
E 13	16)	kw: 4,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum	kw: 6,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Personalamt
Personalamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	0,00			3,00	
E 2	0,50			0,50	
Summe:	169,70			150,95	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	141,00			141,00	
Nachwuchs mD	8,00			8,00	
Summe:	149,00			149,00	
Summe (ohne *) insgesamt	328,95			316,70	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00	59,00	-31,00			-2,00			19,00	
E 5			-1,00						-1,00	Beendigung der Rückführung Bechäftigter der City-BKK
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-7,00	59,00	-32,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	18,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	1,35	-0,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,75	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-7,00	60,35	-32,60	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	18,75	
Summe (ohne *) insgesamt	-11,00	62,35	-39,60	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	12,25	

Einzelplan 1.1	Senat und Personalamt
Kapitel 1147	Personalservice Integration

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

Einzelplan 1.1 Kapitel 1147	Senat und Personalamt Personalservice Integration
--	--

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Einzelplan 1.1
Kapitel 1147

Senat und Personalamt
Personalservice Integration

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	6,00			8,00	
E 15	5,00			8,00	
E 14	33,70			43,20	
E 13	2,00			3,54	
E 12	4,00			8,77	
E 11	5,67			8,67	
E 10	5,50			5,99	
E 9	89,12			144,67	
E 9	5,00			8,00	
E 8	138,26			212,57	
E 7	3,00			3,00	
E 6	51,68			67,43	
E 5	20,27			28,28	
E 4	17,00			29,00	
E 3	52,77			85,07	
E 2 ü	4,64			5,64	
E 2	0,00			1,00	
Summe:	443,61			670,83	
Summe (ohne *) insgesamt	443,61			670,83	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü			-2,00						-2,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 15			-3,00						-3,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 14			-9,50						-9,50	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 13			-1,54						-1,54	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 12			-3,77						-3,77	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 12			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 11			-3,00						-3,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 9			-55,55						-55,55	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 9			-3,00						-3,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 8		1,00	-75,31						-75,31	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 8		1,00							1,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 6			-16,75						-16,75	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 6		1,00							1,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 5			-10,01						-10,01	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 5		1,00							1,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigte
E 5		1,00							1,00	Integration rückkehrberechtigter Beschäftigter
E 4			-12,00						-12,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			-29,30						-29,30	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 3			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 2 ü			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
E 2			-1,00						-1,00	Beendigung der Integrationsmaßnahme
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	4,00	-230,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-226,73	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,49	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	4,00	-231,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-227,22	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	4,00	-231,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-227,22	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Rathaus-Service (§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

1100.632.91	Zuweisung für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
1100.119.91	Ablieferung an den Haushalt

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.1
Landesbetrieb Rathaus-Service

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
- in Tsd. EUR -					
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
4010 Bauunterhaltung	964	545	895	544	584
4015 Bewirtschaftung	927	1.039	1.159	1.173	1.173
4020 Dienstleistungen Interner-Service	841	881	879	881	881
4021 BGA Druck/Interner Service	2	0			
4025 Dienstreisen	42	51	48	51	51
4030 Veranstaltungstechnik	120	107	129	107	107
4031 Veranstaltungstechnik BGA	21	21	28	21	21
4035 Facility Management Personal	434	400	424	400	415
4036 VA-Technik Perso. BGA	6	4	6	4	4
4040 Veranstaltungsservice	650	612	653	612	612
4041 VA-Service BGA	99	156	126	156	156
4045 Veranstaltungsservice Personal	1.033	988	976	988	988
4046 VA-Service Perso. BGA	43	45	57	45	45
4050 Trauungen	2	4	2	4	4
4060 Führungen	188	212	177	212	212
4135 Handwerkerleistungen RS	1	1	1	1	1
4140 Geschäftsbedarf	150	257	225	260	260
4160 Dataport	97	3	95		
Summe 1.	5.620	5.326	5.880	5.459	5.514
2. Sonstige betriebliche Erträge					
7410 Periodenfr. Erträge	0				
7400 Aufl. Rückstellungen	0				
Summe 2.	0	0	0	0	0
3. Außerordentliche Erträge					
4830 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	29	91	51	52	52
4831 Gewährleistung der ATZ-Zusagen durch die FHH		5	26	26	26
7400 Außerordentlicher Ertrag		0			
7600 Körperschaftsteuer (Erstattung)		4			
7608 Solidaritätszuschlag (Erstattung)		0			
Summe 3.	29	100	77	78	78
4. Bestandsveränderung fertige/unfertige Erzeugnisse					
4800 Bestandsveränderung Weinlager	11				
Summe 4.	11				
5. Zinsen und ähnliche Erträge					
7100 Zinsen	5	6	9	6	6
Summe 5.	5	6	9	6	6
<u>Gesamterträge</u>	5.665	5.432	5.966	5.543	5.598

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
- in Tsd. EUR -					
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
5900 Fremdleistungen	174	156	150	156	156
5915 BGA Führungen	164	186	155	186	186
5920 Techniker	45	43	46	43	43
5925 Techniker BGA	2	2	3	2	2
5930 Servicekräfte	192	223	171	223	223
5935 Servicekräfte BGA	28	54	49	54	54
Summe 1.	605	664	574	664	664
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
6010 Arbeitnehmervergütungen	1.414	1.405	1.645	1.434	1.434
6020 Beamtenbezüge	88	88	91	90	90
6040 Personal BGA VA/Trauerungen	71	86		89	89
Summe 2.1	1.573	1.579	1.736	1.613	1.613
2.2 Soz. Abg. und Aufw. für Altersvers. und für Unterst.					
6110 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmer	287	298	329	304	304
6050 Versorgungsaufwendungen - Beamte	26	26	24	27	27
6055 Versorgungsaufwendungen - Arbeitnehmer	159	162	151	165	165
6170 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	12	7	10	10	10
6180 Pensionsrückstellung (Zuführung)	29	52	51	52	52
6190 Rückstellung für Altersteilzeit	-104	5	26	26	26
6120 Beiträge zur Landesunfallkasse	0	1	1	1	1
6125 Unfälle Beamte	0				
Summe 2.2	409	551	592	585	585
Summe 2.	1.982	2.130	2.328	2.198	2.198
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen	33	44	42	45	45
Summe 3.	33	44	42	45	45
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
6090 Aus- und Fortbildung	8	3	10	10	10

Anlage 2.1
Landesbetrieb Rathaus-Service

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	- in Tsd. EUR -				
1	2	3	4	5	6
6650 Reisekosten	0		2	2	2
6835 Dienstkleidung	5	13	23	23	23
6840 Reinigung Wäsche	24	12	23	23	23
6841 Reinigung Wäsche BGA	2	3			
Summe 4.1	39	31	58	58	58
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
6310 Heizung/Gas	140	173	183	173	173
6315 Strom	264	334	257	334	334
6320 Wasser/Abwasser	20	30	29	30	30
6325 Müll/Gehwegreinigung	49	50	49	50	50
6330 Reinigung	294	277	271	277	277
6331 Zwischenreinigung/Garderobe/ Abwasch	24	24	27	24	24
6332 Zwischenreinigung BGA	5	6	5	6	6
6335 Bauunterhaltung	963	550	895	544	584
6340 Bewachung	3				
6345 Wartung	103	116	99	116	116
6350 Notrufanlagen	13	8	11	8	8
6355 Mieten Kopierer	67	65	69	65	65
6390 Sonstige Bewirtschaftung	7	6	4	6	6
6810 Leuchtmittel	16	18	13	18	18
6811 Hygieneartikel	13	17	17	17	17
Summe 4.2	1.981	1.674	1.929	1.668	1.708
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
6360 Transporte	9	19	10	19	19
6365 Transporte BGA		0			
6800 Portokosten	115	106	132	106	106
6805 Telefon	159	83	159	83	83
6812 Kleinmaterial RS1	4	2	4	2	2
6815 Geschäftsbedarf	144	214	192	214	214
6816 Geschäftsbedarf BGA	3	5	3	5	5
6820 Zeitschriften, Bücher	1	1	1	1	1
6825 Aufwand für Sachverständige und Gutachter	17	8	31	20	20
6830 Speisen und Getränke in Veranstaltungen	354	302	322	302	302
6836 Speisen/Getränke BGA	56	78	69	78	78
6831 Fahnen und Blumenschmuck	39	35	33	35	35
6837 Fahnen/Blumen BGA	3	3	12	3	3
6833 Technischer Aufwand in Veranstaltungen	64	25	63	25	25
6839 Technik VA BGA	7	14	21	14	14
6834 Wein	22	26	29	29	29
6838 Wein BGA	4	6	5	6	6

Anlage 2.1
Landesbetrieb Rathaus-Service

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	- in Tsd. EUR -				
1	2	3	4	5	6
6845 Instandhaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	5	8	3	8	8
6850 Sonstiger Betriebsbedarf	0	0	0		
6860 Dienstleistungen der FHH für den Rathaus-Service	19	19	20	19	19
6865 Organisationsentwicklung	8	4	1	4	4
6870 Fahrtkosten	2	3	2	3	3
6875 Dienstreisen	37	47	44	47	47
6880 Kontoführung	2	3	2	3	3
6890 Bestandsverminderung Wein		3			
6895 Anlagenabgänge von Sachanlagen			3		
7300 Zinsen	0	0			
Summe 4.3	1.074	1.014	1.189	1.026	1.026
Summe 4.	3.094	2.719	3.146	2.752	2.792
5. Periodenfremder Aufwand					
7510 Periodenfremder Aufwand					
Summe 5.					
6. Außerordentlicher Aufwand					
4831 Gewährl. ATZ-Zusage FHH	104				
7500 Außerordentlicher Aufwand	0	0			
Summe 6.	104	0			
7. Steuern vom Einkommen und Ertrag					
7600 Körperschaftssteuer	19				
7608 Solidarzuschlag	1				
7650 sonstige Steuern (Kapitalertragssteuer)	7				
Summe 7.	27				
<u>Gesamtaufwendungen</u>	5.845	5.557	6.090	5.659	5.699
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-180	-125	-124	-116	-101

Anlage 2.1
Landesbetrieb Rathaus-Service

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	- in Tsd. EUR -				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
0650 Betriebs- und Geschäftsausstattung	47	51	42	52	52
Summe 1.	47	51	42	52	52
2. Sonstiger Finanzbedarf					
2970 Jahresfehlbetrag	180	125	124	116	101
Summe 2.	180	125	124	116	101
<u>Gesamtsumme Fehlbetrag</u>	227	176	166	168	153
II. Deckungsmittel					
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen	33	44	42	45	45
... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	1.101	1.089	1.137	1.095	1.095
2950 Ablieferung an den Haushalt (Titel 1100.119.91)		-52	-52	-67	-82
2920 Zuweisung für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Titel (1100.632.91)	182	190	176	190	190
<u>Summe Deckungsmittel</u>	1.316	1.271	1.303	1.263	1.248
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	1.089	1.095	1.137	1.095	1.095
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>					

**Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen 2013 und 2014 des Landesbetriebes
Rathaus-Service**

A. Erfolgsplan

Einnahmen

1. Umsatzerlöse

- Konto 4010: Erstattung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Durchführung der Bauunterhaltung im Rathaus, dem Gästehaus, der Europapassage und der Schmiedestrasse. Der Ansatz ergibt sich aus der Veranschlagung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Jahre 2013 und 2014.
- Konto 4015: Erstattung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Bewirtschaftungskosten im Rathaus, dem Gästehaus, der Europapassage und der Schmiedestrasse. Der Ansatz ergibt sich aus der Veranschlagung der Senatskanzlei und der Bürgerschaftskanzlei für die Jahre 2013 und 2014.
- Konto 4020: Veranschlagt sind Erträge für die Dienstleistungen des Internen-Service. Hierzu zählen die Poststelle, die Druckerei sowie die Registratur. Außerdem sind Erträge veranschlagt aufgrund diverser Druckaufträge der Fachbehörden. Die Ansätze 2013 und 2014 orientieren sich an dem Ergebnis 2011.
- Konto 4021: Hier werden die Erträge aus Druckaufträgen für Veranstaltungen für FHH-Fremde gebucht. Der Ertrag ist im Ansatz für Konto 4020 enthalten.
- Konto 4025: Der Rathaus-Service organisiert für die Senatskanzlei und das Personalamt Dienstreisen und stellt seine Kosten in Rechnung. Die Ansätze 2013 und 2014 orientieren sich an dem Ergebnis 2011.
- Konto 4030: Veranschlagt sind Erträge für die Bereitstellung von Veranstaltungstechnik. Die Ansätze 2013 und 2014 orientieren sich an dem Ergebnis 2011.
- Konto 4031: Veranschlagt sind Erträge Veranstaltungstechnik für Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze 2013 und 2014 orientieren sich an dem Ergebnis 2011.
- Konto 4035: Erträge für Dienstleistungen der Haustechnik. Hierzu zählen die Ingenieursleistungen im Rahmen der Bauunterhaltung, die Bewirtschaftung, die Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie Sicherheitsaufgaben. Außerdem werden Erträge für Techniker in Veranstaltungen erzielt. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 resultieren aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 4036: Erträge für Techniker in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 4040: Veranschlagt sind Erträge für die Bereitstellung von Speisen, Getränken und Blumenschmuck in Veranstaltungen. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 orientieren sich am Ergebnis 2011.
- Konto 4041: Erträge für die Bereitstellung von Sachleistungen in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 orientieren sich am Ergebnis 2011.
- Konto 4045: Erträge für Dienstleistungen der Ratsdiener in Veranstaltungen. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 4046: Erträge für Dienstleistungen der Ratsdiener in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt. Die Ansätze für das Jahr 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011 .
- Konto 4050: Erträge für die Durchführung von Trauungen im Rathaus durch den Rathaus-Service. Für diese Erträge wird Umsatzsteuer abgeführt.
- Konto 4060: Erträge aus Führungen im Rathaus. Der Ansatz ergibt sich aus dem Ergebnis für 2011. Die Erträge sind von der Veranstaltungsdichte abhängig.

Anlage 2.1

Landesbetrieb Rathaus-Service

- Konto 4135: Dienstleistungen der Haustechnik, die anhand von Stundenzetteln mit der Senats- und Bürgerschaftskanzlei abgerechnet werden.
- Konto 4140: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Beschaffung des Geschäftsbedarfs durch den Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 orientieren sich am Haushaltsplanentwurf der Senatskanzlei für diesen Zeitraum.
- Konto 4160: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Kosten der Firma Dataport. Diese Kosten werden seit Ende 2010 direkt zwischen der Senatskanzlei und der Firma Dataport abgerechnet.

2. sonstige betriebliche Erträge

- Konto 7100: Es handelt sich um die Zinsen für die Guthaben auf den Kasse.Hamburg Konten des Landesbetriebs.

3. Außerordentliche Erträge

- Konto 4830: Es handelt sich um eine werthaltige Forderung gegenüber der FHH. Der Ansatz ergibt sich aus dem Ergebnis 2011. Der Wert wird am Jahresende durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt.
- Konto 4831: Es handelt sich um Rückstellungen für Mitarbeiter/Innen, deren Anträge auf Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell genehmigt wurden.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

1. Aufwendungen für bezogene Leistungen

- Konto 5900: Aufwendungen für Fremdleistungen für den Rathaus-Service. Hier werden nur noch die Aufwendungen für die Dielenhostessen und den Hausmeisterdienst erfasst. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5910: Aufwendungen für Fremdleistungen für den Betrieb gewerblicher Art „Veranstaltungen/Trauungen“. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5915: Aufwendungen für Fremdleistungen für Führungen. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5920: Aufwendungen für Techniker in Veranstaltungen. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5925: Aufwendungen für Techniker in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5930: Aufwendungen für Ratsdiener-Fremdkräfte in Veranstaltungen. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
- Konto 5935: Aufwendungen für Ratsdiener-Fremdkräfte in Veranstaltung von FHH-Fremden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.

2. Personalaufwendungen

- Konto 6010: Aufwendungen für die Angestellten des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011 plus der Tarifsteigerung 2012.
- Konto 6020: Aufwendungen für die Beamten des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6110:	Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Angestellten. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011 plus der Tarifsteigerung 2012.
Konto 6050/6055:	Veranschlagt sind Versorgungsaufwendungen der Beamten und Angestellten. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6170:	Veranschlagt wird für die Beihilfe für 2013 und 2014 der Ansatz 2011.
Konto 6180:	Die Zuführung zu der Pensionsrückstellung ergibt sich aus den Werten für 2011.
Konto 6190:	Die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit ergibt sich aus dem Ergebnis 2011.
Konto 6120:	Versicherungsbeiträge an die Landesunfallkasse für die Beschäftigten des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Konto 6220:	Die Abschreibungen ergeben sich aus dem Ergebnis 2011.
-------------	--

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

4.1 Personalbedingte Aufwendungen

Konto 6090/ 6650:	Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ansatz für 2011.
Konto 6835:	Aufwendungen für die Dienstkleidung der Ratsdiener sowie der Haustechniker.
Konto 6840:	Aufwendungen für die Reinigung der Tischwäsche und der Dienstkleidung.
Konto 6841:	Anteil des Betriebs gewerblicher Art an den Aufwendungen für Dienstkleidung. In Konto 6840 enthalten.

4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

Konto 6310:	Heizkosten für das Rathaus und das Gästehaus des Senats. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6315:	Stromkosten für das Rathaus und die Europapassage. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6320:	Wasser/Abwassergebühren für das Rathaus und das Gästehaus. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6325:	Entsorgung und Gehwegreinigung für das Rathaus, das Gästehaus, die Europapassage und die Schmiedestraße. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6330:	Unterhaltsreinigung für das Rathaus, die Europapassage und die Schmiedestraße. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6331:	Zwischen verschiedenen Veranstaltungen müssen teilweise die Räumlichkeiten gereinigt werden. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6332:	Für oder nach Veranstaltungen von FHH-Fremden müssen die Räumlichkeiten gereinigt werden. Für diese Aufwendungen erhält der Landesbetrieb die Umsatzsteuer erstattet. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6335:	Kosten für die Bauunterhaltung des Rathauses und des Gästehauses des Senats. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.
Konto 6345:	Kosten für die Wartung von technischen Anlagen. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6350:	Kosten für Alarmanlagen u. a. für Aufschaltgebühren. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
Konto 6810:	Kosten für Leuchtmittel. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Anlage 2.1

Landesbetrieb Rathaus-Service

Konto 6811: Kosten für Hygieneartikel. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6390: Sonstige Kosten der Bewirtschaftung des Rathauses, des Gästehauses, der Europassage und der Schmiedestraße. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb

Konto 6360: Transportkosten für Möbel, Fahnen etc.. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6800: Portokosten. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6805: Telefonkosten der Senatskanzlei und des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6815: Geschäftsbedarf der Senatskanzlei und des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6816: Geschäftsbedarfsanteil für Veranstaltungen für FHH-Fremde. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6355: Mietkosten für die Kopierer des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6825: Kosten für Sachverständige/Gutachter/Rechtsanwälte. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ansatz 2011 plus dem Ergebnis 2011 durch zwei.

Konto 6830: Kosten für Speisen und Getränke der Veranstaltungen im Rathaus, dem Gästehaus des Senats, der Europassage und der Schmiedestraße. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6836: Speisen und Getränke in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6831: Kosten für Fahnen und Blumenschmuck in Veranstaltungen im Rathaus und dem Gästehaus des Senats. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6837: Kosten für Fahnen und Blumen in Veranstaltungen für FHH-Fremde. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6833: Kosten für technische Unterstützung bei Veranstaltungen im Rathaus, dem Gästehaus des Senats, der Europassage und der Schmiedestraße. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6839: Kosten für Technik in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6834: Wein in Veranstaltungen. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6838: Wein in Veranstaltungen von FHH-Fremden. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6845: Kosten für die Reparatur technischer Geräte. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6850: Sonstiger Betriebsbedarf. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6860: Kosten für die Dienstleistungen unterschiedlicher Dienststellen der FHH. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

Konto 6865: Kosten für Organisationsentwicklung im Rahmen weiterer struktureller Anpassungen des Rathaus-Service. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.

- Konto 6875: Kosten für die Beschaffung von Reiseunterlagen für die Senatskanzlei, die Bürger-schaftskanzlei, das ZPD, das ZAF, den AMD und das Personalamt. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Ergebnis für 2011.
- Konto 6880: Kosten des Geldverkehrs. Die Ansätze für 2013 und 2014 ergeben sich aus dem Er-gebnis für 2011.
- Konto 6895: Anlagenabgänge Sachanlagen wegen Verschleiß.

A. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

- Konto 0650: Investitionen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Rathaus-Service.

Lagebericht des Landesbetriebes Rathaus-Service

1. Aufgaben und Dienstleistungen des Landesbetriebes

Der Rathaus-Service ist ein Dienstleistungsunternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg. Er wurde durch Senatsbeschluss vom 17. November 2004 und mit Zustimmung der Bürgerschaft zum 01. Januar 2005 als Landesbetrieb gegründet. Mit diesem Lagebericht wird der 7. Jahresabschluss für das Jahr 2011 vorgelegt. Der Landesbetrieb wird nach der Landshaushaltsordnung (LHO) geführt. Die Bilanzierung erfolgt gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und speziellen Verwaltungsvorschriften. Die Prüfung wird durch die Vorprüfstelle der Finanzbehörde vorgenommen.

Der Rathaus-Service erbringt unterschiedliche Dienstleistungen für den Senat, die Senatskanzlei, die Bürgerschaftskanzlei, Fachbehörden und externe Nutzer des Rathauses.

Das Dienstleistungsspektrum des Rathaus-Service umfasst die Bauunterhaltung und Pflege des Rathauses sowie des Gästehauses des Senats. Neben dem Rathaus, dem Gästehaus des Senats werden auch die angemieteten Räume in der Europa-Passage und der Schmiedestraße bewirtschaftet. Für Veranstaltungen stellt der Bereich Facility-Management des Rathaus-Service die Technik im Rathaus, der Europa-Passage und des Gästehauses des Senats zur Verfügung. Zu den Veranstaltungen zählen u. a. Sitzungen von Senat und Bürgerschaft, Senatsempfänge, Staatsbesuche, Konferenzen, Tagungen sowie Ausschusssitzungen.

Das Veranstaltungs-Management ist für die Termin- und Raumkoordination aller Veranstaltungen im Rathaus und Gästehaus des Senats und deren Planung, Vorbereitung, Durchführung sowie Nachbereitung verantwortlich. Hierzu zählt auch der Dielendienst im Rathaus, der Abgeordneten der Bürgerschaft, Gästen und Besuchern des Rathauses Auskünfte erteilt. Außerdem werden von diesem Bereich die Rathausführungen geplant und durchgeführt.

Der Interne Service des Rathaus-Service stellt die Infrastruktur im Rathaus bereit. So wird der Postein- und -ausgang der Senatskanzlei, der Bürgerschaftskanzlei und teilweise des Personalamtes über die Poststelle des Rathaus-Service abgewickelt. Die Druckerei des Rathaus-Service erstellt diverse Druckerzeugnisse unter anderen Drucksachen für den Senat und die Bürgerschaft.

Der Rathaus-Service führt außerdem die zentralen Beschaffungen für die Senatskanzlei durch und ist ebenfalls verantwortlich für die Registratur, die mit einem elektronischen Archivierungssystem (Eldorado) arbeitet.

2. Ziele des Landesbetriebes

Ziel des Landesbetriebes Rathaus-Service ist es, der Senats- und Bürgerschaftskanzlei, den Fachbehörden sowie den sonstigen Kunden ein leistungsstarker Partner zu sein, der seine Dienstleistungen nutzen- und kundenorientiert erbringt. Die zu erbringenden Dienstleistungen wurden gemeinsam mit der Senats- und Bürgerschaftskanzlei festgelegt. Der Landesbetrieb hat durch die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung die Kosten verursachergerecht der Senats- und Bürgerschaftskanzlei zugeordnet. Hierdurch wurde die in der Drucksache beschriebene Kostentransparenz erreicht, die permanent geprüft und weiterentwickelt wird.

3. Verlauf des Geschäftsjahres 2011

Das Wirtschaftsjahr wurde mit dem geplanten Ergebnis abgeschlossen. Dabei war das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung negativ, im Umfang dieses Betrages wurden von der Senatskanzlei Zuschüsse für Versorgungszuschläge an die Kapitalrücklage des Landesbetriebs gezahlt. Das Ergebnis des Finanzplans, bei dem diese Zuschüsse sowie Investitionen und Abschreibungen berücksichtigt werden, zeigte eine Erhöhung der vorhandenen Deckungsmittel um 5.731,33 €.

Im Vergleich zum Ansatz 2011 wurden ca. 300 TEUR weniger Umsatzerlöse erzielt als geplant. Dabei wurden im Bereich Bewirtschaftung, Veranstaltungen, Interner Service und Geschäftsbedarf der Senatskanzlei weniger Umsatz als geplant erreicht.

Im Bereich der Führungen wurde ca. 30 TEUR mehr Umsatz erzielt als im Wirtschaftplan für 2011 vorgesehen war.

Die Erträge aus dem Bereich Veranstaltungen liegen ca. 40 TEUR unter dem Ansatz für 2011.

Die Aufwendungen sind ca. 180 TEUR unter dem Ansatz für 2011 geblieben. Diese Abweichung liegt sowohl bei den Kosten für das eigene Personal als auch bei den allgemeinen Betriebsaufwendungen; die Kosten für Fremdpersonal haben sich dagegen erhöht.

Mit dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2011 stehen haben sich die zur Verfügung stehenden Deckungsmittel um ca. 6 TEUR erhöht. Zusammen mit dem Übertrag aus den Vorjahren stehen insgesamt noch Deckungsmittel in Höhe von 1095 TEUR zur Verfügung. Das Eigenkapital betrug am 31.12.2011 rd. 1352 TEUR (Vorjahr 1340 TEUR). Bilanziert hat der Landesbetrieb außerdem die folgenden Rückstellungen:

	Versorgungsrückstellungen	Sonstige Rückstellungen	Summe
	In Tsd. EUR		
Stand: 31.12.2011	589	86	675
Stand: 31.12.2010	445	120	565

4. Entwicklung des Betriebes

Der Landesbetrieb plant weitere Komponenten eines Qualitätsmanagementsystems einzuführen. Die Kundenbefragung im Veranstaltungsbereich hat in 2011 gezeigt, dass dies ein gutes Instrument ist, um die Qualität der Dienstleistungen und des Caterings zu überprüfen und ggf. zu verbessern. Unsere Kunden sind wie in 2010 mit der gastronomischen und technischen Betreuung sehr zufrieden. Aufgrund der guten Hauskenntnisse sind spontane und flexible Veränderungen der geplanten Abläufe möglich.

Mit Unterstützung der Finanzbehörde – Hamburg weite Dienste – wird eine Ausschreibung über die „Lieferung von Speisen für Veranstaltungen im Hamburger Rathaus“ für die unterschiedlichen vom Rathaus-Service benötigten Cateringleistungen erarbeitet, die den beschaffungsrechtlichen Anforderungen in vollem Umfang entspricht. Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen im Hamburger Rathaus läuft der Ausschreibungsprozess noch. Ein Ergebnis ist für 2012 geplant.

Verbunden mit dem Regierungswechsel Anfang 2011 sind diverse Umbauten durchgeführt worden.

5. Künftige Risiken

Unter der Voraussetzung, dass die Dienstleistungen im bisherigen Umfang nachgefragt werden, kann der Rathaus-Service seine Personalkosten refinanzieren.

Der Krankenstand des Rathaus-Service liegt deutlich über dem Krankenstand der FHH. Eine wesentliche Ursache sind Langzeiterkrankungen und die überdurchschnittliche Quote von Beschäftigten, die schwerbehindert sind. Von daher ist auch in Zukunft mit einer höheren Ausfallquote zu rechnen.

Es ergeben sich weitere Risiken durch bereits erfolgte Zusagen zur Altersteilzeit. Im Wirtschaftsjahr 2011 befanden sich insgesamt 2 Mitarbeiter in der Ansparphase der Altersteilzeit. Da die Personalkosten auch in der Freistellungsphase vom Landesbetrieb zu tragen sind, können die Stellen nicht komplett nachbesetzt werden.

Diverse Veränderungen müssen jedoch vom Rathaus-Service in Zusammenarbeit mit den Kunden gemeistert werden. Der Landesbetrieb Rathaus-Service möchte mit seinen Kunden Vereinbarungen über den Umfang und die Abrechnungsmodalitäten von Leistungen abschließen. Mit der Senatskanzlei ist inzwischen eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen worden.

Die Situation in der Diele des Rathauses ist veränderungsbedürftig, der Erhalt der historischen Substanz ist weiterhin aufwendig und gegen Veranstaltungs- und Führungsfrequenz abzuwägen.

Es bleibt festzuhalten, dass der Rathaus-Service weiterhin die Balance zwischen den verschiedenen Interessen am Hamburger Rathaus finden muss. Dies ist eine besondere Herausforderung bei dem begonnenen Sparprogramm.

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 1105	Rathaus-Service

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 1105	Rathaus-Service

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan LAN
Kapitel 1105

Landesbetriebe
Rathaus-Service

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			1,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	0,00			1,00	
E 10	2,90			2,90	
E 9	4,00			4,00	
E 8	9,50			7,50	
E 6	11,00			11,00	
E 5	18,00	1,00	1)	19,00	kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 3	4,00			3,00	
E 2 ü	1,00			1,00	
E 2	1,00			1,00	
Summe:	53,40			51,40	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	55,40			53,40	

Haushaltsplanentwurf der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014

Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste

(§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

1140.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
1140.682.01	Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD
1140.682.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD (IT)
1140.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD
1140.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
Zentrum für Personaldienste

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
In Tsd. Euro					
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen	18.531	18.144	17.738	18.169	18.589
2.1 Umsatzerlöse					
50xx00 Erlöse aus Kundenzahlungen	1.825	1.860	1.225	1.800	1.800
50xx00 Erlöse von Einrichtungen gem. § 15 LHO	1.708	1.939	2.421	1.800	1.800
50xx00 Sonstige Erlöse	850	802	1.384	779	689
2.2 50xx00 Sonstige betriebliche Erträge	1.884	1.684	103	1.106	869
Summe 1. / 2.	24.798	24.429	22.871	23.654	23.747
6. Außerordentliche Erträge					
58xx00 Gewährleistung der Versorgungs- / Beihilfezusage durch die FHH	761	688	180	700	700
586000 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversor- gung nach Ruhegeldrecht	93	102	70	90	90
583000 Gewährleistung der ATZ-Zusage durch die FHH	0	0	100	0	0
584000 Sonstige a.o. Erträge	101	34	2	2	2
Summe 6.	955	824	352	792	792
<u>Gesamterträge</u>	25.753	25.253	23.223	24.446	24.539

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
Aufwendungen für bezogene Leistungen					
61xx00 Erstattung der Dienstleistungen von Dataport	4.016	4.104	3.827	4.176	4.176
61xx00 Aufwendungen für verschiedene Fremdleistungen	431	293	317	200	200
Summe 1.	4.447	4.397	4.144	4.376	4.376
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
620000 Bezüge Beamte	5.600	5.570	5.670	5.737	5.716
630000 Entgelte Arbeitnehmer	7.033	7.387	5.989	6.495	6.539
639000 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	0	145	0	0
Summe 2.1	12.633	12.957	11.804	12.231	12.255
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
640000 Arbeitgeberanteil SV Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer	1.339	1.421	1.224	1.271	1.280
641000 Versorgungsaufwendungen Beamtinnen / Beamte	1.344	1.344	1.344	1.344	1.344
642000 Versorgungsaufwendungen Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer	687	687	687	687	687
643000 Pensions- und Beihilferückstellung (Zuführung)	854	789	250	790	790
644500 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung	0	0	18	18	18
646000 ATZ-Rückstellung (Zuführung)	0	0	100	0	0
645x00 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorge	481	497	400	400	400
648000 Beiträge zur Unfallkasse Nord	2	2	2	40	40
64xxxx Sonstige Aufwendungen	9	0	0	0	0
Summe 2.2	4.717	4.740	4.025	4.550	4.559
Summe 2.	17.350	17.697	15.829	16.781	16.814
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	473	494	213	250	250
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
651000 Fahrtkosten, Reisekosten	16	13	10	10	10
652000 Dienst- und Schutzkleidung	0	0	1	0	0
653000 Aufwendung f. Fort-/ Weiterbildung	57	74	95	84	84
659xxx Sonst. personalbed. Aufwendungen	15	85	0	12	12
Summe 4.1	88	172	106	106	106

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
Zentrum für Personaldienste

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
670000 Mieten Dienstgebäude	854	864	998	895	925
670500 Mieten sonst. Räume	0	1	0	5	5
671000 Leasing	0	15	0	0	0
672000 Lizenzen und Konzessionen	0	6	0	0	0
677000 Bewirtschaftung, Entsorgung, 679xxx Bauunterhaltung	325	327	363	346	346
Summe 4.2	1.179	1.213	1.361	1.246	1.276
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
676xxx Rechts- und Beratungskosten	93	33	54	75	75
680000 Büromaterial und Ausstattung, Fachliteratur	92	104	83	90	90
682000 Portokosten	322	287	472	400	400
683000 Fernmeldekosten	78	23			
6840xx IT-Betriebskosten	542	581	1.044	1.036	1.066
684090 nicht aktivierungsfähige einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben	247	58	0	0	0
687000 Marketing	3	3	10	15	15
Summe 4.3	1.377	1.089	1.663	1.616	1.646
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
699000 Sonstige betriebliche Aufwendungen	514	152	31	71	71
69xx00 nicht abziehbare Vorsteuer	0	0	46	0	0
6xx000 Abführungen an den Haushalt	186	0	0	0	0
Summe 4.4	700	152	77	71	71
Summe 4.	3.344	2.626	3.207	3.039	3.099
<u>Gesamtaufwendungen</u>	25.613	25.214	23.393	24.446	24.539
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	140	39	-170	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2010	2011	2012	2012	2013	2013	2014	2014
	In Tsd. Euro							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. <u>Finanzbedarf</u>								
1. Investitionen								
Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	21	57	40		0		0	
Immaterielle Wirtschaftsgüter / Software /Hardware	318	1.120	20		20		20	
Summe 1.	339	1.177	60		20		20	
2. Sonstiger Finanzbedarf								
Jahresfehlbetrag	0	0	170		0		0	
Summe 2.	0	0	170		0		0	
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	339	1.177	230		20		20	
II. <u>Deckungsmittel</u>								
Abschreibungen			170		0		0	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IT-Maßnahmen	516	1.120	20		20		20	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für Gebäude (Um-und Ausbau, Ausstattung)		40	40		0		0	
Jahresüberschuss	141	39						
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	870	1.188						
<u>Summe Deckungsmittel</u>	1.527	2.387	230		20		20	
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	1.188	1.210	0		0		0	
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>			0		0		0	

Erläuterungen

1. Erträge

Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen:

Für die Pflichtleistungen des ZPD (Bezügeabrechnung für Beschäftigte und Versorgungsempfänger, Bereitstellung von IT-Verfahren, Abrechnung von Beihilfen, Leistungen der Familienkasse u.a.) ggü. den Behörden erhält das ZPD eine zentrale Erstattung. Diese umfasst die

- Zuweisung für Versorgungszuschläge: 2.031 Tsd. Euro (2013 / 2014)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD: 11.302 Tsd. Euro (2013) / 11.722 Tsd. Euro (2014)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD (IT): 4.836 Tsd. Euro (2013 / 2014)

Die Senkung der Zentralen Erstattungen resultiert u.a. aus den vorgegebenen Konsolidierungsmaßnahmen. Ebenfalls veranschlagt sind die dezentralen Erstattungen von Einrichtungen gem. §15 LHO.

Umsatzerlöse: Die Summe der Erlöse ergibt sich aus den erwarteten Zahlungen der Kunden (insbesondere von Landesbetrieben gem. § 26 LHO, Einrichtungen gem. §15 LHO und Anstalten öffentlichen Rechts).

Gewährleistung der Versorgungszusage und der ATZ- Zusage durch die FHH:

Der Ansatz ergibt sich auf der Basis von versicherungsmathematischen Gutachten.

2. Aufwendungen:

Aufwendungen für bezogene Leistungen:

Der Ansatz beinhaltet im Wesentlichen die Erstattung für Leistungen von Dataport (Rechenzentrum, BASIS). Die Veränderungen ergeben sich aus Verlagerungen einzelner Positionen.

Personalaufwendungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Basis der Personalausstattung unter Berücksichtigung von zu erwartenden Personalkostenerhöhungen, erforderlichen Personalreduzierungen sowie feststehenden Kostenerstattungen.

Versorgungsaufwendungen Beamtinnen / Beamte sowie Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer:

Veranschlagt sind die Versorgungsanteile auf Grundlage des anteiligen Personalbudgets unter Berücksichtigung des Gegenrechnungsverfahrens.

Pensions- und Beihilferückstellung (Zuführung), ATZ-Rückstellung (Zuführung):

Die Rückstellungen ergeben sich aus den versicherungsmathematischen Gutachten.

Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen:

Die Veranschlagung der Beihilfe erfolgt auf Grundlage der Beihilfeaufwendungen der vergangenen Jahre.

Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung:

Berücksichtigt sind Mittel für allgemeine und projektbezogene Qualifizierungsmaßnahmen

Mieten und Leasing: Der Ansatz wurde anhand der Miet- und Leasingverträge ermittelt.

Rechts- und Beratungskosten: Der Ansatz ist unter anderem für die vorgeschriebene Bilanzprüfung, die versicherungsmathematischen Gutachten sowie externen Rechts- und Beratungskosten bestimmt.

IT-Betriebskosten:

Der Ansatz der laufenden Betriebskosten wird für 2013 / 2014 in Höhe des Ansatzes 2012 fortgeschrieben.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen ergeben sich aus dem fortgeführten Anlagenspiegel.

4. Investitionen

Ausgewiesen sind geplante IT-Investitionen lt. IT-Planung.

5. Deckungsmittel

Betriebszuschuss aus dem Haushalt:

Der bisherige Betriebs- bzw. Versorgungszuschuss ist seit 2007 / 2008 durch eine zentrale Erstattung ersetzt. Der Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IT-Maßnahmen ist entsprechend der IT-Planung veranschlagt.

Lagebericht

1. Lage des Landesbetriebes und Unternehmensziele

Der Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste (ZPD Hamburg) leistet für die hamburgische Verwaltung eine Vielzahl von Personal-Dienstleistungen. Pflichtaufgaben für die hamburgische Kernverwaltung sind u.a.:

- die Personalverwaltung für Versorgungsberechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung),
- die Versorgungsberatung (in gegebenem Umfang),
- die Bearbeitung von Beihilfeleistungen,
- die zentrale Bearbeitung von Pfändungen,
- die Festsetzung von Kindergeld (Familienkasse der FHH),
- die zentrale Durchführung der Bezügeabrechnung für die Beschäftigten der FHH,
- die Bereitstellung und Fortentwicklung von IT-Verfahren insbesondere für die dezentrale Personalverwaltung und zentrale Bezügeabrechnung inklusive des Personalportals und
- die Erstellung von Personalberichten und –kostenanalysen sowie
- die Entwicklung und Bereitstellung dezentral nutzbarer IT-Verfahren zur Unterstützung des Personalcontrollings.

Gegen Kostenerstattung bietet das ZPD diese Leistungen auch anderen öffentlichen Organisationen sowie Kommunen an. Zusätzlich nimmt das ZPD weitere, für alle Empfänger kostenpflichtige Aufgaben wahr wie die Einrichtung und Pflege von speziellen dezentralen Personalberichtsdatenbanken, fachliche Qualifizierung auf dem Gebiet des Personalwesens, Organisations- und Technikberatung, Unterstützung bei Personalverwaltungsaufgaben, institutionelle Versorgungsberatung sowie die Entwicklung und Realisierung neuer personalwirtschaftlicher IT-Funktionalitäten (z.B. elektronische Zeitwirtschaft eZeit).

Auf Basis dieses Leistungsspektrums verfolgt das ZPD das übergeordnete und langfristige Ziel, im Bereich der IT-gestützten Personaldienstleistungen eine bei Qualität und Wirtschaftlichkeit führende Position im öffentlichen Sektor in Norddeutschland zu erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzt sich das ZPD die folgenden strategischen Unterziele:

- Im Bereich der Finanzen sollen die jährlichen Budgetvorgaben eingehalten und der finanzielle Spielraum erhöht werden, um damit die Voraussetzungen für Effizienzsteigerungen und eine Wachstumsstrategie zu legen.
- Für die Kunden soll eine hohe Produkt- und Servicequalität gewährleistet und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis angeboten werden, um die Attraktivität zu steigern, Kunden langfristig zu binden und zum Renommee als Produktinnovator beizutragen.
- Im Bereich der internen Prozesse sollen Kernprozesse klar definiert und eine geringe Fehleranfälligkeit der Produktionsprozesse erreicht werden, um die Produktivität zu steigern und Produktinnovationen zügig umzusetzen.
- Durch eine Optimierung von Führung und Zusammenarbeit sollen die Mitarbeiterzufriedenheit sichergestellt, die Leistungsbereitschaft erhalten und die Innovationsfähigkeit erhöht werden.

Die Realisierung dieser Ziele wird - soweit möglich - durch ein regelmäßiges Benchmarking mit den norddeutschen Bundesländern und weiteren Teilnehmerländern überprüft.

2. Erläuterungen zum Verlauf des Geschäftsjahres 2011

2.1 Jahresergebnis

Seit 2007 ist die Veranschlagung im Wirtschaftsplan von einer Verlustzuweisung im Finanzplan auf zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen umgestellt worden, die den Erträgen zugerechnet werden. Unter Berücksichtigung dieser Änderung betragen die Gesamterträge (einschließlich der zentralen Erstattungen für Pflichtleistungen von 18.144 Tsd. Euro) insgesamt 25.253 Tsd. Euro. Hierin enthalten ist neben den Umsatzerlösen auch die Gewährleistung der Versorgungs- und Beihilfezusage durch die FHH mit 688 Tsd. Euro.

Demgegenüber stehen Gesamtaufwendungen von 25.214 Tsd. Euro (2010 25.613 Tsd. Euro), so dass hieraus ein Jahresergebnis von 39 Tsd. Euro folgt.

2.2 Umsatzerlöse

Im Wirtschaftsplan 2011 waren Umsatzerlöse von rd. 4.800 Tsd. Euro geplant. Die tatsächlich realisierten Umsatzerlöse liegen bei rd. 4.600 Tsd. Euro.

Anlage 2.2 Wirtschaftsplan Zentrum für Personaldienste

2.3 Sonstige Betriebliche Erträge

Seit dem Wirtschaftsjahr 2008 werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen in Höhe der Jahres-AfA und der einmaligen nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben gemäß Ausnahmeregelung zu den VV zu § 26 LHO dargestellt. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind auch die bis 2012 nicht im Wirtschaftsplan veranschlagten Personalkostenerstattungen und Nachberechnungen für erbrachte Leistungen des Vorjahres enthalten.

2.4 Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen für das Jahr 2011 betragen 25.214 Tsd. Euro. Im Wirtschaftsplan 2011 waren Aufwendungen von 23.399 Tsd. Euro vorgesehen, so dass sich Mehraufwendungen von insgesamt rd. 1.800 Tsd. Euro ergeben. Den größten Anteil hieran haben die Personalaufwendungen: Für Bezüge und Entgelte, soziale Abgaben, Versorgungsaufwendungen sowie Beihilfen wurden 2011 insgesamt rd. 1.900 Tsd. Euro mehr aufgewendet als geplant. Die Hauptursache hierfür waren die Zuführung zur Pensions- und Beihilferückstellung sowie der Einsatz von Personal im Zusammenhang mit dem Projekt PAISAP-NHH (Erstattung der Personalkosten aus zentralen Mitteln) und für den Aufbau des Shared-Services Reisekostenabrechnung (Vorleistung des ZPD).

2.5 Rückstellungen

Wie im Wirtschaftsplan vorgesehen werden auch in 2011 Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen und Rückstellungen für die Arbeitnehmer-Eigenbeteiligung nach dem hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (ZVG) gebildet. Zusätzlich bildet das ZPD Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Zeitkontensalden.

2.6 Gesamtwürdigung des Jahresabschluss 2011

Das ZPD hat insgesamt die Planansätze des achten Geschäftsjahres als Landesbetrieb im Wesentlichen erfüllen können, wobei wiederum schwierige Rahmenbedingungen bestanden (z.B. Konsolidierungsvorgaben, Fallzahlensteigerungen im Bereich der Beihilfe und der Beamtenversorgung) und umfassende Projektaktivitäten zu realisieren sind (z.B. das auf Grundlage der Drs. 18/7345 „Modernisierung der Personalarbeit“ gemeinsam mit Schleswig-Holstein betriebene Projekt ePers / KoPers mit inzwischen erfolgter Auswahl des neuen HR-Verfahrens KoPers, Reorganisation Beihilfe, Aufbau des Shared-Services für die Reisekostenabrechnung). Das insgesamt befriedigende Ergebnis ist wiederum auch einer außerordentlichen Leistungsbereitschaft vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken.

3. Erläuterungen zur Entwicklung des Betriebes in 2013 und 2014

Zentraler Schwerpunkt der Tätigkeit des ZPD wird weiterhin insbesondere die Erfüllung der Pflichtaufgaben sein. Dabei werden die laufenden Veränderungen im Bereich der Bezügeabrechnung (z.B. Umsetzung gesetzlicher und tariflicher Regelungen) besonderes Gewicht haben. Die weitere Modernisierung der Software-Unterstützung für die Beihilfe-Sachbearbeitung (Projekt eBeihilfe) und die Anpassung der Personalverfahren an die Veränderungen in den ressourcensteuernden Verfahren (Projekt SNH) werden beispielsweise weiter personelle Kapazitäten binden.

Vor allem aber wird die umfassend erforderliche Mitwirkung des HR-Systemhauses an der Anpassung und Implementierung der neuen HR-Software KoPers bei gleichzeitiger Mitwirkung der Geschäftsbereiche ZPD 2 (Fachbereich Strategische Projekte) und ZPD 6 (Personalcontrolling) hieran aufgrund der parallelen Gestaltung laufender Innovationsvorhaben und Schnittstellen erhebliche Kapazitäten binden. Diese außerordentlichen Aktivitäten – die i.d.R. nur durch erfahrene, interne Spezialisten durchgeführt werden können – werden z.T. nur durch erhebliche Mehrarbeit umsetzbar sein. Im ZPD wird zudem die Einführung der neuen HR-Software in den zentralen Bereichen ebenfalls zu Belastungen führen.

Daneben strebt das ZPD an, freiwillige Kunden (Anstalten des öffentlichen Rechts, Stiftungen, GmbHs) zu halten, um durch höhere Fallzahlen die Wirtschaftlichkeit seiner Dienstleistungen zu erhöhen. Da das ZPD auf dem Gebiet der freiwilligen Leistungen in der Lage ist, einen Baukasten von Produkten aus dem gesamten Leistungsspektrum anzubieten, besteht grundsätzlich eine hohe Attraktivität für freiwillige Kunden.

Ein besonderes Interesse potentieller freiwilliger Kunden besteht an den Dienstleistungen Berichtswesen und Berichtsdatenbank sowie an der Einführung einer elektronischen Zeitwirtschaft (eZeit). So konnten im Bereich der Zeitwirtschaft bereits zahlreiche Einführungsprojekte abgeschlossen werden; neben den Vollzugsdiensten von Polizei und Strafvollzug sowie der Feuerwehr befindet sich die Zeitwirtschaft auch bei etlichen weiteren Kunden im Einsatz. Das Produktangebot wird abgerundet durch Systeme der Zugangskontrolle. Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung nach § 94 HmbPersVG für eZeit ist inzwischen erfolgt.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des Erfolgs- und Finanzierungsplans in 2013 und 2014 im Vergleich zum Ist 2010 / 2011 und zum Ansatz 2012.

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
Zentrum für Personaldienste

	2011 Ist (vorläufig)	2011 Ist (vorläufig)	2012 Ansatz	2013 Plan	2014 Plan
	in Tsd. Euro				
Gesamterträge	25.753	25.253	23.223	24.446	24.539
davon zentrale Erstattungen	18.531	18.144	17.738	18.169	18.589
Umsatzerlöse	4.383	4.601	5.030	4.379	4.289
sonstige betriebl. Erträge	1.884	1.684	103	1.106	869
außerordentl. Erträge	955	824	352	792	792
Gesamtaufwendungen	25.613	24.214	23.393	24.446	24.539

Die geplanten Aufwendungen des ZPD für 2013 / 2014 übersteigen die Ansätze des Jahres 2012. Dies ist insbesondere auf die nunmehr zentral finanzierte Einführung einer elektronischen Zeitwirtschaft (Kommt / Geht-Erfassung), die Einbeziehung der im Rahmen der neuen Haushaltsveranschlagung einmalig erhaltenen Verstärkungsmittel für Besoldungs- und Tarifsteigerungen sowie die erstmalige Veranschlagung planbarer Personalkostenerstattungen zurückzuführen.

3.1 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind grundsätzlich auf der Basis der Ergebnisse 2010 fortgeschrieben worden und berücksichtigen den ab Mitte 2013 möglichen Verlust des Kunden Hansestadt Lübeck aufgrund der parallelen Umsetzung des kommunalen Projekts KoPers in Schleswig-Holstein. Auch in den Haushaltsjahren 2013 / 2014 werden für Pflichtleistungen des ZPD Mittel in die Wirtschaftspläne der Einrichtungen gemäß § 15 LHO eingestellt und hieraus entsprechende Erstattungen an das ZPD vorgenommen. Diese werden bei der Bemessung der zentralen Erstattung an das ZPD berücksichtigt.

Aufgrund der deutlich verzögerten Einführung des Shared-Service eReise in den Behörden und Ämtern gab es 2011 / 2012 erhebliche Ertragsausfälle. Über die Fortsetzung des Pilotbetriebs ist vor diesem Hintergrund noch zu entscheiden; entsprechende Erträge / Aufwände sind vor diesem Hintergrund nicht eingeplant.

Hinsichtlich der zeitwirtschaftlichen Funktionalität „Schichtplanung“ sind derzeit Erträge veranschlagt, die teilweise noch nicht vertraglich gesichert sind.

3.2 Aufwendungen

Im Wirtschaftsplan 2013 und 2014 werden die Personalaufwendungen wiederum die größte Position ausmachen. Hierfür sind jeweils rund 16.800 Tsd. Euro vorgesehen. Die Ansätze berücksichtigen die einmalig erhaltenen Verstärkungsmittel sowie die vereinbarten Personalkostenerstattungen. Gleichzeitig musste in den Ansätzen 2013 / 2014 das Personalbudget zur Erreichung eines ausgeglichenen Wirtschaftsplans ab 2013 um den Gegenwert von rd. 10 Stellen reduziert werden. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (vor allem Leistungen von Dataport für Rechenzentrumsleistungen und BASIS-Arbeitsplätze) werden in beiden Jahren bei rd. 4.380 Tsd. Euro liegen. Insgesamt betragen die Aufwendungen 24.446 Tsd. Euro in 2013 und 24.539 Tsd. Euro in 2014.

3.3 Rückstellungen

2013 und 2014 sind Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von jeweils 790 Tsd. Euro vorgesehen. Dieser Betrag kann sich im IST – wie bereits in den vergangenen Jahren – aufgrund der versicherungsmathematischen Gutachten ändern.

4. Risiken der zukünftigen Entwicklung

4.1 Personalbudget

Das ZPD hat die Vorgaben zur Aufstellung des Wirtschaftsplans 2013 / 2014 umgesetzt. Die Einhaltung des vorgegebenen Ausgabenkorridors führt (unter Berücksichtigung einer tariflichen Vergütungs- und analogen Besoldungserhöhung nach Auslaufen des Vergütungstarifvertrags für die Länder zum 31.12.2012) ohne Ausgleichsmaßnahmen zu einem Defizit von rd. 950 Tsd. Euro über beide Jahre. Aufgrund der auch vom Verwaltungsrat vorgegebenen Auflage, einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan vorzulegen, müssen die erforderlichen Einsparungen im Personalbereich erbracht werden. Dabei ist zum Ausgleich des Defizits eine Personalreduktion um rd. 10 Stellen ab 2013 erforderlich. Schon dies erfordert gravierende Eingriffe, eine Vorsorge für ggf. eintretende Fallzahlensteigerungen (Beamtenversorgung, Beihilfe) aufgrund der demografischen Entwicklung ist damit nicht leistbar.

Eine weitere Arbeitsverdichtung ist vor dem Hintergrund der tlw. bereits bestehenden hohen Fehlzeitenquoten nicht Erfolg versprechend, auch eine Erhöhung der Produktivität ist in verschiedenen Bereichen allenfalls ansatzweise erzielbar. Zusätzlich verzeichnet das ZPD steigende Beihilfeausgaben für seine Beschäftigten. Auf die besonderen Belastungen, insbesondere im Zusammenhang mit der neuen HR-Software KoPers ist bereits unter Ziffer 3 hingewiesen worden. Diese können auch zu Risiken werden.

Anlage 2.2

Wirtschaftsplan

Zentrum für Personaldienste

Aufgrund der fachlichen Notwendigkeit, freie Stellen insbesondere im Bereich des HR-Systemhauses und der Projekte kurzfristig qualifiziert zu besetzen, können weitere Risiken für das Personalbudget entstehen. Die Möglichkeiten des ZPD, hier erfolgreich gegenzusteuern, sind eng begrenzt; längere Vakanzen aus Bewirtschaftungsgründen gehen dabei zu Lasten der erforderlichen Innovationsfähigkeit und berühren auch die Möglichkeit, das auf dem Gebiet der Pflichtaufgaben erforderliche Leistungsniveau hinsichtlich Qualität und Terminzielen einzuhalten.

Erste Planungen zur Realisierung der Personaleinsparungen umfassen folgende Punkte, sind aber noch nicht abgeschlossen und müssen im Rahmen der aufgabenkritischen Gespräche mit dem Personalamt weiter konkretisiert werden:

- Einnahmefinanzierte Stellen werden nicht mehr dafür verwendet, nicht finanzierte Pflichtaufgaben zu erfüllen, da dies die Einnahmesituation weiter verschärft.
- Aufgrund des erwarteten Wegfalls des Kunden Lübeck können zwei Stellen ab Mitte 2013 eingespart werden.
- Durch die Optimierung der Struktur im Bereich der internen Personaladministration kann eine Stelle abgebaut werden.
- Durch die Verlagerung der Produktionssteuerung aus dem ZPD zu Dataport im Rahmen der KoPers-Einführung können ab 2014 Stellen in noch zu quantifizierender Höhe eingespart werden.
- Im Bereich der Beihilfe müssen die federführend vom Personalamt betriebenen Rechtsprüfungen, die besonders aufwändige hamburgische Beihilferegulungen auf den Prüfstand stellen, 2012 zum Abschluss gebracht werden.
- Ggf. entstehende Minderbedarfe in einzelnen Bereichen (Familienkasse aufgrund gesetzl. Änderungen) werden genutzt, um Mehrbedarfe an anderer Stelle (Beamtenversorgung) zu finanzieren.

Ergänzend zu Stellenstreichungen ist eine entsprechende Bewirtschaftung erforderlich, um den erforderlichen Budgetwert erreichen zu können.

Die Einsparvorgaben führen auch dazu, dass qualitative Standards auf den Prüfstand gestellt werden. Begonnene Organisationsveränderungen im ZPD müssen abgeschlossen und in ihren Wirkungen evaluiert werden; ggf. sind weitere Untersuchungen und Veränderungen erforderlich.

Auf das unter 3.1 beschriebene Ausfallrisiko bzgl. eReise wird an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.

4.2 Kundenbindung und Abhängigkeit von Dritten

Das ZPD ist weiter bemüht, freiwillige Kunden zu halten und hier eine offensive Strategie zu vertreten. Es kann dies aber insbesondere bei Kunden nicht gewährleisten, die rechtlich selbstständig sind. Hierdurch besteht das Risiko, durch geringere Fallzahlen bei zumindest kurzfristig in großen Teilen fixen Kostenstrukturen (z.B. IT-Kosten und Personal) steigende Fallkosten zu erzielen und so weniger konkurrenzfähig zu sein. Diesem Risiko begegnet das ZPD mit laufenden Verbesserungen der Produktqualität bei gleichzeitig „marktgerechten“ Preisen. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des ZPD ergeben sich aber auch aus der Qualität und den Kosten der IT-Dienstleister, insbesondere Dataport und Softwarelieferanten. Hier ist das ZPD von Dritten abhängig und der Markt insoweit eingeschränkt.

Durch die politisch beauftragte Kooperation mit Schleswig-Holstein und die gemeinsame Beschaffung und Einführung der HR-Software KoPers sowie den geplanten gemeinsamen Betrieb der neuen Software eröffnet sich die Chance, die Kosten der IT-Systeme deutlich zu reduzieren. Hiervon profitieren Schleswig-Holstein und die außerhamburgischen Kunden Dataports in besonderem Maße (z.B. Kommunen, andere Trägerländer).

Aufgrund des 2013 / 2014 geplanten Umstiegs auf KoPers mit erweitertem Leistungsspektrum für die gesamte FHH besteht für das ZPD das Risiko, alle externen Kunden zu verlieren, die nicht auf die neue Architektur migrieren wollen und / oder müssen. Die Umsatzerlöse würden in der Folge sinken, was tendenziell zu einer Preissteigerung führen kann. Eine weitere Betätigung für Kunden im Kommunalbereich Schleswig-Holsteins ist für das ZPD aufgrund der Vereinbarungen mit Schleswig-Holstein und Dataport zukünftig unwahrscheinlich, weil das Land Schleswig-Holstein und die kommunalen Träger Dataports künftig noch stärker darauf hinwirken werden, dass alle schleswig-holsteinischen Kommunen nach Möglichkeit eine Lösung nutzen. Das quantifizierte Ausfallrisiko bei Abwanderung z.B. des Kunden Lübeck beträgt pro Jahr ca. 180 Tsd Euro an Umsatzerlösen. Ein Ausfallrisiko besteht auch bei weiteren freiwilligen Kunden.

Haushaltsplanentwurf der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013 / 2014

Ergänzung um einen Teil-Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste

(§ 26 Abs. 1 LHO)

Projekt E–Personal (ePers)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

1140.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan ZPD
1140.682.04	Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers im Wirtschaftsplan des ZPD
1140.682.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD (IT-Ausgaben)
1140.891.03	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für das Projekt ePers
1140.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
Zentrum für Personaldienste

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
Zentrale Erstattungen Projekt ePers	2.785	4.360	3.821	6.247	4.916
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	44	0	25	100	100
Sonstige betriebliche Erträge	64	34			
<u>Gesamterträge</u>	2.893	4.394	3.846	6.347	5.016

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
Aufwendungen für bezogene Leistungen					
61xx00 Erstattung der Dienstleistungen von Dataport (Rechenzentrum)	0	51	0	1.375	1.375
61xx00 Aufwendungen für verschiedene Fremdleistungen	29	801	24	50	10
Summe 1.	29	852	24	1.425	1.385
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
620000 Beamtenbezüge	570	663	1.728	971	486
630000 Entgelte	604	949	169	1.190	595
639000 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter			150		
Summe 2.1	1.174	1.612	2.047	2.161	1.081
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
640000 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	113	193	33	233	117
641000 Versorgungsaufwendungen – Beamte	162	520	520	291	146
642000 Versorgungsaufwendungen – Arbeitnehmerinnen	21	18	18	107	53
643000 Pensionsrückstellung (Zuführung)	0				
644500 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung nach ZVG ohne Anspruch	0				
646000 ATZ-Rückstellung (Zuführung)	0				
645x00 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	12	36	72	39	19
648000 Beiträge zur Landesunfallkasse	0			0	0
Summe 2.2	308	767	643	670	335
Summe 2.	1.482	2.379	2.690	2.831	1.416
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen ePers	38	48	25	100	100
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661000 Fahrtkosten, Reisekosten	28	26	25	40	10
663000 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	10	62	50	50	0
66xx00 Sonstige personalbedingte Aufwendungen	208	62	0	0	0
Summe 4.1	246	150	75	90	10

Anlage 2.2
Wirtschaftsplan
Zentrum für Personaldienste

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. Euro				
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
67xx00 Mieten und Leasing	73	116	80	150	240
677000 Bewirtschaftung, Entsorgung, Bauunterhaltung	26	42	40	50	25
Summe 4.2	99	158	120	200	265
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
676000 Rechts- und Beratungskosten	687	273	800	800	344
680000 Büromaterial und Ausstattung, Fachliteratur	6	7	60	20	5
683000 Porto, Fernmeldekosten	18	15	15	15	4
684000 IT-Betriebskosten	15	9	20	20	1.147
687000 Marketing	7	5	12	12	0
Summe 4.3	733	309	907	867	1.500
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
699000 Sonstige betriebl. Aufwendungen	254	316	5	834	340
Summe 4.4	254	316	5	834	340
Summe 4.	1.332	933	1.107	1.991	2.115
<u>Gesamtaufwendungen</u>	2.880	4.212	3.846	6.347	5.016
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	13	182	0	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Ansatz 2014	VE 2014
	In Tsd. Euro							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. <u>Finanzbedarf</u>								
1. Investitionen								
Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	0	0	0		0		0	
Immaterielle Wirtschaftsgüter / Software / Hardware	0	0	0		0		0	
Summe 1.	0	0	0		0		0	
2. Sonstiger Finanzbedarf								
Jahresfehlbetrag	0	0	0		0		0	
Summe 2.								
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	0	0	0		0		0	
II. <u>Deckungsmittel</u>								
Abschreibungen ePers	0	0	0		0		0	
Investitionszuschuss im Zusammenhang mit dem Projekt ePers	0	0	0		0		0	
Jahresüberschuss	13	182	0		0		0	
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel		129						
<u>Summe Deckungsmittel</u>	116	311	0		0		0	
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	129	311	0		0		0	
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>			0		0		0	

ERLÄUTERUNGEN

1. Erträge

Zentrale Erstattungen für das Projekt ePers:

Für die Personal- und Sachaufwendungen im Rahmen des Projekts ePers erhält das ZPD eine zentrale Erstattung. Diese umfasst die

- Zuweisungen für Versorgungszuschläge: 398 Tsd. Euro (2013), 199 Tsd. Euro (2014)
- Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers: 4.404 Tsd. Euro (2013), 2.195 Tsd. Euro (2014)
- Zentrale Erstattungen für Leistungen des Projekts ePers (IT-Ausgaben):
1.445 Tsd. Euro (2013), 2.522 Tsd. Euro (2014)

2. Aufwendungen

Personalaufwendungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen des Personals für das Projekt ePers.

Versorgungsaufwendungen:

Veranschlagt sind die Versorgungsaufwendungen des Personals für das Projekt ePers.

Sonstige betriebliche Aufwendungen ePers:

Die Ansätze beinhalten die geplanten Sachaufwendungen (z.B. Miete, Bewirtschaftungskosten, Büromaterial) für das Projekt ePers.

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung des Zentraltitels. Sofern aufgrund des Projektfortschritts weitere Aufwendungen (Personal- und Sachmittel) erforderlich werden, werden die erforderlichen Mittel aus dem Zentraltitel 9890.971.11 im Einzelplan 9.2 übertragen.

3. Investitionen

Die für die Beschaffung und Implementierung der erforderlichen Hard- und Software (inkl. Lizenzen) für die IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben erforderlichen Investitionsmittel werden aus dem o.g. Zentraltitel bereitgestellt.

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 1145	Zentrum für Personaldienste

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
20,00					15,00	Anzahl der kw-Stellen
4,00	5,00				11,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
24,00	5,00	0,00	0,00	0,00	26,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 3	1,00				1,00	
A 16	2,00	1,00		1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes ePers
A 15	5,00	2,00		2)	5,00	kw: 2,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes ePers
A 14	7,00	1,00		3)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes Personalportal
		2,00		4)		kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00		33)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	5,00	1,00		5)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00		6)		kw: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00		7)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers
A 13	8,00	1,00		8)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
			1,00	9)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers
A 12	25,00	1,00		10)	24,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Abschluss des Projektes ePers
		6,00		11)		kw: 6,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00		12)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat Nach Abschluss des Projektes ePers
A 11	49,00	1,00		13)	48,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00		14)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projektes Personalportal
		1,00		15)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann Wegfall nach Abschluss des Projektes DOMEA
		2,00		16)		kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Abschluss des Projektes PAISAP-NHH
A 10	22,50	7,00		17)		kw: 7,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		2,00		18)		kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00		19)	21,50	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Abschluss des Projektes ePers

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	33)	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Nach Abschluss des Projektes ePers	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 1145	Zentrum für Personaldienste

I. Stellenbestand

2013/ 14			2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	5,00			5,00	
A 9	15,00			15,00	
A 8	47,00			43,00	
Summe:	191,50			183,50	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (8,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (25,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (49,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (22,50)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (15,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (47,00)

2013/ 14			2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 11	1,00			2,00	
A 8	2,00			0,00	
Summe:	4,00			3,00	

- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						3,00			3,00	
A 8			-1,00						-1,00	Rechtsänderungen Zusatzversorgung
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	2,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	0,00	0,00	6,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	9,00	0,00	0,00	8,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 1145

Landesbetriebe
Zentrum für Personaldienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			1,00	
E 14	4,00	1,00	20)	4,00	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle
E 13	12,00	3,00	21)	11,00	kw: 3,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes ePers
		2,00	22)		kw: 2,00 EntgGr. E 13 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00	23)		kw: 2,00 EntgGr. E 13 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	24)		kw: 1,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes eReise
E 12	4,00	1,00	25)	4,00	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Nach Abschluss des Projektes ePers
E 11	36,00	1,00	26)	35,00	Vermerk weggefallen
		2,00	27)		kw: 2,00 EntgGr. E 11 zum 28.02.2014 nach Abschluss des Projektes ePers
		1,00	28)		kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 31.12.2012 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
		2,00	35)		kw: 2,00 EntgGr. E 11 zum 31.01.2015 nach Abschluss des Projektes eBeihilfe
E 10	9,00	1,00	29)	10,00	kw: 1,00 EntgGr. E 10 KW nach Abschluss des Projektes ePers
E 9	35,00	2,00	30)	35,00	kw: 2,00 EntgGr. E 9 Nach Abschluss des Projektes ePers
		3,00	34)		kw: 3,00 EntgGr. E 9 zum 31.01.2015 nach Abschluss des Projektes eBeihilfe
E 9	74,00	1,00	31)	2,00	kw: 1,00 EntgGr. E 9 Nach Abschluss des Projektes ePers
E 8	2,00			75,00	
E 6	2,00			4,00	
E 5	5,00	1,00	32)	3,00	ku: 1,00 EntgGr. E 5 nach BesGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	36)		ku: 1,00 EntgGr. E 5 nach BesGr. E 4 nach Freiwerden der Stelle
E 4	8,00			1,00	
E 3	0,00			7,00	
E 2	2,00			2,00	
Summe:	194,00			194,00	
Summe (ohne *) insgesamt	385,50			377,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13		1,00							1,00	Betriebsorganisation Personalportal
E 13		1,00							1,00	Gründung Stabsstelle Finanzcontrolling
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11							1,00		1,00	Tarifliche Stellenbewertung
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Betriebsorganisation Personalportal
E 11	-1,00								-1,00	Projektfortschritt PAISAP-NHH
E 11		1,00							1,00	Projektleitung eBeihilfe
E 11							1,00		1,00	Erstmalige tarifliche Stellenbewertung
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 9		4,00							4,00	Projekt eBeihilfe
E 9			-1,00						-1,00	Konsolidierung
E 9			-1,00						-1,00	Einsparung
E 8		5,00							5,00	Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz
E 3			-1,00						-1,00	Konsolidierung
E 2		1,00							1,00	Datenlogistik
Summe Arbeitnehmer										
	-1,00	14,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	2,00	0,00	7,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	-2,00	0,00	-7,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-1,00	14,00	-4,00	0,00	0,00	-9,00	0,00	0,00	0,00	

Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	14,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 13	21) kw: 3,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes ePers	kw: 4,00 EntgGr. E 13 Nach Abschluss des Projektes ePers
E 11	26) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 Nach Beendigung des Projektes PAISAP-NHH
E 11	35) kw: 2,00 EntgGr. E 11 zum 31.01.2015 nach Abschluss des Projektes eBeihilfe	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014 Wirtschaftsplan

für das „Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)“ (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

1140.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
1140.685.02	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.685.03	Betriebszuschuss für sonstige Personalkostenerstattungen an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.685.04	Betriebszuschuss NWK-Budget an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.685.05	Betriebszuschuss Ausbildungsinitiative an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.685.06	Betriebszuschuss Beschäftigungspool (Ausbildungsinitiative) an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.685.56	Betriebszuschuss für IT-Ausgaben an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.891.02	Investitionszuschuss aus dem Haushalt an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung
1140.892.56	Betriebszuschuss für IT-Technik an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
3. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
4. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
5. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
6. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

Kontenbezeichnung	Ergebnis ¹ (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2010	2011	2012	2013	2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
Erträge					
1. Erträge aus Geschäftstätigkeit	-	3.446	4.524	4.803	5.297
1.1 Privatrechtliche Entgelte (500000 Umsatzerlöse des Geschäftsbetriebes)	-	3.446	4.524	4.803	5.297
ZAF-Jahrespauschale / Infrastrukturleistungen²	-	154	- ²	200	200
fach- und ressortübergreifende Fortbildung²	-	1.964	2.254	2.400	2.345
- Zentrale Fortbildung ²	-	307	- ²	400	400
- Dezentrale Fortbildung ²	-	1.054	- ²	1.325	1.325
- IT-Fortbildung ²	-	603	- ²	675	620
fachbezogene Fortbildung	-	0	-	255	255
projektbezogene Fortbildung	-	1.075	2.270	1.660	2.235
- Projekt Qualifizierung Rückkehrende Asklepios-Kliniken	-	86	700	200	150
- Projekt Qualifizierung NHH	-	289	1.200	1.100	1.900
- Projekt IT-Qualifizierungsoffensive	-	278	0	0	0
- Projekt HERAKLES	-	105	300	70	170
- Projekt SAP-Altverfahren	-	- ³	70	- ³	- ³
- Projekt ePers	-	1	-	290	15
- Sonstige Fortbildungsprojekte ²	-	316	- ²	- ⁴	- ⁴
Veranstaltungsmanagement²	-	132	- ²	130	130
Ausbildung²	-	121	- ²	158	132
<i>weitere Erträge unter 1.1</i>	-	0	0	0	0
1.2 Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendersersatz	-	0	0	0	0
1.3 Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen	-	0	0	0	0
2. Erträge aus Transferleistungen	-	12.328	12.282	12.175	11.936
Erträge aus Transferleistungen (Ausgaberrahmen)		0	0	11.690	11.936
Ertragswirksame Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens NWK aus 2011		0	0	485	0
<i>davon:</i>					
546010 Entgelte Leistungserbringung (Betriebszuschuss) (Titel: 114.685.02)	-	4.566	4.466	4.743	5.371
546030 Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben (Titel: 1140.685.56)	-	413	283	354	354
546040 Zuschuss FHH für Versorgungszuschläge (Titel: 1140.632.91)	-	650	650	650	650
546531 Zuschuss FHH für NWK (Nachwuchskräfte) (Titel: 1140.685.04/05/06)	-	5.473	5.643	4.799	4.479
546532 Zuschuss FHH Versorgungszuschläge NWK (Titel: 1140.632.91)	-	1.224	1.240	1.144	1.082
Ertragswirksame Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens NWK aus 2011		0	0	485	0
<i>weitere Zuschüsse unter 2.</i>	-	2	0	0	0
3. Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen	-	0	0	0	0

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

Kontenbezeichnung	Ergebnis ¹ (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2010	2011	2012	2013	2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4. Sonstige Erträge	-	874	79	42	42
533000 Sonstige betriebliche Erträge	-	13	0	17	17
533600 Erträge aus Personalkostenerstattungen	-	68	32	25	25
538000 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	-	48	47	0	0
539000 Periodenfremde Erträge	-	723	0	0	0
<i>weitere Erträge unter 4.</i>	-	22	0	0	0
Gesamtsumme Erträge	11.316	16.649	16.885	17.019	17.275

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

Kontenbezeichnung	Ergebnis ¹ (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2010	2011	2012	2013	2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Aufwendungen</u>					
5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit	-	4.181	4.908	4.889	5.177
5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit*	-	271	409	317	344
600010 Lehr- und Unterrichtsmaterialien	-	24	78	27	29
600011 Kopierleistungen	-	43	44	55	60
600012 Lebensmittel	-	69	98	89	96
605010 Strom	-	42	46	44	46
605030 Fernwärme	-	68	67	71	75
<i>weitere Aufwendungen unter 5.1</i>	-	25	76	31	38
5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen*	-	2.871	3.450	3.476	3.737
600310 Dozentenleistungen	-	1.701	2.760	2.405	2.682
610311 Externe Fortbildungsleistungen	-	503	255	385	354
610312 Externe Service-/Dienstleistungen	-	239	85	284	317
610315 Studiengebühren (Kostenerstattung HAW)	-	119	95	95	74
617040 Verwaltungsdienstleistungen Personalamt	-	208	208	208	208
<i>weitere Aufwendungen unter 5.2</i>	-	101	47	99	102
5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten*	-	1.039	1.049	1.096	1.096
670000 Mieten und Pachten	-	713	715	767	767
670100 Betriebskosten	-	137	137	147	147
679100 Gebäudereinigung	-	104	100	105	105
<i>weitere Aufwendungen unter 5.3</i>	-	85	97	77	77
6. Personalaufwand	-	11.658	11.889	11.726	10.771
6.1 Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte)	-	4.991	4.984	5.299	5.210
<i>davon Risikovorsorge</i>	-	-	-	150	150
6.1.1 Beschäftigungsentgelte (ZAF-Beschäftigte)	-	4.106	2.011	2.276	2.226
<i>davon Risikovorsorge</i>	-		-	76	76
6.1.2 Beamtenbezüge (ZAF-Beschäftigte)	-		1.694	1.667	1.641
<i>davon Risikovorsorge</i>	-		-	56	56
6.1.3 Sozialleistungen (ZAF-Beschäftigte)	-		459	543	532
641000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (AN)	-	-	391	474	463
<i>davon Risikovorsorge</i>	-	-	-	16	16
642000 Berufsgenossenschaftsbeitrag	-	3	-	4	4
649000 Aufwand für Beihilfe und Unterstützungsleistungen	-	80	68	65	65
<i>davon Risikovorsorge</i>	-	-	-	2	2
6.1.4 Versorgungsbezüge (ZAF-Beschäftigte) Festbetrag	-	650	650	650	650
643000 Versorgung der Beamtinnen/Beamte	-	500	500	500	500
643300 Versorgung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	-	150	150	150	150
6.1.5 Sonst. Versorgungsleistungen (ZAF-Beschäftigte)	-	129	129	133	133
648000 Zuführung Pensionsrückstellung	-	81	81	127	127
648010 Zuführung Beihilfe-Rückstellung	-	48	48	6	6

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

Kontenbezeichnung	Ergebnis ¹ (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2010	2011	2012	2013	2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
648020 Zuführung Altersteilzeit-Rückstellungen	-	0	0	0	0
6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	-	23	41	30	28
6.2 Personalaufwand (NWK mD/gD)	-	6.667	6.905	6.427	5.561
6.2.1 Beschäftigungsentgelte (NWK mD/gD)	-	6.518	1.642	1.687	1.056
6.2.2 Beamtenbezüge (NWK mD/gD)	-		3.877	3.464	3.291
6.2.3 Sozialleistungen (NWK mD/gD)	-		146	132	132
641000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (AN)	-		- ⁵	- ⁵	- ⁵
649000 Aufwand für Beihilfe und Unterstützungsleistungen	-	149	146	132	132
6.2.4 Versorgungsbezüge (NWK mD/gD)	-	s.o.	1.240	1.144	1.082
643000 Versorgung der Beamtinnen/Beamte	-		1.092	992	987
643300 Versorgung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	-		148	152	95
7. Aufwendungen für Transferleistungen	-	2	0	0	0
8. Abschreibungen	-	208	203	130	120
663000 immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-	208	203	130	120
665000 Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	-	0	0	0	0
9. Sonstige Aufwendungen*	-	852	771	862	876
684000 IT-Betriebs- und Supportkosten	-	123	208	218	218
684103 IT-Dienstleistungen	-	314	211	341	355
686000 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung	-	150	150	135	135
699000 Periodenfremde Aufwendungen	-	85	0	0	0
<i>weitere Aufwendungen unter 9.</i>		<i>180</i>	<i>202</i>	<i>168</i>	<i>168</i>
Gesamtsumme Aufwendungen	10.820	16.901	17.771	17.607	16.944
10. Ergebnis d. lfd. Geschäftstätigkeit	496	-252	-886	-588	331
11. Erträge aus Beteiligungen	-	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	0	0	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	12	0	0	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. Wertpapiere	-	0	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	0	0	0	0
16. Finanzergebnis	-	12	0	0	0
17. Ordentliches Ergebnis	496	-240	-886	-588	331
18. Außerordentliche Erträge*	-	345	82	178	178
592100 Erträge aus Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	-	82	82	133	133
<i>weitere Erträge unter 18.</i>	-	<i>263</i>	<i>0</i>	<i>45</i>	<i>45</i>
19. Außerordentliche Aufwendungen	-	1	0	0	0
20. Außerordentliches Ergebnis	-	344	82	178	178
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	0	0	0	0
22.1 Erträge aus Verlustübernahme aus dem Haushalt	-	0	0	0	0
22.2 Aufwand aus Gewinnabführung an den Haushalt	-	0	0	0	0
23. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	496	104	-804	-410	509

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

Kontenbezeichnung	Ergebnis ¹ (kameralistisch)	vorl. Ergebnis (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)	Ansatz (doppisch)
	2010	2011	2012	2013	2014
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
<u>I. Finanzbedarf</u>					
1. Investitionen					
Gebäude	-	0	0	0	0
Maschinen und Anlagen	-	0	0	0	0
IT- Investitionen	-	0	0	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	57	0	0	0	0
Sonstige Investitionen	-	0	0	0	0
Summe 1.	57	0	0	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf					
Abdeckung d. i. Vorjahr nichtgedeckten Finanzbedarfs	-	0	0	192	602
Ablieferung an den Haushalt	10	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-	0	804	410	0
Summe 2.	10	0	804	602	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	67	0	804	602	602
<u>II. Deckungsmittel</u>					
Liquiditätsmittel zur (kurzfristigen) Deckung des Finanzbedarfs					
Jahresüberschuss	496	104	0	0	509
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel (freie Rücklage)	1.124	508 ⁸	0	0	0
<i>davon geplante Entnahme zum Verlustausgleich</i>	-	0	804	0	0
Investitionszuschuss für IT-Technik (Titel 1140.892.56)	-	0	0	0	0
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.891.02)	-	0	0	0	0
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.685.02)	-	_6	_6	_6	_6
Versorgungszuschläge ZAF-Beschäftigte (Titel:1140.632.91)	-	_6	_6	_6	_6
Betriebszuschuss für IT-Ausgaben (Titel 1140.685.56)	-	_6	_6	_6	_6
Betriebszuschuss für sonstige Personalkostenerstattungen (Titel 1140.685.03)	-	_7	_7	_7	_7
Betriebszuschuss für NWK-Budget (Titel 1140.685.04)	-	_6	_6	_6	_6
Betriebszuschuss NWK-Ausbildungsoffensive (Titel 1140.685.05)	-	_6	_6	_6	_6
Betriebszuschuss für Beschäftigungspool Ausbildungsoffensive (Titel:1140.685.06)	-	_6	_6	_6	_6
Versorgungszuschläge NWK (Titel:1140.632.91)	-	_6	_6	_6	_6
Summe Deckungsmittel	1.620	612	804	0	509
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)⁸ (freie Rücklage)	1.553⁸	612	0	-	-
III. Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	-	-	-	602	93

ERLÄUTERUNGEN

Erläuterungen zu den Positionen des Wirtschaftsplanes

Rahmenbedingungen

Der Wirtschaftsplan des ZAF für die Jahre 2013 und 2014 wird maßgeblich durch den Eckdatenbeschluss des Senats vom 20.12.2011 und den in diesem Zusammenhang festgelegten Ausgaberahmen der Ressorts bis 2017 bestimmt.

Abgeleitet aus dem Einzelplan 1.1 zugewiesenen Ausgaberahmen ergibt sich – nach Aufteilung des Rahmens zwischen Senatskanzlei und Personalamt sowie des Personalamts-Anteils zwischen Personalamt, Zentrum für Personaldienste (ZPD) und ZAF - für das ZAF folgender Ausgabekorridor:

Wirtschaftsjahr	Höhe des Ausgaberahmens in Tsd. €	davon Anteil für Risikovorsorge
2013	11.690	150
2014	11.936	150
2015	11.064	150
2016	10.780	150
2017	10.672	150

Verbindlich veranschlagt werden die Jahre 2013 und 2014, die Folgejahre bis 2017 sind für die mittelfristige Aufgabenplanung relevant.

In diesen Beträgen für den Ausgaberahmen sind finanzielle Mittel enthalten, die insbesondere die durch die Dezentralisierung der Versorgungsausgaben sowie sonstiger Verstärkungsmittel entstehenden Ausgaberrisiken (z.B. für nicht veranschlagte Tarif- und Besoldungssteigerungen, nicht veranschlagte Beihilfeausgaben) abdecken sollen. Für die Risikovorsorge veranschlagt das ZAF insgesamt 150 Tsd. Euro pro Jahr.

A. Erfolgsplan

In den Geschäftsjahren 2013 und 2014 ist die Ertragsseite neben der zentralen und dezentralen Fortbildung (inkl. IT-Fortbildung) sowie der fachbezogenen Fortbildung weiterhin auch wesentlich durch die projektorientierte Fortbildung - hier insbesondere das „Projekt Qualifizierung NHH“ - geprägt.

Erträge

Die Gesamterträge setzen sich aus den Erträgen im Rahmen der allgemeinen Geschäftstätigkeit des ZAF (privatrechtliche Entgelte), aus den Erträgen in Form von Transferleistungen (Zuschüsse/Leistungsentgelte) sowie den sonstigen Erträgen zusammen:

1. Erträge aus Geschäftstätigkeit

1.1 Privatrechtliche Entgelte

Unter den privatrechtlichen Entgelten werden die Erträge aggregiert, die sich aus den Umsatzerlösen der zentralen, der dezentralen und der IT-Fortbildung (fach- und ressortübergreifenden Fortbildung), der ZAF-Jahrespauschale/Infrastrukturleistungen sowie der fach- und projektbezogenen Fortbildung, dem Veranstaltungsmanagement und der Ausbildung ergeben.

Bei der fach- und ressortübergreifenden (inkl. IT-Fortbildung) werden die Erträge u.a. aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden, Ämter und Landesbetriebe für das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) erzielt. Die Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter sind in den jeweiligen Einzelplänen in den Festtiteln 525.92 veranschlagt bzw. sind sie in den Wirtschaftsplänen der Betriebe nach §§ 15, 26 LHO in Sonderkonten ausgewiesen. Die Höhe der Finanzierungsbeiträge der Behörden, Ämter und Landesbetriebe ist von der Anzahl der

Anlage 2.3 Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung

Beschäftigten abhängig (ohne Berücksichtigung von Berufsgruppen, die eigene Fortbildungsträger haben, wie z.B. Richter, Polizei, Feuerwehr, Lehrer, Sozialpädagogen (außer Bezirksverwaltung); auch das wissenschaftliche Personal ist davon ausgenommen) und beträgt insgesamt in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 1.715 Tsd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr steigt die Höhe der Finanzierungsbeiträge an, weil sich die Anzahl der Beschäftigten, die bei der Berechnung der Beträge berücksichtigt werden, erhöht hat. Nun werden auch die sozialpädagogischen Fachkräfte, die in der Bezirksverwaltung tätig sind sowie die Rückkehrerinnen und Rückkehrer der Asklepios-Kliniken, die noch nicht in die Behörden und Ämter versetzt wurden, zur Berechnung der Finanzierungsbeiträge herangezogen. Ab dem Jahr 2013 erhalten die in den Festtiteln 525.92 veranschlagten Finanzierungsbeiträge die Fähigkeit der Übertragbarkeit.

Im Einzelnen handelt es sich bei den privatrechtlichen Entgelten um folgende Ertragspositionen:

- **Erträge aus der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung:**

Es werden durch das *zentrale Fortbildungsangebot* (Inanspruchnahme von Teilnahmeplätzen der zentralen Fortbildung durch Landesbetriebe, Einrichtungen sowie Dritten (z.B. HPA, Dataport)) Erträge in Höhe von jeweils **400 Tsd. Euro** in den Jahren 2013 und 2014 erwartet. Gegenüber den Vorjahren werden höhere Erträge angesetzt, da ab dem Jahr 2013 die zentrale Fortbildung für bestimmte Beschäftigungskörper (z.B. Vollzugsdienste von Polizei und Feuerwehr, Lehrer/-innen) kostenpflichtig gestellt wird.

Im Rahmen der Beauftragung von *dezentraler Fortbildung* durch die Behörden, Ämter, Landesbetriebe, Einrichtungen sowie Dritten wird mit jährlichen Erträgen von **1.325 Tsd. Euro** gerechnet. Die Erhöhung gegenüber dem Ergebnis 2011 begründet sich durch die in den Planjahren nicht mehr existierende vorläufige Haushaltsführung (die in 2011 zu einer eher vorsichtigen Beauftragung geführt hatte). Außerdem werden hier nun teilweise auch die Erträge, die zuvor unter „zusätzliche Erträge (außerhalb der Festtitel)“ abgebildet waren, ausgewiesen (z.B. Beauftragung durch team.arbeit.hamburg oder fördern & wohnen).

Erträge aus der Erbringung von *IT-Fortbildung* werden in Höhe von **675 Tsd. Euro** (2013) bzw. **620 Tsd. Euro** (2014) angesetzt. Gegenüber der vorherigen Veranschlagung sind nun auch die Erträge im Zusammenhang mit der Durchführung der SAP-Altverfahren berücksichtigt, die bisher unter „projektbezogener Fortbildung“ dargestellt wurde. Es werden hierfür Erträge von 75 Tsd. Euro (2013) bzw. 20 Tsd. Euro (2014) erwartet, die im Einzelplan 9.1 der Finanzbehörde veranschlagt sind.

- **Erträge aus Jahrespauschalen/Infrastrukturleistungen:**

Ab dem Jahr 2012 beteiligen sich die Behörden, Ämter, Landesbetriebe und Einrichtungen mit einer beschäftigungsbezogenen Jahrespauschale an den Kosten für Infrastrukturleistungen (z.B. für den Betrieb des Lernportals) sowie an den Kosten für Leistungen, die nicht konkreten Kunden / Veranstaltungen zugeordnet werden können. Insgesamt werden dadurch in 2013 und 2014 jeweils Erträge von **200 Tsd. Euro** erzielt.

- **Erträge aus fachbezogener Fortbildung:**

Für fachbezogene Fortbildung werden in den Jahren 2013 sowie 2014 Erträge von jeweils **255 Tsd. Euro** veranschlagt. Sie setzen sich zusammen aus Erträgen, die im Rahmen des zentralen Veranstaltungsangebot für fachbezogene Veranstaltungen erzielt werden, Teilen der bisher unter „zusätzliche Erträge (außerhalb der Festtitel)“ abgebildeten fachbezogenen Fortbildung (insg. 125 Tsd. Euro), Erträgen für Veranstaltungen zum Betrieblichen Ordnungsdienst (30 Tsd. Euro) sowie einem neuen Angebot, das entwickelt und ab dem Jahr 2013 neue Kundenkreise erschließen soll (100 Tsd. Euro). Dieses Geschäftsfeld ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.

- **Erträge aus der projektbezogenen Fortbildung:**

Das Jahr 2011 war durch die langandauernde vorläufige Haushaltsführung sowie politische Veränderungen aufgrund des Regierungswechsels gekennzeichnet. Dies führte auch zu Umsatzeinbußen bei der projektbezogenen Fortbildung (z.B. beim Projekt NHH). Für die Jahre 2013 und 2014 wird dagegen wieder von einer stabilen Auftragslage ausgegangen.

Die einzelnen Fortbildungsprojekte stellen sich wie folgt dar:

- **Projekt Qualifizierung Rückkehrende Asklepios-Kliniken (30000028-31):**

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Auftrag des Personalamtes für die Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den Asklepios-Kliniken realisiert. Die in diesem Kontext zu leistenden Qualifizierungsanstrengungen werden sich bis in die Wirtschaftsjahre 2013/2014 erstrecken.

Die Ansätze in Höhe von **200 Tsd. Euro** in 2013 und von **150 Tsd. Euro** in 2014 haben ihre Entsprechung im Einzelplan des Personalamtes 1140.525.72 (Z-Titel).

- **Projekt Qualifizierung NHH (30000025):**

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Auftrag des Projektes NHH realisiert. Die in diesem Zusammenhang zu erbringenden Qualifizierungsleistungen werden sich über die Jahre 2013/2014 hinaus auch noch in das Wirtschaftsjahr 2015 erstrecken.

Die hier veranschlagten Erträge in Höhe von **1.100 Tsd. Euro** in 2013 und **1.900 Tsd. Euro** in 2014 werden aus Mitteln des Projektes NHH finanziert.

- **Projekt HERAKLES (30000033):**

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF für das Projekt HERAKLES in der Finanzbehörde erbringt. Es werden in diesem Zusammenhang Finanz- und Bilanzbuchhalter/-innen qualifiziert.

Die hier veranschlagten Erträge in Höhe von **70 Tsd. Euro** (2013) bzw. **170 Tsd. Euro** (2014) werden aus Mitteln des Projektes HERAKLES finanziert.

- **Projekt ePers (30000140):**

Hier werden die Erträge aus den Fortbildungsleistungen veranschlagt, die das ZAF im Auftrag des Projektes ePers realisieren soll. Die in diesem Kontext zu erbringenden Qualifizierungsleistungen beziehen sich insbesondere auf die Einführung bzw. Umstellung des neuen Verfahrens im Jahr 2013. Ab 2014 werden Fluktuationsschulungen angeboten.

Die hier veranschlagten Erträge in Höhe von **290 Tsd. Euro** (2013) bzw. **15 Tsd. Euro** (2014) werden aus Mitteln des Projektes ePers finanziert.

- **Erträge aus dem Veranstaltungsmanagement (30000040/41):**

In dieser Ertragsposition werden die erwarteten Erträge aus dem Veranstaltungsmanagement gegenüber Dritten (Vermietung von Räumlichkeiten) für 2013 und 2014 in Höhe von jeweils **130 Tsd. Euro** veranschlagt.

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

- **Erträge aus der Ausbildung (30000044/45):**

In dieser Ertragsposition werden die erwarteten Erträge aus Leistungen der Ausbildung (z.B. Eignungsdiagnostik, Kostenbeiträge für die Teilnahme an den Ausbildungsgängen durch andere Länder bzw. Behörden) in Höhe von **158 Tsd. Euro** (2013) bzw. **132 Tsd. Euro** (2014) veranschlagt.

2. Erträge aus Transferleistungen

Die Erträge aus Transferleistungen umfassen die gesamten betrieblichen Zuschüsse der FHH an das ZAF (die Investitionszuschüsse sind hiervon nicht betroffen). Hierbei handelt es sich zum einen um die Entgelte für die erbrachten Leistungen des ZAF gegenüber dem Personalamt (z.B. für Leistungen im Rahmen des zentralen Fortbildungsangebotes, der Nachwuchskräfteerkrutierung und -betreuung in der Ausbildung des (ehemaligen) mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes oder der theoretischen Ausbildung von Nachwuchskräften an der Verwaltungsschule) sowie zum anderen um die dem ZAF zur Verfügung gestellten Finanzmittel im Rahmen der Finanzierung der Entgelte und Bezüge (inkl. Versorgungszuschläge) der Nachwuchskräfte.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Zuschüsse der FHH an das ZAF in 2013/2014 entspricht dem Ausgaberrahmen, der dem ZAF zur Verfügung gestellt wird (s. hierzu auch Erläuterungen unter „Rahmenbedingungen“). Darüber hinaus werden unter dieser Wirtschaftsplanposition auch ertragswirksame Auflösungen von passiven Rechnungsabgrenzungsposten (nicht in Anspruch genommene zweckgebundene NWK-Zuschüsse der Vorjahre) ausgewiesen.

Die Erträge aus Transferleistungen, die als **Leistungsentgelt** zu betrachten sind, stellen sich im Einzelnen durch folgende Ertragspositionen dar:

- **546010 Entgelte für Leistungserbringung (Betriebszuschuss) - Titel: 1140.685.02**

Diese Zuschussposition deckt den Hauptteil der sachlich und personell entstandenen Aufwendungen im Rahmen der vom ZAF für das Personalamt erbrachten Leistungen (s.o.) ab und umfasst z.B. die eingesetzten Personalressourcen des ZAF, die Aufwendungen für Dozentenleistungen in der zentralen Fortbildung oder die Lehr- und Unterrichtsmaterialien an der Verwaltungsschule. Sie beträgt im Geschäftsjahr 2013 **4.743 Tsd. Euro** und im Geschäftsjahr 2014 **5.371 Tsd. Euro**.

- **546030 Zuschuss FHH für laufende IT-Ausgaben – Titel: 1140.685.56**

Dieser Zuschuss deckt im Rahmen der Leistungsentgelte spezielle IT- und Telekommunikationsaufwendungen des ZAF ab. Er beträgt in den Geschäftsjahren 2013 und 2014 jeweils **354 Tsd. Euro**. Der Zuschuss dient dazu, die Aufwendungen für BASIS in Höhe von 318 Tsd. Euro (davon 293 Tsd. Euro für den IT-Anteil und 25 Tsd. Euro für den Telekommunikationsanteil), für IT-Verbrauchs- oder Kleinmaterial (GWG) in Höhe von 21 Tsd. Euro, für Telefonkosten (Einheiten) in Höhe von 5 Tsd. Euro sowie für Telekommunikation (Sonderleistungen wie z.B. Telearbeitsplätze, Mobiltelefone) in Höhe von 10 Tsd. Euro abzudecken.

- **546040 Zuschuss FHH für Versorgungszuschläge (ZAF-Beschäftigte) – Titel: 1140.632.91**

Mit der Einführung der doppischen Buchführung wird gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO künftig für die Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten und der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in den Aufwendungen ein sogenannter „Festbetrag“ eingestellt.

Der Zuschuss für die Versorgungszuschläge der ZAF-Beschäftigten beträgt auch für die Wirtschaftsjahre 2013/2014 insgesamt **650 Tsd. Euro** pro Jahr.

Um die Transparenz im Hinblick auf die Ausbildungskosten für den ehemaligen mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst künftig zu erhöhen, werden die Ansätze für Personalaufwendungen der Nachwuchskräfte seit dem

Jahr 2011 im Wirtschaftsplan des ZAF abgebildet. Das ZAF bekommt hierfür Mittel per Zuschuss zur Verfügung gestellt.

Die Erträge aus Transferleistungen, die im Rahmen der **Finanzierung der Entgelte und Bezüge** der Nachwuchskräfte dem ZAF als Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- **546531 Zuschuss FHH für NWK (Nachwachskräfte) – Titel: 1140.685.04/05/06**

Dieser Zuschuss setzt sich aus den erhaltenen Zuschüssen in 2013 und 2014 für das reguläre NWK-Budget, das NWK-Budget der Ausbildungsoffensive und dem Budget für den Beschäftigungspool der Ausbildungsoffensive zusammen.

Insgesamt ergeben sich hier Erträge in Höhe von **4.799 Tsd. Euro** in 2013 und in Höhe von **4.479 Tsd. Euro** in 2014.

- **546532 Zuschuss FHH Versorgungszuschläge (Nachwachskräfte) – Titel: 1140.632.91**

Für die Versorgungszuschläge der NWK werden in 2013 Erträge aus Transferleistungen in Höhe von **1.144 Tsd. Euro** bzw. im Jahr 2014 in Höhe von **1.082 Tsd. Euro** ausgewiesen. Die Regelung für einen „Festbetrag“ wie für die ZAF-Beschäftigten (s.o.) gilt für den Budgetbereich der Nachwuchskräfte nicht, da es sich hierbei nicht um Beschäftigte des ZAF, sondern der FHH handelt.

Der Gesamtbedarf an Mitteln zur Deckung der Personalaufwendungen im Bereich der Nachwuchskräfte (s. hierzu auch die Darstellungen unter den entsprechenden Aufwandspositionen) beträgt in 2013 insgesamt 6.427 Tsd. Euro und in 2014 insgesamt 5.561 Tsd. Euro. Um den Unterschiedsbetrag zwischen Zuschussbedarf und den in 2013 erhaltenen Zuschüssen ausgleichen zu können, wird in 2013 für die Zuschusspositionen 546531 und 546532 eine ertragswirksame Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens für NWK in Höhe von insgesamt 485 Tsd. Euro vorgenommen. Dieser passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde aus in 2011 erhaltenen, aber zum Zwecke der Ausbildung nicht in Anspruch genommenen Zuschussmitteln gebildet, da diese Zuschüsse erst in 2013 im Rahmen der Ausbildung von NWK leistungsbezogen in Anspruch genommen werden bzw. erst zu diesem Zeitpunkt diesen Zuschüssen entsprechende Personalaufwendungen gegenüberstehen (periodengerechte Abgrenzung).

4. Sonstige Erträge

Unter den sonstigen Erträgen in Höhe von **42 Tsd. Euro** werden die Positionen „Sonstige betriebliche Erträge“ und „Erträge aus Personalkostenerstattungen“ ausgewiesen.

- **533000 Sonstige betriebliche Erträge**

Der Ansatz für dieses Konto umfasst 17 Tsd. Euro und weist Ertragspositionen aus, die das ZAF außerhalb des eigentlichen Aus- und Fortbildungsgeschäftes erzielt (z.B. Erträge aus der Bereitstellung von Controlling-Berichten).

- **533600 Erträge Personalkostenerstattungen**

Der Ansatz für dieses Konto umfasst 25 Tsd. Euro (aufgrund der Festwertregelung ohne Versorgungsanteil), die das ZAF für die Leistungen eines Mitarbeiters erhält, der neben seiner Tätigkeit im ZAF zusätzlich die Funktion der Ausbildungsleitung für die Senatskanzlei und das Personalamt (einschließlich Zentrum für Personaldienste und ZAF) wahrnimmt. Dies entlastet zumindest monetär den Stellenplan des ZAF um ca. 1/2 Stelle A12.

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung
Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen des ZAF setzen sich aus den Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit, den Personalaufwendungen für ZAF-Beschäftigte und NWK, den Abschreibungen sowie den sonstigen Aufwendungen zusammen.

5. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit

Die Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit umfassen die wesentlichen sächlichen Aufwendungen, die im Rahmen der Entstehung von Leistungen in der Aus- und Fortbildung anfallen.

5.1 Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich u.a. zusammen aus den Aufwendungen für die erforderlichen Lehr- und Unterrichtsmaterialien, für Kopierleistungen, für Lebensmittel (600012), für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) sowie für Betriebs- und Hilfsstoffe, Energie (Strom und Fernwärme), Material im Rahmen der Reparatur/ Instandhaltung des Gebäudes und der Maschinen/Geräte. Bei den meisten dieser Positionen handelt es sich um vom Umsatz abhängige Aufwendungen im Bereich der Fortbildung.

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von **317 Tsd. Euro** in 2013 und **344 Tsd. Euro** in 2014. Insbesondere bei den Aufwendungen für Energie wurden zu erwartende Preissteigerungen einkalkuliert.

5.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich überwiegend zusammen aus den Aufwendungen für Dozentenleistungen (600310), externe Fortbildungsleistungen (610311) wie z.B. Einzelentsendungen oder die IT-Fortbildung, externe Service-/Dienstleistungen (610312) wie z.B. Veranstaltungsräume oder Tagungspauschalen. Auch hier sind diese Aufwendungen im Wesentlichen vom Umsatzvolumen im Bereich der Fortbildung abhängig (variable Kostenbestandeile). Weiterhin werden unter dieser Position auch die Studiengebühren/Kostenerstattung an die HAW (610315) in der Ausbildung sowie die vom Personalamt bezogenen Verwaltungsdienstleistungen (617040) ausgewiesen.

Darüber hinaus umfasst diese Wirtschaftsplanposition die Cateringleistungen (insb. im Bereich des Veranstaltungsmanagements), Aufwendungen für Methoden-/ Konzeptionsentwicklung (z.B. Weiterentwicklung des Studiengangs an der HAW) sowie Fremdinstandhaltung/Wartungsarbeiten des Gebäudes/der Maschinen u. Geräte.

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von **3.476 Tsd. Euro** in 2013 und **3.737 Tsd. Euro** in 2014.

5.3 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Diese Wirtschaftsplanposition setzt sich im Wesentlichen zusammen aus den Aufwendungen für Mieten und Pachten (670000) in Höhe von 767 Tsd. Euro, den Betriebskosten des Gebäudes (670100) in Höhe von 147 Tsd. Euro sowie den Aufwendungen für die Gebäudereinigung (679100) in Höhe von 105 Tsd. Euro. Für die Ansätze Mieten und Pachten sowie Betriebskosten wurde eine ab 2013 zu erwartende Mietpreissteigerung berücksichtigt. Der Ansatz für Gebäudereinigung wurde im Zuge der Auftragsvergabe an den neu gegründeten Landesbetrieb Gebäudereinigung Hamburg (LGH) zum 1. Februar 2012 im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöht, da hier mit Kostensteigerungen zu rechnen ist.

Des Weiteren werden unter dieser Wirtschaftsplanposition die Aufwendungen für das Leasing der Kopiergeräte, für die Führung der Geschäftskonten bei der Kasse.HH und bei der Bundesbank, für Prüfungen und Beratungen (z.B. die Dienste der Vorprüfstelle oder das jährlich zu erstellende versicherungsmathematische Gutachten), für Sicherheit und Alarmanlagen sowie für die Inanspruchnahme von externen Personaldienstleistungen (z.B. die Servicekräfte im Veranstaltungsbereich) veranschlagt.

Insgesamt ergibt sich hier ein Aufwand in Höhe von jeweils **1.096 Tsd. Euro** in 2013 und 2014.

6. Personalaufwand

Die Wirtschaftsplanposition für den Personalaufwand unterteilt sich zum einen in die Aufwendungen für die Beschäftigten des ZAF und zum anderen in die Aufwendungen, die in Zusammenhang mit der Vergütung der Nachwuchskräfte im (ehemaligen) mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst stehen.

Gemäß Eckwerterundschreiben der Finanzbehörde vom 21.12.2011 erfolgt abweichend vom bis zum Haushaltsplan 2011/2012 üblichen Verfahren keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungs- und Beihilfeausgaben im Einzelplan 9.2 der Finanzbehörde mehr. Die Risiken hierfür müssen die Ressorts selbst abschätzen und ggf. Vorsorge in der Veranschlagung treffen. Deshalb sind in den Ansätzen bei den Personalaufwendungen der ZAF-Beschäftigten insgesamt 150 Tsd. Euro für eine solche Risikovorsorge eingestellt worden.

6.1 Personalaufwand (ZAF-Beschäftigte)

Die Anzahl der Beschäftigten im ZAF wird sukzessive reduziert werden, dies hat perspektivisch eine Reduzierung des Personalaufwands zur Folge. Die im Vergleich zum Ansatz 2012 erfolgte Erhöhung des Ansatzes bei dem Personalaufwand ZAF-Beschäftigte ist vor allem der in den letzten Jahren vollzogenen Besoldungs- und Tarifsteigerungen geschuldet.

6.1.1 Beschäftigungsentgelte (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Beschäftigungsentgelte der ZAF-Beschäftigten (627000). Sie weisen einen Ansatz in 2013 in Höhe von **2.276 Tsd. Euro** (davon 76 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge) und in 2014 in Höhe von **2.226 Tsd. Euro** (davon 76 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge) aus. Direkt von den Personalaufwendungen wurden hier von den ursprünglichen ermittelten Personalkostenwerten die zu erwartenden Personalkostenerstattungen z.B. aus dem Modernisierungsfonds (hier: zu erwartenden Erstattung von Entgelt Differenzen) oder dem Schwerbehindertenprogramm abgesetzt.

6.1.2 Beamtenbezüge (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Beamtenbezüge der ZAF-Beschäftigten (634000). Sie weisen einen Ansatz für 2013 in Höhe von **1.667 Tsd. Euro** (davon 56 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge) und für 2014 in Höhe von **1.641 Tsd. Euro** (davon 56 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge) aus.

6.1.3 Sozialleistungen (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung (641000), die Aufwendungen für Beihilfe und Unterstützungsleistungen der ZAF-Beschäftigten (649000) sowie die Aufwendungen für die Berufsgenossenschaft in Höhe von insgesamt **543 Tsd. Euro** in 2013 (davon 18 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge) und **532 Tsd. Euro** (davon 18 Tsd. Euro im Rahmen der Risikovorsorge).

**Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung**

6.1.4 Versorgungsbezüge (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten (643000) in 2013 und 2014 in Höhe von **500 Tsd. Euro** sowie der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (643300) in 2013 und 2014 in Höhe von **150 Tsd. Euro**.

Mit der Einführung der doppelten Buchführung ist gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO für die Versorgungsbezüge der Beamtinnen/ Beamten und der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des ZAF ein sogenannter „Festbetrag“ eingestellt worden. Dieser neue Festbetrag bleibt für die Zukunft konstant und wird nicht jährlich neu berechnet. Entsprechend dieser Festlegung ist auch der Zuschuss für Versorgungszuschläge entsprechend festgelegt worden.

6.1.5 Sonstige Versorgungsleistungen (ZAF-Beschäftigte)

Diese Wirtschaftsplanposition umfasst die voraussichtlichen Aufwendungen für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (648000) in Höhe von 127 Tsd. Euro und den Beihilferückstellungen (648010) in Höhe von 6 Tsd. Euro. Die Berücksichtigung von Personalarückstellungen (Pensions- und Beihilferückstellungen) erhöht die Personalaufwendungen in 2013/2014 um jeweils **133 Tsd. Euro**.

Die Aufwendungen für die Zuführungen zu den Rückstellungen werden jedoch gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO durch entsprechende außerordentliche Ertragsbuchungen (592100 Erträge aus Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH) wieder neutralisiert, so dass sie sich im Erfolgsplan als erfolgsneutrale Position darstellen.

6.1.6 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter

Unter dieser Position sind insbesondere Honorarmittel in Höhe von 15 Tsd. Euro für die Verwaltungsschule, die Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige (Aufwandsentschädigung) im Zusammenhang mit der Durchführung von Prüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz in Höhe von 14 Tsd. Euro in 2013 und 12 Tsd. Euro in 2014 sowie weitere Aufwendungen für nebenamtlich, nebenberuflich oder ehrenamtlich Tätige in Höhe von 1 Tsd. Euro veranschlagt. Der Gesamtumfang dieses Ansatzes beträgt **30 Tsd. Euro** in 2013 und **28 Tsd. Euro** in 2014.

In der Summe betragen die Ansätze für Personalaufwendungen der ZAF-Beschäftigten in 2013 5.299 Tsd. Euro und in 2014 5.210 Tsd. Euro (inkl. Personalarückstellungen jeweils in Höhe von 133 Tsd. Euro sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Höhe von jeweils 4 Tsd. Euro). **Der Anteil an der Risikovorsorge beträgt hier jeweils 150 Tsd. Euro pro Jahr.**

6.2 Personalaufwand (NWK mD/gD)

Die Ansätze für Personalaufwendungen der Nachwuchskräfte im (ehemaligen) allgemeinen mittleren/gehobenen Verwaltungsdienst werden, um die Transparenz im Hinblick auf die Ausbildungskosten für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst zu erhöhen, seit dem 1. Januar 2011 im Wirtschaftsplan des ZAF abgebildet. Das ZAF bekommt hierfür Mittel per Zuschuss zur Verfügung gestellt.

Für die Jahre 2013 und 2014 ist zu berücksichtigen, dass sich im Ausbildungssystem neben den regelhaft ausgebildeten NWK noch weitere 40 NWK befinden, die im Rahmen der Ausbildungsoffensive ihre Ausbildung begonnen haben. Die Ausbildungsgänge der Ausbildungsoffensive werden im Jahr 2013 beendet.

In der Summe betragen die Ansätze für Personalaufwendungen der NWK 6.427 Tsd. Euro in 2013 und 5.561 Tsd. Euro in 2014.

Diese Position setzt sich aus den Personalaufwendungen für die unterschiedlichen NWK-Zielgruppen zusammen:

- NWK-Regelbudget (inkl. Sonderbudget für Laufbahnaufsteiger für die NWK aus dem mittleren in den gehobenen Dienst) mit **5.347 Tsd. Euro** in 2013 und **5.155 Tsd. Euro** in 2014
- NWK-Sonderbudget Ausbildungsoffensive mit **323 Tsd. Euro** in 2013
- NWK-Sonderbudget für den Beschäftigungspool (Aufwendungen für fertig ausgebildete NWK, die im Anschluss an die Ausbildung keine direkte Anschlussverwendung finden) mit **757 Tsd. Euro** in 2013 und **406 Tsd. Euro** in 2014.

Die Aufwendungen für diese Wirtschaftsplanpositionen werden regelhaft in den entsprechenden Jahren durch zweckgebundene Ertragspositionen „Zuschüsse FHH für NWK (546531)“ und „Zuschüsse FHH Versorgungszuschläge NWK (546532)“ ausgeglichen. In 2013 werden die Aufwendungen u.a. auch durch eine ertragswirksame Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens gedeckt (hierbei handelt es sich um Zuschüsse für NWK, die bereits in 2011 an das ZAF ausgezahlt wurden).

8. Abschreibungen

Für die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind für das Jahr 2013 Abschreibungswerte (663000) in Höhe von **130 Tsd. Euro** und für das Jahr 2014 in Höhe von **120 Tsd. Euro** planmäßig anzusetzen. Aufgrund der Abschreibungsregelungen für GWG-Sammelposten (pauschale Abschreibung über 5 Jahre nach Anschaffung) weisen die Abschreibungswerte 2013/2014 geringere Ansätze als in den beiden Vorjahren aus. Durch etwaige außerordentliche Investitionsbedarfe (z.B. im Rahmen von Ersatzbeschaffungsmaßnahmen) können diese Planansätze in den jeweiligen Jahren entsprechend ansteigen.

Hierbei handelt es sich um einen nicht-zahlungswirksamen Buchungsvorgang, der die Aufwandsposition und damit den Jahresfehlbetrag erhöht. Grundsätzlich ist es das Ziel, diesen Aufwand im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit zu erwirtschaften.

9. Sonstige Aufwendungen

In dieser Wirtschaftsplanposition werden die unterschiedlichen Aufwendungen des allgemeinen Geschäftsbetriebes abgebildet. Sie umfasst in 2013 insgesamt **862 Tsd. Euro** und in 2014 insgesamt **876 Tsd. Euro**. Darunter befinden sich im Wesentlichen die Aufwendungen für IT-Betriebs- und Supportkosten (218 Tsd. Euro in 2013/2014) und für IT-Dienstleistungen (341 Tsd. Euro in 2013 und 355 Tsd. Euro in 2014) sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung/Marketing (135 Tsd. Euro pro Jahr). Darüber hinaus weist diese Position auch weitere Aufwendungen wie zum Beispiel ZAF-interne Aus- und Fortbildung, Büromaterial und Geschäftsbedarf, IT-Verbrauchs- und Kleinmaterial, Telefonkosten (BASIS-Anteil), Porto, Versand und Zustelldienste oder die Reise- und Fahrtkosten aus (insg. jeweils 168 Tsd. Euro in 2013 und 2014).

Die gesamten Aufwendungen des ZAF für IT und Telekommunikation setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

IT-Aufwand/Telekommunikation	2013 (in Tsd. Euro)	2014 (in Tsd. Euro)
682200 Telefonkosten (BASIS-Kosten)*	25	25
682210 Telefonkosten (Einheiten)	5	5
683000 Telekommunikation (Sonderleistungen)	10	10
684000 IT-Betriebs- und Supportkosten	218	218
684101 Software (GWG)	1	1
684102 IT-Verbrauchs- und Kleinmaterial	21	21
684103 IT-Dienstleistungen (inkl. IT-BASIS-Kosten)	341	355
Gesamtbetrag	621	635

* bei dieser Position handelt es sich um die Kosten für Telefonanschlüsse und -montagen ohne Telefonverbindungsentgelte

Anlage 2.3

Wirtschaftsplan

Zentrum für Aus- und Fortbildung

Die IT-Betriebs- und Supportkosten (684000) in Höhe von 218 Tsd. Euro umfassen die laufenden Kosten für die im ZAF bestehenden und neu eingeführten Software-Fachanwendungen. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten für die Fachanwendung CLIX (Fortbildungsplanungs- und -verwaltungssoftware/Lernplattform) in Höhe von 159 Tsd. Euro (wovon 125 Tsd. Euro auf die laufenden Betriebskosten und 34 Tsd. Euro auf die Userlizenzen entfallen), die Aufwendungen für das Online-Selbsteinschätzungsverfahren C!You in Höhe von 10 Tsd. Euro, das Online-Bewerbungsverfahren in Höhe von 3 Tsd. Euro und die Aufwendungen für das neue SAP-System für Hamburger Landesbetriebe in Höhe von 42 Tsd. Euro (davon 20 Tsd. Euro Rechenzentrumsleistungen, 10 Tsd. Euro Supportleistungen und 12 Tsd. Lizenzgebühren). Des Weiteren sind hier 4 Tsd. Euro für sonstige IT- und Telekommunikationsaufwendungen veranschlagt.

Der Ansatz der Aufwendungen für die IT-Dienstleistungen (684103) umfasst 341 Tsd. Euro in 2013 und 355 Tsd. Euro in 2014. Er setzt sich zusammen aus den BASIS-Kosten (nur IT-Anteil) in Höhe von 293 Tsd. Euro sowie Anpassungsaufwendungen bei den IT-Fachanwendungen CLIX und C!You in Höhe von insgesamt 47 Tsd. in 2013 (davon 42 Tsd. Euro für CLIX) und 61 Tsd. Euro in 2014 (davon 56 Tsd. Euro für CLIX). Insbesondere bei der IT-Fachanwendung CLIX ist in den Jahren 2013/2014 mit entsprechenden Aufwendungen im Rahmen des Release-Wechsels CLIX 10.0 zu rechnen. Darüber hinaus sind hier noch 1 Tsd. Euro für sonstige IT-Dienstleistungen wie zum Beispiel Nutzungsgebühren oder Infodienste veranschlagt.

10. Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das geplante Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt für das Jahr 2013 **-588 Tsd. Euro** und für das Jahr 2014 **331 Tsd. Euro**.

17. Ordentliches Ergebnis

Das Ordentliche Ergebnis beträgt für das Wirtschaftsjahr 2013 **-588 Tsd. Euro** und für 2014 **331 Tsd. Euro**.

18. Außerordentliche Erträge

Unter dieser Wirtschaftsplanposition werden die Erträge aus der Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH (592100) in 2013 und 2014 Höhe von jeweils **133 Tsd. Euro** ausgewiesen, die die Aufwendungen für die Zuführung zu den Personalrückstellungen in Höhe von 133 Tsd. Euro jeweils neutralisieren.

Darüber hinaus sind in dieser Wirtschaftsplanposition außerordentliche Erträge aus dem Modernisierungsfonds (Grundentgelte) in Höhe von **45 Tsd. Euro** in den Jahren 2013 und 2014 enthalten.

20. Außerordentliches Ergebnis

Das geplante außerordentliche Ergebnis beträgt jeweils für die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 jeweils **178 Tsd. Euro**.

23. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Im Wirtschaftsjahr 2013 weist das Jahresergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von **410 Tsd. Euro** und in 2014 einen Überschuss in Höhe von **509 Tsd. Euro** aus.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

Unter dem Finanzbedarf werden im Finanzierungsplan zum einen die erforderlichen Mittel für Investitionsbedarfe (Investitionen) sowie zum anderen der sonstige Finanzbedarf, der sich aus der Abdeckung des im Vorjahr nichtgedeckten Finanzbedarfes (Verlustvortrag), evtl. erforderlichen Ablieferungen an den Haushalt oder einem Jahresfehlbetrag ergeben kann, abgebildet.

1. Investitionen

Neue Investitionen werden für die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 nicht geplant.

2. Sonstiger Finanzbedarf

Durch den zu erwartenden Jahresfehlbetrag in Höhe von 410 Tsd. Euro in 2013 und den aus den Vorjahren nicht gedeckten Finanzbedarf in Höhe von 192 Tsd. Euro wird unter dem sonstigen Finanzbedarf in 2013 ein Bedarf in Höhe von 602 Tsd. Euro ausgewiesen. Dieser wird über den Verlustvortrag in das Jahr 2014 fortgeschrieben und dort beim sonstigen Finanzbedarf unter Abdeckung des im Vorjahr nichtgedeckten Finanzbedarfs in entsprechender Höhe ausgewiesen.

II. Deckungsmittel

Die noch verfügbaren Deckungsmittel im Jahresergebnis 2010 weisen zum Stichtag 31.12.2010 unter kameralistischen Gesichtspunkten insgesamt verfügbare liquide Mittel (Kassenbestand) in Höhe von 1.553 Tsd. Euro aus. Nicht berücksichtigt sind hier jedoch zum Beispiel zum 31.12.2010 bestehende Verbindlichkeiten oder Rückstellungen, die dazu führen, dass dem ZAF diese liquiden Mittel gar nicht mehr in vollem Umfang, z.B. für Verlustausgleiche, zur Verfügung stehen.

In den folgenden Jahren ab 2011 wird gemäß doppischen Gesichtspunkten unter den noch verfügbaren Deckungsmitteln (mit Ausnahme des haushaltsrechtlich feststehenden Ansatzes 2012) der dem ZAF zum Anfang bzw. zum Ende eines Jahres für Verlustausgleiche frei verfügbare liquide Mittelbestand ausgewiesen. Dieser setzt sich aus dem Bankguthaben, den Forderungen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten abzüglich der zur Deckung von Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passiven Rechnungsabgrenzungsposten sowie zweckgebunden bilanziellen Rücklagen und Liquiditätsreserven erforderlichen Mittel zusammen und errechnet sich wie folgt:

Bilanzposition zum 1.1.2011	Betrag in Tsd. Euro
Bankguthaben	1.576
+ Forderungen	2.250
+ Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	21
- Verbindlichkeiten	685
- Rückstellungen	1.601
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten	464
- bilanzielle Rücklagen (zweckgebunden)	589
- Liquiditätsreserven (zweckgebunden)	0
= Verfügbare Deckungsmittel (doppisch)	508

Gemäß (vorläufiger) Eröffnungsbilanz zum 1.1.2011 weist das ZAF hier entsprechende Mittel in Höhe von 508 Tsd. Euro aus. Diese stehen dem ZAF für die Jahre ab 2011 zum Ausgleich von Jahresdefiziten zur Verfügung.

Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2012 werden dem ZAF dann unter Berücksichtigung des vorläufigen Jahresergebnisses 2011 (+104 Tsd. Euro) sowie dem planmäßig angesetzten Jahresdefizit in 2012 (-804 Tsd. Euro)

Anlage 2.3

Wirtschaftsplan

Zentrum für Aus- und Fortbildung

für etwaige Verluste der Jahre 2013 ff. keine Deckungsmittel mehr zur Verfügung stehen, sondern es wird ein Verlustvortrag für 2013 in Höhe von 192 Tsd. Euro ausgewiesen.

Durch den voraussichtlichen Jahresfehlbetrag in 2013 in Höhe von 410 Tsd. Euro wird dieser Verlustvortrag insgesamt auf 602 Tsd. Euro ansteigen.

In 2014 geht das ZAF wieder von einem Jahresüberschuss in Höhe von 509 Tsd. Euro aus, aus dem der überwiegende Teil des Verlustvortrages aus 2013 ausgeglichen werden kann.

III. Noch verfügbare Deckungsmittel

Zum Ende des Jahres 2014 wird ZAF noch einen Verlustvortrag in Höhe von 93 Tsd. Euro ausweisen.

Produktinformationen

Produktgruppe: Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Förderung der Wissens-, Handlungs- und Methodenkompetenz der Beschäftigten sowie der Sozial- und Steuerungskompetenz der Führungskräfte in der hamburgischen Verwaltung.
Z 2:	Sicherstellung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der hamburgischen Verwaltung durch die Rekrutierung, Betreuung und Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst
Z 3:	Fachlich-methodische Beratung des Senats und der Behörden und Ämter in Fragen der Aus- und Fortbildung
Entwicklung:	
Das ZAF soll die klare inhaltliche Ausrichtung der fach- und ressortübergreifenden Aus- und Fortbildung an den strategischen Zielen des Senats einerseits und den sich aus der Praxis ergebenden Anforderungen andererseits leisten. In diesem Zusammenhang stellt das ZAF auch eine kompetente fachliche Beratung gegenüber den Behörden und Ämtern bei strategischen Fragen zur beruflichen Aus- und Fortbildung zur Verfügung und fördert die Entwicklung sowie Einhaltung von Standards in der Aus- und Fortbildung.	
Neben der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung hat sich zunehmend die fachbezogene Fortbildung als Geschäftsfeld entwickelt.	
Darüber hinaus realisiert das ZAF im Auftrag von Projekten wie NHH oder HERAKLES die Projektfortbildung.	
<i>Produkte</i>	

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Vorl. Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	11.315	16.994	16.967	17.198	17.453
• Erträge aus Geschäftstätigkeit	5.822	3.446	4.524	4.803	5.297
<i>davon: Erträge aus Festtitel</i>	1.591	1.534	1.534	1.715	1.715
• Erträge aus Transferleistungen (Zuschüsse)	5.493	12.328	12.282	12.175	11.936
<i>davon Erträge aus Transferleistungen (Ausgaberrahmen)</i>				11.690	11.936
<i>davon ertragswirksame Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens NWK aus 2011</i>				485	0
• Sonstige Erträge	0	874	79	42	42
• Außerordentliche Erträge	0	345	82	178	178
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.820	16.901	17.771	17.607	16.944
• Personalausgaben ZAF-Beschäftigte	4.937	4.991	4.984	5.299	5.210
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.883	5.243	5.882	5.881	6.173
Personalausgaben Nachwuchskräfte (ehemaliger) mittlerer und gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst einschl. Aufstieg*)	-	6.667	6.905	6.427	5.561
Rückerstattung an den Haushalt	10	0	0	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	57	0	0	0	0

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2010	Vorl. Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Verwaltungsdienstleistung Personalamt in Tsd. EUR</i>	208	208	208	208	208

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Vorl. Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente	85,8	87,1	92	85	84

*: Bis einschließlich 2010 veranschlagt im Kapitel 1140, Z 70-Titel

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Produkt 1: Berufliche Fort- und Weiterbildung					
Anzahl der Veranstaltungen					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	971	886	600	600	600
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	630	641	600	600	600
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	75	75
<i>IT-Fortbildung</i>	317	524	500	550	550
<i>IT-Qualifizierungsoffensive</i>	1.201	206	0	0	0
<i>Projekte</i>	558	352	850	350	500
Anzahl Teilnehmer/-innen					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	12.181	10.889	7.200	7.200	7.200
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	6.293	6.513	7.200	7.200	7.200
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	1.050	1.050
<i>IT-Fortbildung</i>	2.419	4.665	8.000	8.800	8.800
<i>IT-Qualifizierungsoffensive</i>	11.820	1.902	0	0	0
<i>Projekte</i>	5.503	3.861	7.500	3.100	4.400
Anzahl Teilnahmetage					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	26.869	22.325	16.500	16.500	16.500
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	9.101	9.318	16.500	16.500	16.500
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	2.100	2.100
<i>IT-Fortbildung</i>	2.896	5.685	7.200	8.800	8.800
<i>IT-Qualifizierungsoffensive</i>	12.109	1.860	0	0	0
<i>Projekte</i>	9.083	5.078	15.300	6.200	8.800
Durchschnittliche Veranstaltungsdauer (in Tagen)					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	2,11	1,94	2,3	2,0	2,0
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	1,87	1,46	1,5	1,5	1,5
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	2,0	2,0
<i>IT-Fortbildung /</i>	1,28	1,2	1,2	1,2	1,2
<i>IT Qualifizierungsoffensive</i>	1,03	1,0			
<i>Projekte</i>	2,14	1,45	1,8	1,5	1,5
Auslastungsgrad					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	82 %	82 %	82 %	82 %	82 %
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	82 %	81 %	80 %	80 %	80 %
<i>IT-Fortbildung</i>	76 %	80 %	80 %	80 %	80 %
<i>/ IT Qualifizierungsoffensive</i>	87 %	87 %			
<i>Projekte</i>	79 %	82 %	80 %	80 %	80 %
Durchschnittliche Anzahl an Teilnehmer/-innen					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	12,54	12,3	12	12	12
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	9,99	10,2	12	12	12
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	14	14
<i>IT-Fortbildung /</i>	7,63	8,9	8	9	9
<i>IT Qualifizierungsoffensive</i>	9,84	9,2			
<i>Projekte</i>	9,86	11	10	10	10
Geschlechterverhältnis / Anteil Frauen					
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	62 %	64 %	50 %	50 %	50 %
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	61 %	62 %	50 %	50 %	50 %
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	50 %	50 %
<i>IT-Fortbildung /</i>	57 %	58 %	50 %	50 %	50 %
<i>IT-Qualifizierungsoffensive</i>	66 %	49 %			
<i>Projekte</i>	61 %	60 %	50 %	50 %	50 %
Geschlechterverhältnis / Anteil Männer					

Anlage 2.3
Wirtschaftsplan
Zentrum für Aus- und Fortbildung

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>zentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	38 %	36 %	50 %	50 %	50 %
<i>dezentrale fach- und ressortübergreifende Fortbildung</i>	39 %	38 %	50 %	50 %	50 %
<i>fachbezogene Fortbildung</i>	-	-	-	50 %	50 %
<i>IT-Fortbildung /</i>	42 %	42 %	50 %	50 %	50 %
<i>IT-Qualifizierungsoffensive</i>	34 %	51%			
<i>Projekte</i>	39 %	40 %	50 %	50 %	50 %
Durchschnittlicher Preis ¹ pro Teilnahmetag Fortbildung (ohne Führungsfortbildung, ohne IT-Fortbildung), citynah	85 €	85 €	85 €	105 €	105 €
Durchschnittlicher Preis ¹ pro Teilnahmetag Fortbildung (Führungsfortbildung), citynah	95 €	95 €	95 €	115 €	115 €
Durchschnittlicher Preis ² pro Teilnahmetag IT-Fortbildung (Grundlagen- und Standardseminare)	100 €	100 €	100 €	115 €	120 €
Produkt 2: Berufliche Ausbildung					
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	238	225	180	180	180
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	258	236	220	205	205
Produkt 3: Personalauswahl					
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes	8	12	12	12	12
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes	13	15	12	12	12
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	120	65	62	60	60
Anteil der neu eingestellten Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	26,9%	36,4%	25%	25%	25%
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	92	55	60	60	60
Anteil der neu eingestellten Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	16,3%	17%	15%	15%	15%

¹ Auf Basis einer erstmals in 2011 durchgeführten Vollkostenrechnung sind die Preise neu berechnet und festgesetzt worden. Diese Vollkostenrechnung ist erst mit der Einführung der Doppik möglich gewesen.

² In der IT-Fortbildung ist die Preissteigerung u.a. auch auf das Auslaufen der IT-Qualifizierungsoffensive (Mengeneffekt) und auf Preissteigerungen der externen Dienstleister zurückzuführen.

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 1146	Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

I. Stellenbestand

kw 2013/14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 6,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 2,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	6,00	1,00	1)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projekts Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik)
A 13	10,00	2,00	2)	10,00	kw: 2,00 BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum
A 12	5,00			5,00	
A 11	6,50	1,00	3)	7,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projekts Einführung des Neuen Haushaltswesens
A 10	1,75	1,00	4)	1,75	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung des Projekts Migration
A 9	4,50	1,00	5)	5,50	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach EntgGr. E 9
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010- Nachhaltiges Wachstum
A 9	2,60			2,60	
A 8	1,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	2,00	1,00	7)	2,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach EntgGr. E 6
		1,00	8)		ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach BesGr. E 5
Summe:	43,35			44,85	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (8,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (5,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,50)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,75)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,50)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,60)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	-1,00	0,00	0,00	-1,50	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 14	1,00	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 1146	Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 6	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 1146	Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

II. Erläuterungen**Übersicht über die Leerstellen**

2013/ 14				2012	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 1146	Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	3,00			2,00	
E 13	6,00			6,00	
E 11	1,00			1,00	
E 9	12,27			5,62	
E 9	2,00			1,00	
E 8	13,00	1,00	11)	17,65	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 Sonderprogramm zur verstärkten Unterbringung schwerbehinderter Menschen</i>
E 6	14,00	1,00	10)	8,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	3,07	1,00	9)	10,07	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 3	6,78			6,78	
Richtl. gD	1,48			1,48	
Summe:	62,60			59,60	
Summe (ohne *) insgesamt	105,95			104,45	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14							1,00		1,00	Neubewertung (ab 01.10.2010)
E 13							-1,00		-1,00	Neubewertung (ab 01.10.2010)
E 13		1,00							1,00	Programmplanung IT-Fortbildung
E 9			-1,00						-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 9		1,00							1,00	Fortbildungsplanung für die Behörden und Ämter
E 8		1,00							1,00	für den Bereich Fortbildungsplanung Hochschulen
E 8		1,00							1,00	Seminarassistenz
E 6			-1,00						-1,00	neue Wertigkeit
E 6			-1,00						-1,00	wechsel v. ZAF4 nach ZAF6
E 6		1,00							1,00	Für den Geschäftsbereich betriebliche Steuerung
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	5,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	5,00	-3,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	3,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	5,00	-3,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	1,50	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
		2010	2011	2012	2013	2014
Euro						
1	<u>Norddeutscher Rundfunk</u>					
	Einnahmen					
	1. Drittmittel Sponsoring NDR Media			410.000	410.000	410.000
	2. Eigenmittel			430.000	430.000	430.000
	3. Zuwendung Hamburg			150.000	150.000	150.000
	Summe der Einnahmen			990.000	990.000	990.000
	Ausgaben					
	1. Personalausgaben			366.000	366.000	366.000
	2. Sachaufwendungen...			23.000	23.000	23.000
	3. Projektaufwendungen			601.000	601.000	601.000
Summe der Ausgaben			990.000	990.000	990.000	

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
		2010	2011	2012	2013	2014
Euro						
2	<u>arena vision</u>					
	Einnahmen					
	1. Drittmittel			145.000	145.000	145.000
	2. Eigenmittel			436.000	436.000	436.000
	3. Zuwendung Hamburg			120.000	120.000	120.000
	Summe der Einnahmen			701.000	701.000	701.000
	Ausgaben					
	1. Personalausgaben			127.920	127.920	127.920
	2. Sachaufwendungen...			202.280	202.280	202.280
	3. Projektaufwendungen			370.800	370.800	370.800
Summe der Ausgaben			701.000	701.000	701.000	

Anlage 3.2

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2012	Höhe der Zuwendung 2013	Höhe der Zuwendung 2014
			Tsd. Euro		
1100.534.02	Hamburger Friedhöfe AöR	Projektförderung	166	166	166
1100.547.01	Deutsch-Tansanische-Energie Partnerschaft	Projektförderung	7	7	7
1100.632.01	Europa Union Hamburg. e.V.	institutionelle Förderung	22	22	22
1100.683.02	Gruner & Jahr	Projektförderung	100	100	100
1100.686.03	Engagement Global gGmbH	Projektförderung	4	4	4
1100.686.03	Engagement Global gGmbH	Projektförderung	3	3	3
1100.686.03	WORLD UNIVERSITY SERVICE	Projektförderung	2	2	2
1100.686.03	Eine Welt Netzwerk e.V.	Projektförderung	70	70	70

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01 und 02 veranschlagten Mittel
Deckungskreis 01 / Zentrale Aufgaben Senatskanzlei

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1100</u>	<u>Senat</u>										
534.03	Förderung der Erinnerungskultur	213	55	244	12	200	150	200	150	200	150
543.02	Veranstaltungen	718	457	693	402	626	0	579	0	579	0
547.01	Städtepartnerschaften	397	204	531	164	450	200	445	200	445	200
547.02	Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit	227	31	147	50	155	80	150	75	150	75
547.03	Maßnahmen der Ostsee Kooperation	280	177	82	156	130	100	120	60	120	60
547.05	Aufwendungen für den Contact Point INTERREG B Nordseeraum					35	0	0	0	0	0
632.01	Europapolitische Interessenvertretung	488	64	498	67	473	200	473	200	473	200
681.02	Ehrenrenten	7	0	12	0	13	0	13	0	13	0
686.03	Förderung von Maßnahmen der Entwicklungspolitik	436	51	354	42	340	200	335	150	335	150
684.01	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	15	0	15	0	15	0	15	0	15	0
684.03	Zuschüsse für laufende Zwecke der Hamburger Stiftung für politisch verfolgte	107	0	97	0	97	0	97	0	97	0
685.03	Kostenbeitrag der FHH für gemeins. Sekretariate INTERREG IV B und IV C					120	0	120	0	120	0
685.91	Mitgliedsbeiträge	368	0	6	1	7	0	23	0	23	0
Summe	Deckungskreis 01	3.256	1.039	2.679	894	2.661	930	2.570	835	2.570	835

Anlage 4

Deckungskreis 02 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1100</u>	<u>Senat</u>										
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbau- ten	39	216	18	298	100	0	50	0	50	0
<u>1140</u>	<u>Personalamt</u>										
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbau- ten	85	156	4	208	56	0	96	0	96	0
Summe	Deckungskreis 02	124	372	22	506	156	0	146	0	146	0